H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 175
November | Dezember 2018
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen



242.000

Inhalt und Editorial





#unteilbar Demonstration mit 242.000 TeilnehmerInnen am 13. Oktober 2018 in Berlin. Photo by Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Massaker in Kirchen und Synagogen, Fahrzeugattacken auf DemonstrantInnen, Briefbomben gegen politische GegnerInnen, Massenschlägereien auf der Straße und Neonazis, die zum Umsturz aufrufen. Das ist die Realität in den USA. Terror von Rechts ist in diesem Land ebenso wenig neu wie in Europa. Erinnert sei an das Attentat von Oklahoma City 1995: Timothy McVeigh hatte damals mit einer Bombe 168 Menschen ermordet. Und dennoch gibt es gegenwärtig einen entscheidenden Faktor, der den weißen Wahn legitimiert und die rechte Gewaltspirale befeuert. Der amtierende Präsident Donald J. Trump hatte einen rassistischen Wahlkampf geführt und seine UnterstützerInnen wie »Fox News«, extrem rechte ThinkTanks und Blogger wie Alex Jones verbreiteten seine Hetze. Nun geht Trumps zweites Amtsjahr zu Ende und der US-Präsident und seine Verbündeten befinden sich noch immer – oder schon wieder – im Wahlkampfmodus. Die extreme Rechte – ganz gleich welches Spektrum – kennt keinen anderen als den politischen Ausnahmezustand, den sie stets herbeisehnt. Die FeministInnen und UmweltschützerInnen, die »Gutmenschen« – in den USA als »Social Justice Warriors« verunglimpft – People of Color, Jüdinnen und Juden und Muslime sowie MigrantInnen, Medien und der demokratische Staat; sie alle stehen im Fadenkreuz von Trump und seinem Gefolge. Dass sie den Worten Taten folgen lassen, haben die Ereignisse schmerzlich gezeigt. Unser Mitgefühl und unsere unsere Solidarität gelten all den Opfern und Angehörigen dieser faschistischen Gewalt.
Und es gilt angesichts dieser Hetze und Gewalt sich nicht klein zu machen, sondern die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Zwar konnten die »Republikaner« bei den sogenannten Midterm-Wahlen die Mehrheit im Senat behaupten. Bei den Kongresswahlen verloren sie ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus, die »Demokraten« gewannen 27 Sitze hinzu. Gewonnen haben gerade auch jene, die sonst Zielscheibe der Angriffe von Rechts sind. Frauen, Lesben, Schwule, Menschen mit Migrationshintergrund und -geschichte, Muslimas und Indigene. Ein Hoffnungsschimmer.

Eure Redaktion

#Widerstand

»Wenn der Feind uns bekämpft ...«



Die AfD und andere radikale Rechte verschärfen ihre Attacken auf GegnerInnen – zunehmend auch gegen Organisationen aus der »Mitte« der Gesellschaft. Gegenwehr ist nötig und möglich.

von Charles Paresse

»Der Arbeiter-Samariter-Bund war selbst Opfer von Rechtextremismus und wurde 1933 von den Nationalsozialisten enteignet und zerschlagen«, erinnerte die Hilfsorganisation im Oktober dieses Jahres. Der Anlass: Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wollte bei der Hilfsorganisation einen Erste-Hilfe-Kurs buchen. Doch der »Arbeiter-Samariter-Bund« (ASB) lehnte aufgrund der eigenen Verfolgungsgeschichte ab und auch, weil »Menschlichkeit, eine offene Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander« sowie »eine klare Haltung gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Politik« Grundlage ihrer Arbeit seien. Deutliche Worte, die viele wohl so nicht vom ASB erwartet hätten, den man als Anbieter von Rettungs-, Sozial- und Pflegediensten kennt. Für die Rechte war dies jedoch ein Affront, der ASB sah sich im Internet einem Shitstorm ausgesetzt. Doch er blieb bei seiner Ablehnung und meldete sogar Neueintritte – »extra deswegen«.

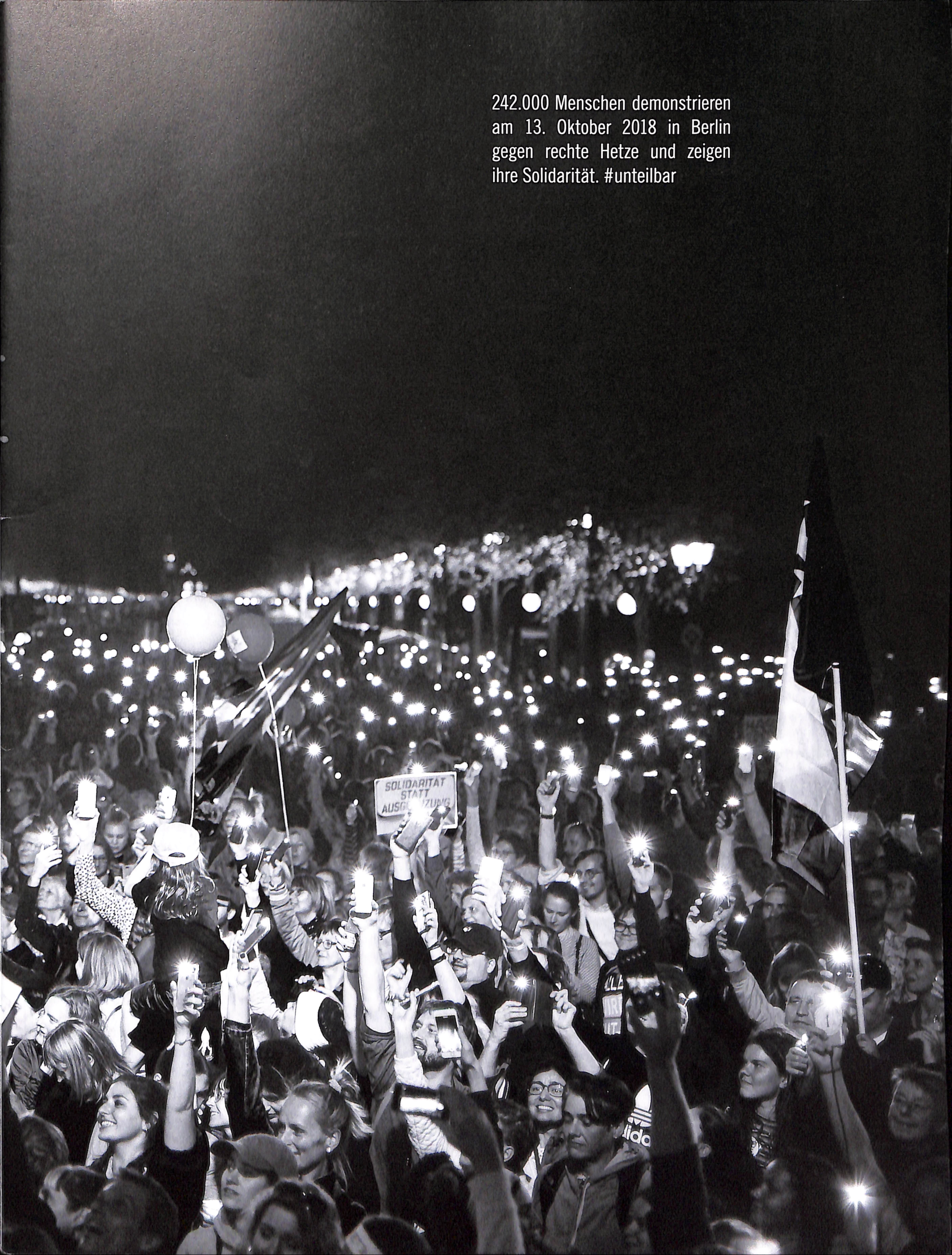
Auch der Mieterbund Südhessen geriet ins Visier der Rechten. Der Verein hatte sich gegen einen Aufmarsch der AfD ausgesprochen. Einem Vorstandsmitglied wurde daraufhin mit einem Brandanschlag gedroht, es gingen Hass-Mails ein. Doch der Mieterverein knickte ebenso wenig ein und erklärte: »Wir wenden uns (…) entschieden gegen jede Form von Rassismus, der Ausgrenzung und der Intoleranz.«

Hinzu kommt schließlich der abgesagte Auftritt der Band »Feine Sahne Fischfilet« bei der Stiftung Bauhaus in Dessau in einer Sendung des ZDF: Die Stiftung, in deren Räume sich die Produktionsfirma des Senders eingemietet hatte, erteilte der antifaschistischen Band Hausverbot und setzte so um, was CDU, AfD und Neonazis gefordert hatten. Doch der Band gelang es, den Angriff umzudrehen. Aus der Attacke wurde eine Werbeaktion. Es gab Berichte in allen Medien, Einladungen zu Auftritten durch die Landesregierungen von Berlin und Thüringen und eine Welle der Solidarität im Netz. Zum Konzert, das letztlich an einem anderen Ort stattfand, strömten hunderte BesucherInnen. Und es entwickelte sich eine Debatte um die Freiheit der Kunst. Die Zeitung des »Deutschen Kulturrats« »Politik & Kultur« (6/2018) forderte mit Verweis auf die Vorgänge: »Kultureinrichtungen müssen Kunstfreiheit weiter schützen.« Die Musiker überreichten kurz vor ihrem Auftritt der Stiftung Bauhaus eine Urkunde für die »PR-Aktion des Monats«.

Das Erstarken der Rechten hat Folgen – vor allem durch den vorauseilenden Gehorsam der »Mitte« und den Aufwind, den Rechte in den Institutionen nutzen. Die Angriffe auf ASB, Mieterbund und »Feine Sahne Fischfilet« sind nur drei Beispiele. Ihr Aufwind bei Wahlen macht die Rechten mutiger. Auch bislang stille UnterstützerInnen glauben nun, Oberwasser zu gewinnen. Ihre Attacken richten sich nicht mehr nur gegen vermeintlich Schwächere. Wer den ASB oder den »Paritätischen Wohlfahrtsverband« angreift, legt sich mit Großorganisationen an – das kann mutig oder übermütig sein. Und das kann dafür sorgen, dass endlich auch die »Mitte« der Gesellschaft aufwacht. Der ASB hat es vorgemacht.

An dieser Stelle sei es zur zugespitzten Veranschaulichung gestattet, Mao zu zitieren: »Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.« Natürlich bekämpft die AfD »uns«. Natürlich tut die radikale Rechte alles, um AntirassistInnen, Geflüchtete und MigrantInnen, Linke, DemokratInnen, FeministInnen, SozialdemokratInnen, Grüne, SozialistInnen, Liberale, gläubige FlüchtlingshelferInnen, Jüdinnen und Juden, Muslime, Homosexuelle oder nicht-rechte Kunst zu bekämpfen. Sie will die Errungenschaften der Moderne und die Demokratie beseitigen. Warum wundern wir uns, wenn sie ihre politischen Waffen in Stellung bringen? Wer ins Visier der Rechten gerät, hat vorher wohl einiges richtig gemacht. Die Angriffe sind eine Gefahr und schüchtern ein. Wir dürfen dies nicht zulassen, sondern müssen Solidarität organisieren. In der Polarisierung der letzten zwei, drei Jahre liegt eine große Gefahr. In ihr liegt aber auch eine Chance. Denn viele Menschen erkennen, dass sie sich positionieren müssen, und viele tun das nun. Viele sind nun gezwungen, in den eigenen Reihen kontroverse Debatten zu führen, obwohl sie doch eigentlich nur Verletzten helfen oder MieterInnen beraten wollen. Vermutlich hatten die Geschäftsführungen des ASB in Chemnitz oder Luckenwalde nach der Absage an die AfD viele schlimme Anrufe und Emails zu beantworten. Dort Haltung zu bewahren, das fordert Mut – und ist unendlich wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass künftig jede Attacke auf »uns« so endet wie die Klage-Androhung der AfD gegen »der rechte rand«, die uns viele neue Abos und politisches Interesse beschert hat, statt uns einzuschränken. Aus den Funken der demokratischen, antifaschistischen Gegenwehr der letzten Wochen und Monate muss ein Aufstand gegen Rechts organisiert werden, der die Rechte zielgerichtet schwächt und ihre GegnerInnen stärkt. Nicht irgendwann, sondern jetzt!


kein
mensch
braucht
nazis
NAZI
ÄRSCHE
STOPPEN
fer
er!



242.000 Menschen demonstrieren am 13. Oktober 2018 in Berlin gegen rechte Hetze und zeigen ihre Solidarität. #unteilbar

#Extremismustheorie

Die Brille der Äquidistanz vernebelt den Blick

Alle Formen des Extremismus gleichermaßen abzulehnen und äquidistant zu forschen, ist der Anspruch der Extremismus-«Theorie«. Die Unzulänglichkeit dieses Ansatzes ist schon lange bekannt. Die mangelhafte Auseinandersetzung mit dem Rechtsruck der letzten Jahre zeugt vom Versagen der Extremismusforschung.

von Max Heim

Der Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist seit mehreren Jahren voll im Gange: in den Parlamenten, in den Köpfen und auf der Straße. In der sozialwissenschaftlichen »Rechtsextremismusforschung« werden diese Entwicklungen breit erforscht. Dieser Forschungszweig gewinnt seine Definitionen und Ergebnisse durch eine Auseinandersetzung mit sozialen Phänomenen und versteht »Rechtsextremismus« als Zusammenspiel verschiedener Ideologieelemente. Hierdurch war schon seit langem das hohe Potential extrem rechter Einstellungen bekannt, das sich erst in den letzten Jahren parteipolitisch formierte.

Davon zu unterscheiden ist der Ansatz der »Extremismusforschung«, der die politische Landschaft in Demokratie und Extremismus unterteilt. Als ExtremistIn gilt, wer die Grundlagen demokratischer Verfassungsstaaten missachtet. Das »Postulat der Äquidistanz« besagt, die Unterformen »Rechtsextremismus«, »Linksextremismus« und »Islamismus« gleichermaßen unter die Lupe zu nehmen. Zentrales Publikationsorgan dieses Ansatzes ist das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie«, herausgegeben von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse. Ein Blick in die Ausgaben der letzten Jahre soll zeigen, inwieweit dort dem Anspruch entsprochen wird, Gefahren für die Demokratie zu erkennen und zu analysieren.

Die AfD in den »Jahrbüchern«

Erstmals Erwähnung findet die »Alternative für Deutschland« (AfD) im »Jahrbuch 2014«, in dem die Entwicklungen des Vorjahres beschrieben werden. Alexander Gallus dokumentiert Auszüge aus dem Programm zur Bundestagswahl 2013 und gibt verschiedene Einschätzungen über die politische Einordnung der AfD wieder. Mit einer eigenen Analyse oder gar einer Beurteilung nach den Kriterien der Extremismusforschung hält er sich zurück. Ein Jahr später findet die Partei, trotz mehrerer Wahlerfolge, keine gesonderte Beachtung im »Jahrbuch«.

In der Ausgabe von 2016 ist eine Debatte über die Beurteilung der AfD abgedruckt. Die Herausgeber ließen in vier Beiträgen diskutieren, wie die Partei demokratietheoretisch einzuschätzen sei, wie die innerparteilichen Strömungen zu gewichten seien und ob die Partei vom Verfassungsschutz beobachtet werden solle. Die Politikwissenschaftler Frank Decker, Thorsten Oppelland und Werner Patzelt sollten diese Fragen erörtern. Zudem wurden die Parteivorsitzenden der AfD, Frauke Petry und Jörg Meuthen, zu einem Beitrag eingeladen, mit dem Ziel, »das Selbstverständnis der Partei zu dokumentieren«, wie die Herausgeber schrieben. Petry und Meuthen kommen wenig überraschend zu dem Schluss, die AfD sei »grundgesetztreu und rechtsstaatverliebt«. Aber auch die drei Politikwissenschaftler sehen in der AfD keine extremistische Partei, die beobachtet werden müsse. Besonders deutlich wird die extremismustheoretische Argumentation in den Ausführungen von Patzelt. Zwar sieht er, dass »ein Großteil der AfD-Mitglieder und AfD-WählerInnen islamophobe und (übergeneralisierte) muslimfeindliche Positionen« vertritt und räumt auch ein, dass »Rechtspopulismus nicht selten mit Rassismus einher(gehe)«. In seiner Folgerung ist die AfD jedoch als demokratisch einzustufen: »Insgesamt gibt es keinen Grund die AfD als ‹außerhalb des demokratischen Spektrums' befindlich einzuschätzen. (...) Von der NPD unterscheidet die AfD grundlegend, dass sie die politische Ordnung Deutschlands und dessen Grundwerte bejaht, also gerade innerhalb des Verfassungskonsenses eine andere Politik herbeiführen will (...). Es ist deshalb die AfD keine ‹Anti-System-Partei›, sondern ein Alternativangebot innerhalb des Systems.« Diesem Urteil widersprechen Decker und Oppelland trotz leicht abweichender Analysefokusse nicht.

Nach den Prämissen der Extremismusforschung ist diese Einschätzung nicht falsch. Denn da sich die AfD zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) bekennt und das Gros ihrer FunktionärInnen die staatliche Ordnung der BRD nicht offen in Frage stellt, kann sie nur schwerlich als extremistisch gelten. Nach dem Extremismusansatz gilt die Partei im Umkehrschluss als demokratisch und zwar solange sie ‹nur› rassistische, homophobe oder andere antiegalitäre Ideologien vertritt und dabei staatliche Institutionen und Funktionsweisen, geschützt durch die fdGO, nicht in Frage stellt. Bislang kann sich daher die AfD eines »Persilscheins« der Extremismusforschung sicher sein.

An dieser Einschätzung hat sich auch im »Jahrbuch 2017« nichts geändert. Trotz bemerkenswerter Wahlerfolge bei den Landtagswahlen 2016 und zunehmender Radikalisierung der Partei ist die AfD auf den fast 500 Seiten kein Gegenstand weiterer Analysen. Es bleibt abzuwarten, wie die jüngsten Ereignisse in Chemnitz von den entsprechenden WissenschaftlerInnen eingeordnet werden.

Rechte Gewalt in den »Jahrbüchern«

Ein sprunghafter Anstieg rechter Gewalt ist mit dem Jahr 2015 zu verzeichnen. Hier sind sich zumindest in der Tendenz die Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen einig. Im »Jahrbuch« 2016 und 2017 werden die Zahlen des BKA zwar wiedergegeben, aber nicht weiter kommentiert. Auch die Aushebung terroristischer Vereinigungen wie der »Oldschool Society« oder der »Gruppe Freital« werden nur erwähnt. Der Anschlag in München vom 22. Juli 2016, dem neun Menschen zum Opfer fielen, findet ebensowenig Erwähnung wie die vielen Toten im Mittelmeer, deren Tod auf eine fremdenfeindliche Migrationspolitik zurückzuführen ist. Es fällt schwer, die Analysen der Extremismusforschung zum Anstieg rechter Gewalt zu beurteilen, da sie schlichtweg fehlen.

Aufweichung der eigenen Analysedogmen?

Trotz der eklatanten Lücken in den Analysen der Extremismusforschung deutet sich im »Jahrbuch 2017« eine positive Entwicklung an. Während in den vergangenen Ausgaben Ansätze der sozialwissenschaftlichen »Rechtsextremismusforschung« regelmäßig in Grund und Boden rezensiert wurden, fallen die Bewertungen im aktuellsten Band ungewöhnlich wohlwollend aus. So werden beispielsweise die Studie von Andreas Zick und Beate Küpper »Gespaltene Mitte – feindselige Zustände«, das Buch »Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – PEGIDA – Gewaltnetze« von Hajo Funke oder das »Handbuch Rechtsextremismus« von Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler weitgehend positiv aufgenommen.

Auch der Artikel von drei AutorInnen des brandenburgischen Innenministeriums / Verfassungsschutzes über die Ideologie der »ReichsbürgerInnen« ist differenziert und kenntnisreich. Sie analysieren die Ideologie der »ReichsbürgerInnen«-Szene und arbeiten Elemente wie Autoritarismus, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus heraus. Dabei greifen sie auf Arbeiten der sozialwissenschaftlichen »Rechtsextremismusforschung« zurück und verzichten weitgehend auf die Kategorisierung der Extremismusforschung. Vielleicht ist die vergleichsweise ausgeprägte Orientierung an der sozialwissenschaftlichen »Rechtsextremismusforschung« im gegenwärtigen Jahrbuch eine Ausnahme. Vielleicht aber merken die Herausgeber des »Jahrbuchs«, dass ihr Ansatz den gegenwärtigen Rechtsruck nicht adäquat erfassen kann. Doch auch wenn durch einen weiteren Einzug sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze fundierte Analysen zur extremen Rechten geschrieben würden, änderte dies am Grundproblem der Extremismusforschung wenig.

Extremismusforschung ist nicht reformierbar

Vor 35 Jahren schrieben Backes und Jesse ihren ersten gemeinsamen Aufsatz, in dem sie bereits forderten, »Rechts«- und »Linksextremismus« gleichermaßen abzulehnen. Auch im »Jahrbuch 2017« bemängeln sie eine geringe Aufmerksamkeit für »Linksextremismus«, da die öffentliche Wahrnehmung »nicht auf Äquidistanz basiert«. Dass eine Wahrnehmung durch die Brille der Äquidistanz systematisch den Blick auf die gesellschaftspolitische Realität vernebelt und zu falschen Schlüssen führt, beweist die Extremismusforschung seit ihrem ersten Tag. Die Täter der rassistischen Ausschreitungen in Rostock und Mölln Anfang der 1990er Jahre, beschrieben Backes und Jesse im Jahr 1994 als »eine Anzahl nicht-organisierter Kinder und Jugendlicher und 50 Beifallklatscher aus der Bevölkerung«. Dass die Öffentlichkeit so viel über rechte Gewalt spricht, liege daran, dass »Journalisten überwiegend links von der Mitte angesiedelt sind« – eine klassisch rechte Argumentation – und nicht etwa an den fast 200 Todesopfern seit 1990. Auch die Einordnung des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) fiel Backes und Jesse merklich schwer. Im Jahr 2013 schrieben sie: »(…) so dass zu wünschen wäre, die NSU-Diskussion gäbe Anstöße für die Entwicklung neuer Forschungsprojekte. Diese sollten sich nicht auf einzelne Akteure konzentrieren, sondern der Gewaltdynamik stärkere Beachtung schenken, wie sie aus der Wechselwirkung und den Interaktionen extremistischer Szenen entsteht.« Warum aber eine rassistisch motivierte Mordserie, verübt von drei Neonazis an migrantischen Gewerbetreibenden, ein Forschungsprojekt zu Konfrontationsgewalt zwischen Linken und Rechten begründet, bleibt das Geheimnis dieser Professoren.

Schließlich ist zu resümieren: Eine Extremismus- beziehungsweise Demokratieforschung, welche die rechte Gewalt aufgrund ihres falschen Analyseansatzes systematisch relativiert und zum gegenwärtigen Rechtsruck nichts Substanzielles sagen kann oder möchte, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

»Ein rein instrumentelles Verhältnis zu Juden«

Am 7. Oktober 2018 gründete die »Alternative für Deutschland« in Wiesbaden-Erbenheim die Gruppierung »Juden in der AfD«. Jüdische Organisationen gingen mit deutlichen Worten auf Distanz zur AfD. Für das Magazin »der rechte rand« sprach Sascha Schmidt mit dem Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Professor Samuel Salzborn (Technische Universität Berlin).

drr: Hat Dich die Gründung der Gruppierung »Juden in der AfD« (JAfD) überrascht? Und welche Motivation steckt deiner Meinung nach dahinter?

Samuel Salzborn: Die AfD hat ein rein instrumentelles Verhältnis zu Jüdinnen und Juden, man will den massiven Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus in der Partei mit der Gründung dieser Minigruppierung »Juden in der AfD« kaschieren. Abgesehen von den wenigen Einzelpersonen, die jetzt diese Gruppe gegründet haben, lehnen die meisten Jüdinnen und Juden in Deutschland die AfD auch aufgrund ihrer antisemitischen, rassistischen und antidemokratischen Vorstellungen entschieden ab. Dies hat die große Erklärung gegen die AfD, die kürzlich vom »Zentralrat der Juden« und von über 40 jüdischen Organisationen unterzeichnet wurde, sehr deutlich gezeigt.

In der Debatte um Antisemitismus werden in der Regel die Reden von Björn Höcke, Alexander Gaulands »Vogelschiss«-Rhetorik oder Wolfgang Gedeon, der mehrere antisemitische Schriften verfasst hat, angeführt. In der erwähnten Erklärung heißt es, die AfD sei »eine rassistische und antisemitische Partei«. Wie verbreitet ist Antisemitismus in der AfD und welche Formen von Antisemitismus sind deiner Meinung nach am weitesten in der AfD verbreitet?

Wenn die AfD behauptet, sie habe kein Antisemitismusproblem, dann ist das schlichtweg gelogen. Dies betrifft einerseits ihre AnhängerInnen und einfachen Mitglieder, aber auch ihre führenden RepräsentantInnen. Eine Studie des »Instituts für Demoskopie Allensbach« hat kürzlich gezeigt: 55 Prozent der AfD-AnhängerInnen stimmen dem völlig unmissverständlich antisemitischen Satz »Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss« zu. Übersetzt heißt das: Die antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Formulierungen der AfD-Parteiführung in Bund und Ländern stoßen auf eine gigantisch hohe antisemitische Zustimmung bei den ParteianhängerInnen. Während in den demokratischen Parteien immer wieder Kräfte auch gegen Antisemitismus agieren, wirkt Antisemitismus in der AfD längst wie ein weltanschaulicher Magnet, der Partei und AnhängerInnen verbindet.

Gerade unter den ideologischen StichwortgeberInnen der AfD wird auf die »Neue Rechte« beziehungsweise deren Vordenker, die sogenannte »Konservative Revolution«, rekurriert. Welche antisemitischen Einflüsse lassen sich in den historischen Vorbildern und in der Strömung innerhalb der extremen Rechten, der »Neuen Rechten«, nachweisen?

Im Zentrum der Weltanschauung der »Konservativen Revolution« wie der »Neuen Rechten« steht das völkische Denken. In diesem wird ein stärker kulturalistisch ausgerichtetes, bisweilen aber auch nach wie vor offen rassistisches Denken proklamiert, das auf einem identitätspolitischen Konzept basiert, das die Welt in homogene Ethnokollektive aufteilt, die man dann Völker oder Volksgruppen nennt. In diesem völkischen Weltbild gibt es das »Eigene« und das »Fremde«, wobei diese Unterscheidung die Grundlage auch und gerade für Rassismus darstellt. Die völkischen Ideologen sind aber angetreten im Kampf gegen die Aufklärung, gegen das Versprechen auf Freiheit und Gleichheit, gegen den Universalismus. Im neu-rechten Weltbild wird dabei die ethnopolitische Weltsicht, die aufgeteilt wird in das »Eigene« und das »Fremde«, noch durch ein drittes Element ergänzt – nämlich durch das, welches dieses Denken in völkischen Setzkästen grundsätzlich durchkreuzt: das »Andere«, das Prinzip, das universalistisch und kosmopolitisch ihre kollektiven Homogenitätsschwärmereien und das Denken in Ethnokollektiven als solches komplett in Frage stellt. Dieses »Andere« ist im völkischen Weltbild seit jeher assoziiert mit dem Judentum - der Dreh- und Angelpunkt der völkischen Projektionen ist der Antisemitismus. Das völkische Denken der »Neuen Rechten« ist insofern ohne Antisemitismus nicht vorstellbar. Auch wenn er pro forma oft geleugnet wird, findet er sich in zentralen Schriften von Anfang an und bis heute.

Von Seiten der gewählten VertreterInnen der »JAfD« wurde vor allem der »Zentralrat der Juden« verbal sehr stark angegangen. Der stellvertretende Vorsitzende der »JAfD«, Wolfgang Fuhl, ehemals im Direktorium des Zentralrats, sprach bei der Gründungsveranstaltung davon, »180 Grad konträr zur Position des Zentralrats« zu stehen. Wie bewerten Sie diese Aussage und welche politischen Hintergründe finden sich im Kreis der 19 Jüdinnen und Juden, die der »JAfD« beigetreten sind?

Wir können es ja mal im Klartext übersetzen: Der »Zentralrat der Juden« steht beispielsweise für einen konsequenten Kampf gegen Antisemitismus und für eine Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland, das sind seit Jahrzehnten zentrale Positionen. Wenn man sich gegen solche Positionen aufstellt, hat man objektiv schon sehr deutlich formuliert, wo man faktisch steht – und damit, sicher ohne dass es die VertreterInnen der JAfD auf einer intellektuellen Ebene überhaupt selbst begriffen haben – auch auf einer ganz anderen Ebene kenntlich gemacht, dass man sich gegen die Interessen der Jüdinnen und Juden in Deutschland wendet.

Meron Medel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, hat in Bezug auf die »JAfD« von einem »Randphänomen« gesprochen und Kritik an der medialen Beachtung geübt, welche die AfD dadurch bundesweit erfahren hat. Es häufen sich in jüngster Zeit Stimmen, die fordern, nicht auf jede Provokation der AfD zu reagieren, weil man der AfD dadurch einen Resonanzraum biete, auf den sie bewusst abzielt. Hätte man die doch sehr überschaubare Gruppierung vielleicht weniger stark medial begleiten sollen?

Ich glaube, man täte gut daran, die JAfD zu ignorieren, sie ist eine Splittergruppe ohne Rückhalt bei den Jüdinnen und Juden in Deutschland und ein Feigenblatt, mit dem die AfD ihre eigenen antisemitischen Positionen kaschieren will.

Vielen Dank für das Gespräch!

Von Samuel Salzborn erschien 2018 das Buch »Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne«. Mit einem Vorwort von Josef Schuster bei Beltz Juventa.

»Dieses »Andere« ist im völkischen Weltbild seit jeher assoziiert mit dem Judentum, der Dreh- und Angelpunkt der völkischen Projektionen ist der Antisemitismus.«

Gegen Antisemitismus und Rassismus auf der #unteilbar Demonstration in Berlin am 13. Oktober 2018



#Antisemitismus

Holocaustleugnung auf der Bühne

Aufmärsche der extremen Rechten in Chemnitz, bei denen der Hitlergruß gezeigt wird. RechtsRock-Konzerte, bei denen das Publikum unter »Heil«-Rufen den rechten Arm reckt. Nicht nur in der Anonymität des Internets bekennen sich Rechte zum Nationalsozialismus; die Hemmschwelle, das auch in der Öffentlichkeit mit Gesten und Worten zu machen, scheint zu sinken.

von Birgit Mair

Am 30. Juni 2018 versammelten sich Rechte in Nürnberg anlässlich der Inhaftierung von HolocaustleugnerInnen wie Horst Mahler sowie zuletzt Ursula Haverbeck und Gerhard Ittner unter dem Motto »Freiheit für alle politischen Gefangenen - Für die Abschaffung des Paragraphen 130 StGB (Volksverhetzung, Anm. d. Verf.)«. Deutlich mehr als zweihundert, weitgehend bürgerlich gekleidete Neonazis mittleren bis höheren Alters folgten dem Aufruf. Der Aufmarsch der Rechten war eine einzige nationalsozialistische Propaganda. Auf offener Bühne wurde der Holocaust geleugnet, für Hitlers »Mein Kampf« geworben und ein Hitlergruß gezeigt. Die Polizei vor Ort griff nicht ein, war an diesem Tag damit beschäftigt, den antifaschistischen Protest fernzuhalten. Im Nachgang war zu erfahren, dass laut Polizeipräsidium Mittelfranken »die rechtlichen Voraussetzungen für eine lückenlose und vollständige Dokumentation« der Neonazidemo nicht vorgelegen hätten. Somit musste auf »Aufzeichnungen von dritten Personen« zurückgegriffen werden, als klar wurde, dass die rechte Veranstaltung völlig aus dem Ruder gelaufen war.

Christlicher Antisemitismus

Christian Bärthel wütete auf der Zwischenkundgebung unter anderem mit Hilfe von eigens zusammengestellten Bibelzitaten gegen die »Synagoge des Satans«, die seine Gesinnungsfreunde ins Gefängnis bringe. Er sprach von »Juden, denen man das Maul stopfen muss«. Im Zusammenhang mit der Hinrichtung von Jesus von Nazareth deutete er den Begriff des Holocaust als Opferritual um und hetzte erneut gegen Jüdinnen und Juden. Der Tod Jesu sei verursacht »durch das Betreiben der Judenheit, die die Völker benutzten als Handlanger, wie sie es immer tun. Sie klagen an und andere müssen die Dreckarbeit machen«.

Holocaustleugnung und Hitler

Auf dem Willy-Brandt-Platz – passenderweise in der Nähe des ehemaligen NSDAP-Gauhauses – begeisterte Marianne W. aus dem oberfränkischen Schauenstein das rechte Publikum mit der Aussage, ein ihr bekannter Jude habe zugegeben, dass die Vergasung der Juden eine Lüge sei. »Dann habe ich ihn überrumpelt und hab gesagt: Die Vergasung der Juden ist eine Lüge und du weißt es und du bist beteiligt und dann war er perplex, aber nur für einen Moment, und hat gesagt: Ja, das stimmt.« Die »Gaswagen« habe es dagegen wirklich gegeben. Diese seien jedoch »von bolschewistisch-zionistischen Juden erfunden« und zur Bekämpfung von deren Gegnern verwendet worden. Anschließend lobte ein »Fabio« aus der Schweiz Hitlers antisemitische Hetzschrift »Mein Kampf«. Das Buch sei »die Vorlage für die Freiheit«. Die Deutschen hätten den »ersten Freiheitskampf eines Volkes gegen das Böse schlechthin« geführt. Sein Fazit: »Wir haben die Vorlage, wir müssen sie nur umsetzen.« Während die beiden vorgenannten RednerInnen namentlich nicht angekündigt waren, war der Auftritt des Deutsch-Kanadiers Alfred Schaefer bereits im Vorfeld bekannt gegeben worden. Dieser zeigte am Schluss seiner Rede auf offener Bühne den Hitlergruß. Auch als Redner dabei war der als »Der Volkslehrer« bekannte ehemalige Berliner Grundschullehrer Nikolai Nerling. Henry Hafenmeyer, der als langjähriger Begleiter von Ursula Haverbeck angekündigt wurde, verkehrte in seiner Rede das Täter-Opfer-Verhältnis, indem er jüdischen Menschen folgende Ideologie unterstellte: »Nur die Juden sind Menschen, die Nicht-Juden sind wie Vieh«.

Es gibt immer einen Grund nicht einzugreifen...

Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen war und die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg sowie der Bayerische Landesverband Deutscher Sinti und Roma scharfe Kritik am Verhalten der städtischen Behörden und der Polizei geäußert hatten, ruderten diese nicht zurück, sondern verteidigten sogar noch ihre Vorgehensweise. Die antisemitische Eskalation und die relativ hohe Zahl der TeilnehmerInnen seien nicht vorhersehbar gewesen, die radikalsten Äußerungen erst kurz vor Veranstaltungsende gefallen.

In antifaschistischen Kreisen war bereits Wochen vorher bekannt, welche Szene sich hier versammeln würde. Dies wurde auch entsprechend veröffentlicht. In einer Mobilisierungsmail des »Nürnberger Bündnis Nazistopp« wenige Tage vor der Neonazidemo hieß es unter anderem: »Solche Gestalten haben in Nürnberg nichts zu suchen, also auf die Straße! Da die Leute aus dieser Szene fast schon zwanghaft Strafbares von sich geben, sind wir gespannt, ob die Behörden auch dementsprechend beobachten.«

»Erfolg und Ernüchterung«

Bei der Landtagswahl in Bayern erreichte die »Alternative für Deutschland« ein Ergebnis von 10,2 Prozent. 22 Abgeordnete der Partei ziehen nun ins Maximilianeum ein.

von Robert Andreasch

Die neuen bayerischen AfD-Abgeordneten:
Markus Bayerbach (Augsburg), Franz Bergmüller (Feldkirchen-Westerham), Martin Böhm (Coburg), Dr. Anne Cyron (Rosenheim), Katrin Ebner-Steiner (Fraktionsvorsitzende, Metten), Richard Graupner (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Schweinfurt), Prof. Dr. Ingo Hahn (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Gauting-Stockdorf), Uli Henkel (München), Christian Klingen (Markt Einersheim), Stefan Löw (Floß), Roland Magerl (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mantel), Christoph Maier (parlamentarischer Geschäftsführer, Memmingen), Ferdinand Mang (stellvertretender parlamentarischer Geschäftsführer, Allersberg), Gerd Mannes (Leipheim), Dr. Ralph Müller (Altdorf bei Nürnberg), Markus Plenk (Fraktionsvorsitzender, Ruhpolding), Jan Schiffers (Bamberg), Josef Seidl (Simbach), Ulrich Singer (Nördlingen), Ralf Stadler (Tittling), Raimund Swoboda (Markt Erlbach), Andreas Winhart (Bad Aibling).

Seit 1970, als die NPD mit 2,9 Prozent aus dem bayerischen Landtag flog, saß schließlich kein Vertreter beziehungsweise keine Vertreterin einer dezidiert extrem rechten Partei mehr im Maximilianeum. Jetzt, nach der Landtagswahl am 14. Oktober 2018, sind es fast zwei Dutzend KandidatInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD) von den sieben Bezirkslisten, die es dank des Gesamtergebnisses – Erst- und Zweitstimme werden in Bayern zusammengezählt – von 10,2 Prozent in den Landtag schafften. Auch bei dieser Wahl gab es Regionen, in denen die AfD besser abschneiden konnte, zum Beispiel in Regen (Niederbayern, 16,2%), Cham (Oberpfalz, 16%), Günzburg (Schwaben, 14,1%) oder Bamberg-Land (Oberfranken 14%). Der ganz überwiegende Teil der Abgeordneten kann der extremen Rechten zugeordnet werden: die Höcke-Freundin Katrin Ebner-Steiner ist darunter oder Andreas Winhart, der mit Hakenkreuzfotos für Skandale sorgte. Roland Magerl war im bei Neonazis beliebten »Ansgar Aryan«-Shirt aufgetreten und der nun ebenfalls gewählte Ralf Stadler hatte sich im laufenden Wahlkampf öffentlich mit der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck solidarisiert.

Erst sehr spät sind antifaschistische Proteste gegen den AfD-Wahlkampf ins Rollen gekommen; bei geschätzt Dreiviertel der AfD-Wahlkampfaktionen dürfte es überhaupt keinen oder nur einen sehr marginalen Protest gegeben haben. Und doch kam es immer wieder zu Überraschungen, wie beim Auftritt von Björn Höcke in Elsenfeld. In dem kleinen unterfränkischen Markt, der bisher nicht gerade als antifaschistische Hochburg galt, strömte am Abend des 14. September 2018 rund ein Drittel der 9.000 EinwohnerInnen zusammen, um gegen die AfD zu protestieren.

Alles wie immer im Freistaat

Der ressentimentgeladene Wahlkampf von AfD und CSU (s. drr Nr. 174) hat bei den WählerInnen offensichtlich Anklang gefunden. Mit Parolen wie »Der Islam gehört nicht zu Bayern«, »Konsequent abschieben« und »Wir sind das Original« konnte die AfD der CSU zudem 300.000 ehemalige WählerInnen abringen. Im CSU-Wahlprogramm stand: »Das System aus Grenzpolizei, AnkerZentren und Landesamt für Asyl und Rückführungen hat dafür gesorgt, dass in Bayern weniger Menschen ankommen und diejenigen ohne Bleiberecht unser Land wieder verlassen«. »Freie Wähler«-Chef Hubert Aiwanger hatte mit der Parole »Asylpolitik versinkt im Chaos. Merkel, Seehofer und SPD, Ihr seid nur noch eine Belastung für dieses Land!« Wahlkampf gemacht und die FDP forderte in ihrem Landtagswahlprogramm eine »zügige Rückführung rechtskräftig ausreisepflichtiger Asylbewerber«. Rückblickend stimmten, addiert man die Prozentpunkte von AfD, CSU, FW und FDP, fast zwei Drittel der bayerischen WählerInnen für eine dezidiert gegen Geflüchtete gerichtete Politik.

Lob und Tadel

Die AfD war in den letzten Monaten vor der Wahl großspurig aufgetreten. Das Ergebnis der Bundestagswahl in Bayern (12,4 %) wollte man erheblich übertreffen, die Spitzenkandidatin Katrin Ebner-Steiner kündigte noch kurz vor der Wahl ein Ergebnis von über 20 Prozent für ihre Partei an. Letzten Endes gaben knapp 1,4 Millionen WählerInnen der AfD ihre Erst- und Zweitstimme. Landesweit wurde die AfD damit – vor der SPD (9,7%) – viertstärkste Kraft. Die zentrale Wahlparty der AfD fand in Mamming in der niederbayerischen Provinz statt, im Gasthaus Apfelbeck, einem abgelegenen Stammlokal von AfD und anderen rechten Gruppen. Alice Weidel twitterte von hier aus: »Ich gratuliere der AfD Bayern zu diesem riesigen Erfolg!« Björn Höcke, der bei einer ganzen Reihe von Wahlkampfveranstaltungen in Bayern aufgetreten war, meldete sich dagegen eher zurückhaltend aus Thüringen: »Der Einsatz unserer Mitglieder, Kandidaten und Wahlkämpfer in Bayern verdient höchsten Respekt und wurde schließlich mit einem zweistelligen Ergebnis bei der Wahl belohnt.« Die an Zeilen einstellige Pressemitteilung, die Georg Pazderski am Abend für den AfD-Bundesvorstand versandte, enthielt bereits Durchhalteparolen: »Uns gehört die Zukunft! Die AfD wird Volkspartei.« Auf dem »PI-News«-Blog analysierte Wolfgang Hübner das AfD-Ergebnis als »Erfolg und Ernüchterung«. Felix Lautenschläger und Jürgen Elsässer ätzten auf der Webpräsenz des »Compact«-Magazins frustriert gegen Teile der Partei: »Das 10%-Desaster. Warum die AfD in Bayern versagte.« Elsässers Fazit: »Bayern ist für den Befreiungskampf verloren und damit der gesamte Westen. Nun müssen mit aller Kraft die Bastionen im Osten verteidigt werden.« Ganz offensichtlich macht die AfD als »Bewegungspartei« nun die Erfahrung anderer sozialer Bewegungen: Selbst ein Bedeutungszuwachs oder eine ungebremste Radikalisierung können durch zeitweilige Latenzen oder gar Abschwünge begleitet werden. Im Wahlkampf war das bereits zu beobachten: Bei Veranstaltungen blieb der BesucherInnenzuspruch manchmal deutlich aus und immer wieder fielen gerade prominent besetzte Versammlungen kurzfristig aus. Der erneute Wahlerfolg der AfD wird allerdings die gesamte extreme Rechte im Südosten stärken: Zu den 14 bayerischen Bundestagsabgeordneten und ihrer bisherigen Büroinfrastruktur kommen nun noch die Büros und MitarbeiterInnen der Landtagsabgeordneten sowie das Fraktionspersonal und die Fraktionsinfrastruktur hinzu.

Keine Überraschung

Auch in Hessen zieht die »Alternative für Deutschland« ins Parlament ein. Im Endergebnis bleibt sie jedoch hinter den selbst gesteckten Erwartungen. Und auch im Wahlkampf lief keineswegs alles rund.

von Sascha Schmidt

Mit 13,1 Prozent gelang der »Alternative für Deutschland« (AfD) am 28. Oktober 2018 der Einzug in den hessischen Landtag. Damit konnte die AfD ihr Ergebnis bei den letzten Landtagswahlen (2013: 4,1 Prozent) mehr als verdreifachen und sitzt nun mit 19 Sitzen als viertstärkste Fraktion im Parlament. Dennoch war die Freude am Wahlabend im Kreise der AfD-Spitze verhalten. Denn trotz der deutlichen Zugewinne gegenüber 2013 sowie einem leichten Anstieg gegenüber dem landesweiten Ergebnis bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr (11,9 Prozent) blieb das Ergebnis hinter dem von Landessprecher Robert Lambrou inbrünstig vorgetragenen Ziel von »15 Prozent plus X«. Ein Blick auf die absoluten Zahlen von etwa 378.000 Zweitstimmen macht zudem deutlich: Gegenüber der Bundestagswahl hat die AfD in Hessen rund 20.000 Stimmen verloren.

WählerInnenwanderungen und Hochburgen

Dass auch bei dieser Wahl vor allem die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der »Großen Koalition« in Berlin die Motivation für ihre Wahlentscheidung mitbestimmt hatte, spiegelte sich sowohl im Vorfeld in zahlreichen Umfragen wider, als auch am Wahlabend in den Verlusten von CDU und SPD; jeweils rund 11 Prozent. Der Blick auf die WählerInnenwanderungen lässt vor allem eine hohe Unzufriedenheit vieler AfD-AnhängerInnen mit der hessischen CDU erkennen, die lange als »Stahlhelm-Fraktion« innerhalb der Union galt. Ein Viertel aller WählerInnen der AfD hatte vor fünf Jahren noch ihr Kreuz bei der CDU gemacht. Dreiviertel von ihnen stimmten außerdem der Aussage zu, die AfD trete »für Positionen ein, die früher die hessische CDU vertreten hat«. Folglich liegt auch ein Großteil der AfD-Hochburgen in traditionell konservativ geprägten, ländlichen Regionen. Überdurchschnittlich punkten konnte die AfD insbesondere in den osthessischen Wahlkreisen Main-Kinzig III (17,7%) und den beiden Fuldaer Wahlkreisen (16,8 bzw. 18,2%). Dort wurde die Partei, sogar mit lokalen Spitzenwerten von bis zu 24 Prozent, knapp hinter der CDU zweitstärkste Kraft. So geschehen in der Gemeinde Neuhof, in der der jetzige Bundestagsabgeordnete der AfD, Martin Hohmann, vierzehn Jahre als Bürgermeister regierte. Großen Zulauf verzeichnete die AfD auch im Landkreis Wetterau (17,4%) – einst eine Hochburg der hessischen NPD. In der dortigen Gemeinde Hirzenhain wurde die AfD mit 23,2 Prozent der Zweitstimmen sogar stärkste Kraft. Ihr Direktkandidat war der langjährige, ehemalige Vorsitzende des »Vereins für Staatspolitik«, Andreas Lichert. Ihm fehlten nur 2 Prozentpunkte, um sich gegen Landesministerin Lucia Puttrich (CDU) das Direktmandat zu sichern.

Die Wahl brachte ein deutliches Stadt-Land-Gefälle hinsichtlich des AfD-Zuspruchs zu Tage. Während der statistische Mittelwert in den Dörfern und Gemeinden bei 15 Prozent lag – mit mehr als drei Dutzend Ausreißern nach oben zwischen 17 und 24 Prozent – stimmten in den mittelgroßen Städten durchschnittlich 12 Prozent der WählerInnen, in den Großstädten lediglich rund zehn Prozent pro AfD.

Die klare Verliererin am rechten Rand war die NPD. Konnte sie bei den Kommunalwahlen 2016, dort wo die AfD nicht antrat, noch mit mehreren zweistelligen Ergebnissen in Stadt- und Kreisparlamente einziehen, hat die nun flächendeckend vertretene AfD ihr die letzten Hochburgen streitig gemacht (s. drr Nr. 159). Gegenüber den Landtagswahlen 2013 verlor die NPD 0,9 Prozent und landete mit nur noch 6190 Stimmen bei 0,2 Prozent. Der damit verbundene Verlust der Wahlkampfkostenrückserstattung dürfte den ohnehin seit Jahren im Tiefflug befindlichen Landesverband zukünftig vor existenzielle Probleme stellen.

Klassische Themensetzung

Wenig überraschend setzte die AfD bei ihrem Wahlkampf vor allem auf ihre klassischen Kernthemen: Innere Sicherheit, eng verknüpft mit rassistischer Anti-Asyl- und Anti-Migrationspolitik sowie dem Heraufbeschwören einer angeblich allgegenwärtigen »Ausländerkriminalität«. Das Straßenbild dominierten Plakate mit Parolen wie »Konsequent abschieben«, »Rechtstaat wiederherstellen« und »Sicherheit für unsere Töchter und Frauen«. Damit konnte die Partei ihre Klientel mobilisieren: Rund zwei Drittel aller AfD-WählerInnen gaben diese Themen als Grund für ihre Wahlentscheidung an. Die in Umfragen als wichtigste landespolitische Herausforderungen benannten Bereiche Bildung, Infrastruktur, Verkehr und Wohnen vernachlässigte die AfD nahezu gänzlich. Im Bereich Verkehr präsentierte man sich als ‹Pro-Diesel-Partei›, bei der Bildung setzte man maßgeblich auf die Kritik am hessischen Lehrplan zur Sexualerziehung. Bedeutende Fragen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden, vermutlich wohlwissend um die eigenen Kompetenzdefizite, weitestgehend ausgespart. Selbst die Spitzenvertreter Rainer Rahn und Robert Lambrou offenbarten in Interviews und Spitzenrunden des Hessischen Rundfunks eklatante Wissenslücken oder gaben an, schlicht keine Lösungsvorschläge zu haben. Für die sozialpopulistische Note sollte im Wahlkampf Bundesvorstandsmitglied Guido Reil (s. drr Nr. 171) aus Nordrhein-Westfalen sorgen, der mit 15 Auftritten in Hessen Dauergast war.

Durchwachsener Wahlkampf

Der Wahlkampf der AfD verlief, ähnlich wie die Auftritte ihrer Spitzenkandidaten, recht holprig. Noch ehe er richtig begonnen hatte, sorgten Berichte über interne Streitigkeiten und Parteiausstritte in Kreisverbänden sowie Mandatsniederlegungen in Stadt- und Gemeindefraktionen für mediale Störgeräusche (s. drr Nr. 174). Am Abend der Neonazi-Ausschreitungen in Chemnitz sorgten Drohungen gegen JournalistInnen für Aufsehen, die der Fraktionsvorsitzende der AfD im Kreistag des Hochtaunuskreis, Thomas Langnickel, auf Facebook verbreitete: »Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser (...) gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt.« Ende September erhob die Staatsanwaltschaft Fulda dann Anklage gegen das ehemalige Landesvorstandsmitglied der Parteijugend »Junge Alternative« (JA), Toni Reinhardt. Der Vorwurf lautet, Reinhardt habe sich im Februar 2017 in einem Notruf bei der Polizei als Vorsitzender des Vereins »Fulda stellt sich quer« ausgegeben und behauptet, er habe seine Frau umgebracht. Dem falschen Notruf folgte ein größerer Polizeieinsatz am Haus des Vereinsvorsitzenden.



Links steht Walter Wissenbach (neuer AfD-Abgeordneter) mit Robert Lambrou (rechts, Landessprecher und jetzt auch im Landtag)

Schwierigkeiten hatte die AfD nicht nur hinsichtlich ihrer Außenwirkung, sondern auch bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder und SympathisantInnen. Nur wenige der rund drei Dutzend Saalveranstaltungen stießen auf großes Interesse. Lediglich die Auftritte der Bundesspitzen Beatrix von Stroch, Jörg Meuthen und Alexander Gauland fanden regen Zuspruch. Zudem warteten häufig schon mehrere hundert Menschen vor Ort, um gegen die AfD zu protestierten. Die Mobilisierungsdefizite der Partei wurden auch bei einer »Ja zum Diesel«-Demonstration im August in Friedberg deutlich, ebenso wie bei einer geplanten Demonstration gegen einen Besuch von Angela Merkel im südhessischen Dieburg. Zum ersten Aufmarsch kamen trotz personeller und logistischer Unterstützung aus Sachsen nur knapp 100 Personen, letzterer wurde sogar ganz abgesagt. Die fadenscheinige Begründung: »Linke« oder vom Verfassungsschutz eingeschleuste NPD-Mitglieder könnten den Hitlergruß zeigen, um die AfD zu diffamieren. Wenige Tage vor der Wahl berichteten Medien dann von einer Auseinandersetzung mit einem Anwohner in Frankfurt am Main, in deren Zuge ein Wahlkämpfer eine Pistole gezogen habe. Dabei handelt es sich um Zahid Khan, Vater des AfD- und JA-Landesvorstandsmitgliedes Mary Khan.

Extreme Rechte in der Landtagsfraktion

Zufriedenheit herrschte bei der AfD am Wahlabend zumindest über die erreichten 19 Sitze. Diese waren in dieser Höhe jedoch nicht dem eigenen Wahlergebnis, sondern den zahlreichen Überhangs- und Ausgleichmandaten geschuldet. Es bleibt abzuwarten, wie sich die neue Fraktion aus weitgehend unbekannten Abgeordnete präsentieren wird. Innerhalb der Fraktion könnte sich auch ein extrem rechter Flügel formieren. Dessen bekannteste VertreterInnen in Hessen sind Andreas Lichert (Kreis Wetterau), der Burschenschafter Frank Grobe und Klaus Gagel (beide Rheingau-Taunus-Kreis) sowie Alexandra Walter (Kreis Groß-Gerau) (s. drr Nr. 174). Nur zwei Tage nach der Landtagswahl sorgten Facebook-Posts von Walter für mehr Aufsehen, als sich die Neu-Abgeordnete hätte wünschen können. Nach dem Besuch eines Vortrages des verurteilten Kriegsverbrechers und einstigen »Oberscharführer der Waffen-SS«, Dries Coolens, hatte sie diesen als »tollen Menschen« bezeichnet. Zudem wetterte Walter über »Verrat an jeder Ecke«, der im Zweiten Weltkrieg zu »Deutschlands Niederlage« beigetragen habe und bezeichnete Halloween als »Besatzerfest«. Nach umfangreichen Medienberichten gab die Partei-Spitze an, die Vorgänge prüfen zu wollen. Ihre Affinität zur extremen beziehungsweise »Neuen Rechten« hatte Walter bereits im Oktober auf der Frankfurter Buchmesse erkennen lassen. An einem lediglich für Fachpublikum zugänglichen Tag besuchte sie mit JA-Vertretern ein Gespräch zwischen Ellen Kositza und Vera Lengsfeld, zu dem der »Loci-Verlag« alias »Antaios« geladen hatte.

Stabiles Potential, aber kein Rechtsruck

Zwar ist der AfD der Einzug in den Landtag gelungen und sie scheint mittlerweile über ein relativ konstantes Potential an StammwählerInnen zu verfügen. Ihr selbstgestecktes Propagandaziel, sich als kommende Volkspartei zu inszenieren, hat sie jedoch verfehlt. Im Vergleich mit den Landtagswahlen der letzten zwanzig Jahre kann zudem weniger von einem Rechtsruck, als vielmehr von einer Wanderbewegung von ‹Mitte-Rechts› und ‹Rechts› nach ‹Rechts-Außen› gesprochen werden. Denn die Gesamtprozente von CDU, FDP und AfD lagen bei dieser Wahl nahezu hinter allen aufsummierten Zweitstimmenergebnissen für Parteien aus dem rechten Lager seit 1998.

#Schule

Angst vor Bildung

Mit dem »Informationsportal ‹Neutrale Schulen Hamburg'« fordert die Bürgerschaftsfraktion der »Alternative für Deutschland« SchülerInnen und Eltern auf, LehrerInnen zu melden, die sich im Unterricht kritisch zu der Partei geäußert haben. Denunziation vom Feinsten!

von Florian Schubert



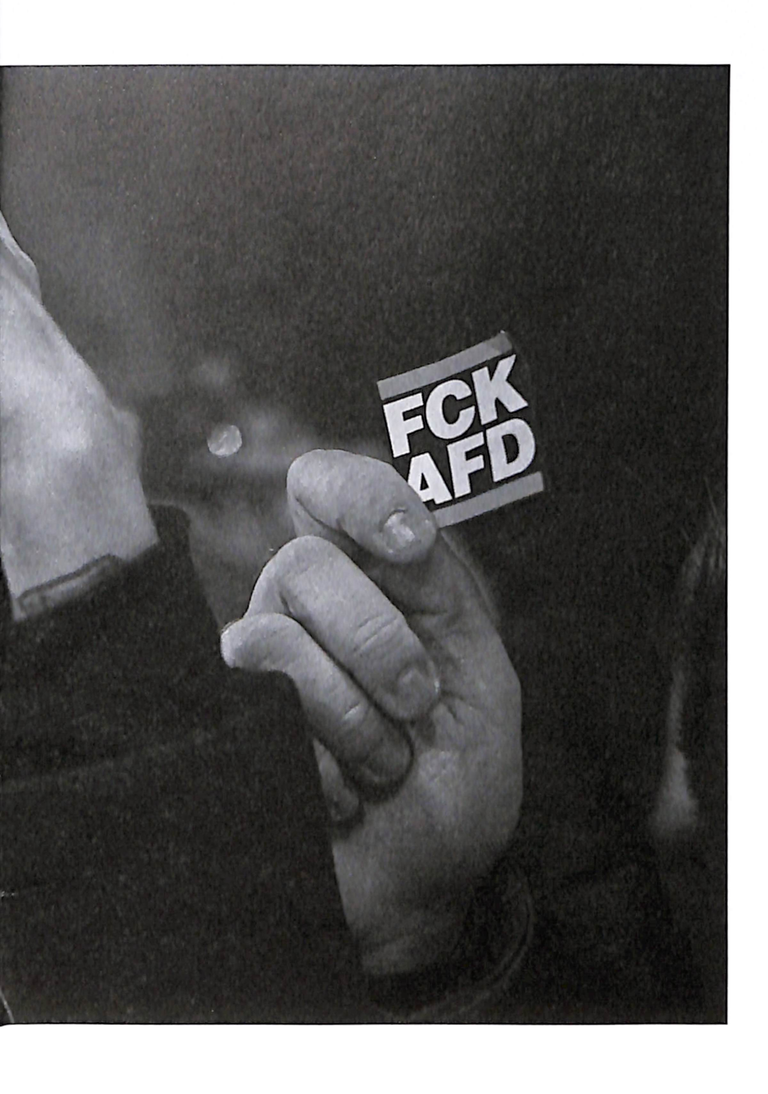
In Hamburg hat die Bürgerschaftsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Frühjahr 2017 eine Große Anfrage zur politischen Neutralität an Hamburger Schulen gestellt, in der behauptet wird, es sei zur Verletzung der politischen Neutralität bei Veranstaltungen des »Hamburger Instituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung« (LI), an Schulen und beim verwendeten Lehrmaterial gekommen. Im September nun hat die AfD, begleitet von einer breiten medialen Berichterstattung, eine Plattform freigeschaltet, auf der vermutete Verstöße gegen die politische Neutralität anonym gemeldet werden können. Eltern und SchülerInnen sollen Lehrkräfte denunzieren, wenn diese sich im Unterricht mit der AfD kritisch auseinandersetzen. Gewerkschaften und LehrerInnenverbände üben starke Kritik an der Einrichtung eines solchen Portals, da auf diese Weise insbesondere SchülerInnen vereinnahmt, instrumentalisiert und zu Denunziation aufgefordert würden. Darüber hinaus würden Lehrende eingeschüchtert, auch weil mit Dienstaufsichtsbeschwerden gedroht wird. Die Hamburger Schulbehörde prüft deshalb, ob sie rechtliche Schritte gegen die AfD einleitet. Derweil etabliert sich kreativer Widerstand gegen die Plattform. Tausende kamen dem Aufruf der Kabarettistin Birte Schneider aus der »heute Show« nach und schrieben die AfD-Plattform mit satirischen Inhalten an.

Mit Anfragen gegen Kritik

Seitdem die AfD 2015 in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen ist, hat sie über 30 Kleine und Große Anfragen gestellt. Drei Anfragen betrafen 2016 den Schulbuchverlag »Schroedel«. Angeblich würden in den Lehrwerken dieses Verlags der AfD Aussagen zugeschrieben, die nicht stimmten, zum Beispiel »Ausländer raus!«. Mit dem Verweis auf den Beutelsbacher Konsens wird gefordert, diese Materialien nicht mehr zu verwenden. Der Senat antwortete, dass die Schulen selbständig über die im Unterricht eingesetzten Materialien entschieden, und stellte fest, dass die Arbeitsblätter die erforderlichen Grundsätze erfüllen, wenn das jeweilige Thema im Unterricht kontrovers behandelt werde. Daraufhin wollte die AfD wissen, an welchen Schulen die Arbeitsblätter eingesetzt werden. Die Antwort des Senats lautete, 46 der 147 allgemeinbildenden Schulen und 12 der 39 staatlichen berufsbildenden Schulen verwenden die Arbeitsblätter.

In einer weiteren Anfrage wurden ebenfalls 2016 die von der von der »Amadeu-Antonio-Stiftung« herausgegebenen »Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD«, die auch von der »Gewerkschaft Erziehungswissenschaften« (GEW) verbreitet werden, kritisiert. Die AfD monierte erneut mit Verweis auf die gebotene Neutralität an Hamburger Schulen, sie werde in den Handlungsempfehlungen verunglimpft. Zudem wollte sie Auskunft darüber, welche Nicht-GEW-Mitglieder mit der Broschüre befasst waren. Zu dieser Darstellung schrieb die AfD eine Gegendarstellung, die von der GEW ihrerseits mit einer Pressemitteilung kommentiert wurde. Der Senat wiederum antwortete, die Gewerkschaftszugehörigkeit sei eine Angabe, die er nicht verbreiten dürfe.

Insgesamt sieben Anfragen wurden zu einer Veranstaltung im Herbst 2016 am LI gestellt. Die Veranstaltung trug den Titel: »Gefährliche Bürger – wie die neue Rechte in die gesellschaftliche Mitte vorstößt und was die Gesellschaft dagegen tun kann.« Die AfD reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen vier Mitarbeiter und den Direktor des LI ein. Der Senat verfolgte die Dienstaufsichtsbeschwerde nicht weiter und lehnte sie nach Prüfung ab, weil keine Verstöße gegen das Neutralitätsgebot vorlagen. Auch das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« ist der AfD ein Dorn im Auge. Daher verwundert es auch nicht, dass sie wissen möchte, ob BeamtInnen dieses Bündnis aktiv unterstützen und ob dies mit dem Beamtenstatusgesetz vereinbar sei. Der Senat stellt sich auch hier hinter die BeamtInnen mit der Feststellung, diese stünden unter dem Schutz der freien Meinungsäußerung.



Mit Anfragen gegen Geflüchtete

Eine ziemlich deutliche Sprache sprechen zwei Anfragen, in denen Schulranzen-Spenden für geflüchtete Kinder und Jugendliche thematisiert werden. Die Jugendlichen und Kinder an Hamburgs Schulen würden angeblich unter Druck gesetzt, um dieser Aktion nachzukommen. Auch hier gab es wieder die Nachfrage, an welchen Schulen solche Aktivitäten unterstützt würden. Der Senat erwiderte, hier liege seiner Meinung nach ein Missbrauch des Fragerechts vor. Er lehnte es ab, sich durch die Beantwortung der Unterstellungen des Fragestellers dessen Position zu eigen zu machen. Des Weiteren erachte der Senat solche Spendenaktionen als sinnvoll, weil dadurch das gesellschaftliche Engagement von SchülerInnen gestärkt werde.

Anfragen für Öffentlichkeit

Die AfD klagt regelmäßig darüber, dass sie nicht wie andere Parteien zu Schulveranstaltungen eingeladen werde. Sie verweist darauf, dass in Hamburg allen Parteien der Bürgerschaft das Angebot der Teilnahme unterbreitet werden muss. Nicht geklärt ist aber, ob dies wirklich auf jede Form der Veranstaltung zutrifft. Der Senat unterstützt die Ansicht der AfD in diesem Punkt. Wenn aber die AfD eingeladen wird und SchülerInnen ihren Unmut über die Politik der AfD deutlich zum Ausdruck bringen, dann passt es der AfD auch nicht. Sie beklagt sich zum Beispiel darüber, dass der Schriftzug »AfD verhindern« auf dem Fußboden einer Schule stand. Auch Plakate, die von SchülerInnen in einer Schule mit der Aufschrift »F** AFD« angebracht waren, bemängelt sie. Darüber hinaus wurde eine einzelne Lehrkraft durch die AfD angegangen, weil diese sich kritisch gegenüber der AfD im Geschichtsunterricht geäußert habe. Hier knickte der Senat in seiner Antwort ein und erklärte, mit der Lehrkraft reden zu wollen, anstatt sich hinter diese zu stellen.

An einer Gewerbeschule wurde auf einer Konferenz beschlossen, eine Veranstaltung lieber ganz abzusagen als der AfD ein Podium zu bieten. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass »aus unserer Sicht Neutralität gegenüber Pluralismus nicht möglich (sei), weil eine antidemokratische und rassistische Gesinnung unserem Bildungsauftrag (…) widerspricht«. Daraufhin stellte die AfD zwei weitere Anfragen. Dem Senat zufolge sei der Konferenzbeschluss rechtswidrig und die Veranstaltung müsse durchgeführt werden. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Schulbehörde soweit in die Autonomie der Schule eingreifen darf, dass ein solcher Beschluss der LehrerInnenkonferenz aufgehoben werden kann. Gegen die Gewerbeschule richtete sich eine weitere Anfrage der AfD im Mai 2018 wegen eines »FCK AfD«-Schildes bei einer Veranstaltung im September 2017 in der Schule. Auch hier verwies der Senat in seiner Antwort darauf, dass ein solches Banner nicht erlaubt sei. Die AfD reichte im Nachgang mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Schulleitung ein, über die noch nicht entschieden ist.

Im Mai 2018 verlangte die AfD dann in einer Großen Anfrage die Auflistung aller Veranstaltungen an Schulen, bei denen ParteivertreterInnen eingeladen wurden. Die damit verfolgte Strategie ist klar: Eine Partei versucht, mit ihren Positionen und Grenzüberschreitungen den Diskurs zu bestimmen. Parallel dazu beschwert sie sich, durch ein angebliches gesellschaftliches Meinungsverbot an der Redefreiheit gehindert zu werden. Mit Hilfe von Kleinen und Großen Anfragen sowie mit Dienstaufsichtsbeschwerden will die AfD Einfluss auf den Unterricht und die politische Meinungsbildung an Schulen nehmen. Ihr Vorgehen begründet sie mit dem einzuhaltenden Neutralitätsgebot. Allerdings »vergisst« sie dabei, dass mit dem im »Beutelsbacher Konsens« festgelegten Prinzip des Kontroversitätsgebots eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD eingefordert wird. Der AfD ist jedoch alles zuwider, was nicht ihrer rechten Ideologie entspricht. Dafür arbeitet sie mit Drohungen bis hin zu Unterlassungsforderungen, scheut aber die politische Auseinandersetzung zur Sache selbst. Was ihr nicht gefällt, soll verboten werden.

Denunziation macht Schule

Und so dient der »LehrerInnen Pranger« in Hamburg der AfD in anderen Bundesländern als Vorbild. In zwei Dritteln aller Bundesländer wird von den dortigen AfD-Fraktionen überlegt, ähnliche Meldeportale online zu setzen. In Baden-Württemberg schaltete die AfD Anfang Oktober auch ein Meldeportal frei. Während in Hamburg versichert wurde, vertraulich mit den Personendaten umgehen zu wollen, sollen in Baden-Württemberg die Namen sowohl von LehrerInnen als auch ProfessorInnen veröffentlicht werden. Zur zusätzlichen Einschüchterung wird mit Dienstaufsichtsbeschwerden gedroht. Die Denunziations-Plattform kam im Südwesten bislang nur kurz zum Einsatz; die AfD hat die Seite nach einigen Tagen aufgrund eines angeblichen Hackerangriffs offline genommen.

In Sachsen-Anhalt will die AfD die Förderung des Netzwerks »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« einstellen, da dieses eine »linke Indoktrination, Meinungs- und Gesinnungsdiktatur« sei. Der dortige AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner ist der Meinung: »Politik hat an den Schulen wenig zu suchen« und »(w)ir verwehren uns gegen eine Vermischung von Politik und Schule«.



Screenshot des Meldeportals der AfD

Einen Tag vor dem für die »Alternative für Deutschland« (AfD) enttäuschenden Wahlausgang in Bayern stand die Ursache für Michael Stürzenberger auf »PI-News« fest: »Nur 8% der Schüler in Bayern unter 18 Jahren entscheiden sich für AfD. Indoktrination durch linksgrüne Lehrer wirkt.« Dagegen gelte es nun, mit Meldeportalen vorzugehen.
Nach Hamburg richtete der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räpple für Baden-Württemberg eine solche Denunziationsplattform ein: »Hier können sich ab sofort betroffene Schüler und Studenten über politisch agierende Lehrer und Professoren beschweren.« Missliebige Äußerungen sollten etwa mit Handykameras dokumentiert und gemeldet werden. Wenn Dienstaufsichtsbeschwerden nicht »fruchteten«, würden die Vorgänge öffentlich gemacht. Als selbst sein ehemaliger «Verband Bildung und Erziehung« protestierte, kommentierte Räpple: »Dass die Lehrerverbände nun Angst bekommen, zeigt mir, dass an dem Verdacht der Gesetzesuntreue vielleicht doch mehr als gedacht dran sein könnte.« Offenbar reicht ihm schon die Ablehnung seines Vorgehens, um eine »Gesetzesuntreue« zu unterstellen.
Noch mehr ist die »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« (GEW) dem Rechtsradikalen ein Dorn im Auge, sie sei »ja gerade das Sammelbecken dieser linksgrünen Öko-Lehrer«. Damit ist denn auch absehbar, dass ihre Entsorgung oben auf der Agenda steht. »Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat«, hatte schon Parteichef Jörg Meuthen auf dem Bundesparteitag 2016 in Stuttgart gefordert. »Zersetzung«, »versifft« einerseits, »Entsorgung« und »Ausmisten« anderseits sind denn auch Vokabeln, die ein zutiefst menschenverachtendes Denken offenbaren, in dem aber stets auch eine Drohung eingeschlossen ist, die sicher nicht zufällig an den NS-Jargon erinnert. In den AfD-affinen Foren der »Bewegungspartei« werden die Plattformen zustimmend kommentiert:
»Diese hirnlosen Verbrecher uns beschuldigen, Rassismus, Antisemitismus, und Homophobie, dass Programm der sogenannten Rechten ist. Islamfeindlichkeit ist das einzige, was unser Land noch retten kann, wer das nicht so sieht, gehört auf einen Scheiterhaufen, oder kniend gefesselt, mit einen orangen Kombi vor einem Allah-Menschen postiert.« (Fehler im Original)
Die Ereignisse von Chemnitz haben gezeigt, wie schnell solche Verbalhetze in Hetzjagden auf Menschen umschlagen kann.
Nach einer kreativen Überschwemmung musste Räpples seine Plattform vom Netz nehmen: Es waren ihm massenhaft hetzende und menschenverachtende Äußerungen von AfD-FunktionärInnen »gemeldet« worden. Daraufhin kündigte die AfD-Fraktion in Stuttgart die Einrichtung eines eigenen »Kummerkastens« an. Wenn sich Lehrkräfte »abfällig über bestimmte Parteien oder auch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump äußern«, werde die Partei »gegebenenfalls mit der Lehrkraft und der aufsichtsführenden Behörde ein Gespräch suchen«. AfD-Abgeordnete laden LehrerInnen vor, die sich dann vor ParteifunktionärInnen rechtfertigen müssen?
Der »Kummerkasten« werde zudem allen Bürgern offenstehen, so Fraktionschef Bernd Gögel – was ja nur heißen kann, dass AfD-kritische BürgerInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen unter Druck gesetzt werden sollen, sich »neutral« zu verhalten.

Inzwischen haben sich weitere AfD-Landesverbände diesem Vorgehen angeschlossen. Mit einem »Lehrer-SOS« will die Partei in Sachsen den Unterricht beeinflussen, in Brandenburg musste die Einführung allerdings aus Datenschutzgründen verschoben werden. Zudem will hier die Landtagspräsidentin prüfen lassen, ob die Finanzierung des Portals aus öffentlichen Mitteln überhaupt zulässig ist.
Wohin diese patriotische Deutschlandreise zum »wehrhaften Nationalstaat« gehen soll, zeigt die Forderung nach Verdopplung des Rüstungshaushalts und der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen an den Schulen »ohne Beschränkung« agieren dürfen – und das kann nur heißen: eben ohne Berücksichtigung des »Beutelsbacher Konsenses« und ohne potentielle Gegenargumente aus der Friedensbewegung. Der Ruf nach »Neutralität« gilt nicht mehr, wenn Inhalte durchgesetzt werden sollen, die im Zielhorizont der AfD liegen. Koordiniert gingen deren Landesverbände gegen Arbeitsblätter des Schroedel-Verlags vor, die, durchaus kritisch, regelmäßig zu allen Parteien veröffentlicht werden, im Fall der AfD aber, so der Abgeordnete Räpple auf seiner Homepage, »nur noch als kriminell zu bezeichnen« seien. »Jedes Angebot zur Urteilsbildung, jede Aufforderung zur Reflexion, jede Verunsicherung festgefügter Vorurteile« gelten als Skandal, akzeptiert werden nur »die eigenen Vorgaben zur Selbstdarstellung«. So analysiert der Wissenschaftler Johannes Schillo den AfD–Diskurs um die Arbeitsblätter.

Orbánisierung des Staates

Als Begründung für ihre »Lehrer-SOS« genannte Plattform schreibt die AfD-Fraktion Sachsen, die Staatsregierung habe bei Beschwerden auf »die Verantwortung für Lerninhalte und Unterrichtsgestaltung an die Schulen« verwiesen, »eine parlamentarische Kontrolle ist somit beinahe unmöglich«. Im Klartext: Es geht um die Kontrolle des Unterrichts durch eine Partei. Wenn die AfD beklagt, dass ein »Grünen-Politiker als Referent in einer nordsächsischen Schule Ethik-Unterricht halten sollte«, dann zeigt das, dass sie eigentlich sogar eine parteipolitische Kontrolle der Lehrereinstellung will.
Beim »Unternehmerempfang der AfD-Faktion« am 3. Mai 2018 in Erfurt bekannte sich Oberösterreichs Landesrat Edgar Podgorschek von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« – beklatscht von Björn Höcke – zu einer »Orbánisierung« des Staates. Den öffentlichen Rundfunk und die Wissenschaft solle man »neutralisieren«, die Spitzen von Staatsorganen »austauschen« oder »umfärben«. Kommunikationsfelder werden zu Kampffeldern. Hier sieht die Rechte Hürden für ihre Transformationsstrategie. Die sächsische Staatsministerin für Integration Petra Köpping (SPD) beobachtete eine Indifferenz von Lehrkräften, die in der »Nachwendezeit möglichst die Finger vom heißen Eisen Politik ließen«, was die Radikalisierung junger Leute begünstige – so wie die steigende Akzeptanz des Rechtspopulismus unter Gewerkschaftsmitgliedern mit dem schwindenden Einfluss aktiver und gesellschaftspolitisch engagierter Betriebsräte und Vertrauensleute zusammenhängt. Fehlen solche »Bezugspunkte« und Reflexionsräume, findet Hetze unmittelbar Eingang in politische Haltungen. Das zeigt die REPO-REGIO-Studie »Rechtsextremismus und sein Umfeld« unter Azubis im ländlichen Südwürttemberg. Eine politische und historische Bildung, die zur Ächtung des NS-Regimes beiträgt, scheint dagegen noch ein Hindernis für rechte Lufthoheit darzustellen.

Relativierungsdiskurs

Auf dem Grundkonsens, dass die autoritäre Rechte die Zerstörung Deutschlands und Europas verursacht hat, basieren Grundgesetz und öffentliche Erinnerungskultur. Diese »dämliche Erinnerungspolitik«, so der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke, raube Deutschland die kollektive Identität. Drei Tage nach seinem Aufruf zu einer erinnerungspolitischen Kehrtwende um 180 Grad beantragte seine Partei im Stuttgarter Landtag, Zuschüsse für die Gedenkstätte in Gurs (in Frankreich) zu streichen, wohin die badischen Juden deportiert worden waren.
Um den angestrebten »wehrhaften Nationalstaat« als Hegemonieprojekt konsensfähig machen zu können, soll die Identifizierung von nationalistischen Rechten mit dem NS-System entsorgt werden. Der Erfolg einer neuen Rechten hänge davon ab, inwieweit es gelingt, die »Legitimität der politischen Zielbilder« zu verschieben, schreibt der AfD-Abgeordnete Wolfgang Gedeon in seinem Buch »Der grüne Kommunismus«. Seine Auslassung, im Geschichtsunterricht mache ein »zionistischer Antinazismus« die Erinnerung an den Holocaust zur »Zivilreligion des Westens«, zeigt aber auch die fließenden Grenzen dieses Diskurses zum offenen Antisemitismus. Mitglied des Schiedsgerichts im erneuten Ausschlussverfahren ist Dubravko Mandic, der forderte, mit Merkel zusammen »870.000 Kollaborateure aus Ministerien, Fernsehstudios, Lehrkörpern, Sozialämtern und Gewerkschaften« zu »entsorgen«.

Menschenrechtsbildung

Sehr zum Ärger rechter AkteurInnen hat die Kultusministerkonferenz am 11. Oktober 2018 die Bedeutung der seit 70 Jahren völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechte hervorgehoben. Aufgabe der Schule sei es, »zu einer menschenrechtssensiblen und –fördernden Haltung zu erziehen, das erforderliche Wissen zu vermitteln sowie zu offenem und aktivem Engagement zu ermutigen«. Dazu gehörten insbesondere die Reflexion über Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie.
Der Politikwissenschaftler Helmut Däuble von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg wurde von der AfD attackiert, als er Lehrkräfte ermutigte, auch die eigene Position im Unterricht deutlich zu machen. Es sei anzunehmen, dass die AfD, einmal an der Regierung, alles daransetzen würde, an den Schulen jegliche Kritik an ihr zu unterbinden. Gegen eine solche Entwicklung könnten Lehrkräfte keineswegs neutral sein. Rassistische und völkische Tabubrüche müssten offengelegt werden.
Die juristische Erfolgsaussicht der Denunziationsplattformen ist gering. Die Gefahr, dass schon die Ankündigung politisch zu Vermeidungsverhalten führt, ist allerdings nicht zu unterschätzen. Dem kann durch ermutigende Gegenaktivitäten begegnet werden. Joachim Eichhorn, Rektor einer Schule bei Pforzheim, hat sich auf der Denunziationsplattform selbst angezeigt. Selbstverständlich stelle er sich gegen PopulistInnen, die eine Nähe zu faschistoidem Gedankengut nicht scheuten. Grundrechte gelte es mutig zu verteidigen. Auch ein Großteil des Kollegiums der Lina-Morgenstern-Schule in Berlin hat eine Selbstanzeige an die AfD-Fraktion geschickt. »Sie begründen diesen Schritt damit, dass sie in jedem Fall mit ihren Schüler*innen darüber sprechen, wenn sich eine Partei sexistisch, diskriminierend und menschenverachtend äußert. Nachahmer*innen anderer Schulen sind herzlich willkommen!«, so die GEW Berlin. 10.000 solche Selbstanzeigen, dokumentiert in LeserInnenbriefen, sozialen Medien und am Schwarzen Brett der Schule oder Hochschule, wären jedenfalls ein starkes Zeichen von Zivilcourage.

#NPD

Wieder mal auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

Die NPD ist in einer desaströsen Lage. Dies führt nicht nur zu schlechten Wahlergebnissen, sondern hat auch die innerparteilichen Machtkämpfe wieder neu entfacht. Thorsten Heise strebt an die Spitze der Partei.

von Felix M. Steiner



»Patrouille in S-Bahnen: Berliner NPD ruft ‹Schutzzonen› aus« oder »Verfassungsschutz warnt vor brauner Bürgerwehr« waren in den vergangenen Monaten Überschriften, die in zahlreichen Medien zu finden waren. Anlass war eine Art NPD-Bürgerwehr, die seit Sommer 2018 in verschiedenen Städten unter dem Namen »Schutzzonen« patrouilliert. Zumindest, wenn man den eigenen Darstellungen der Partei Glauben schenken möchte. Dahinter steht eine rassistische Kampagne, die wohl vor allem ein Ziel hat: Durch Provokation Aufmerksamkeit erreichen. Endlich mal wieder. In der »Berliner Zeitung« machte der Parteivorsitzende Frank Franz den Erfolg dann auch deutlich. Für ihn sei die Resonanz auf die »zahlenmäßig noch überschaubaren Einsätze« beachtlich, zitiert ihn die Zeitung. Die kurzzeitige Aufmerksamkeit und Franz´ Freude über das Gelingen der recht plumpen Provokation kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weder gut um die NPD bestellt ist, noch dass Franz sich seines Postens als Parteivorsitzender sicher sein dürfte.

Scheitern auch ohne Verbotsverfahren

Seit dem erneut gescheiterten NPD-Verbotsverfahren im Januar 2017 ist die Partei öffentlich kaum noch wahrnehmbar. So scheint das Bundesverfassungsgericht mit dem aktuellen Zustand wohl in seiner Analyse richtig gelegen zu haben: »Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele«, hieß es damals in der Pressemitteilung des Gerichts. Noch in der Ausgabe der »Deutschen Stimme« vom März 2017 hatte Frank Franz behauptet: »Was uns nicht verbietet, macht uns stärker!« Mehr als eine Durchhalteparole ist dies wohl am Ende nicht gewesen. Aus der versprochenen neuen Stärke, welche sich die NPD-Führungskräfte aus einem erneut gescheiterten Verbotsverfahren erhofften, ist eher eine zunehmende politische Bedeutungslosigkeit geworden. Dies zeigen nicht nur die geringe öffentliche Präsenz der NPD, sondern auch die desaströsen Wahlergebnisse der letzten Monate. Im März 2017 konnte die Neonazi-Partei im Saarland, dem Heimatbundesland ihres Vorsitzenden, nur 0,7 Prozent erlangen. Immerhin hatte die Partei hier 2004 zu ihren Hochzeiten mal 4 Prozent geholt. Und auch bei der Landtagswahl im Mai 2017 in Nordrhein-Westfalen schnitt die NPD mit 0,34 Prozent sehr schlecht ab. Die Bundestagswahl im September 2017 war dann mit 0,4 Prozent ein weiterer Tiefpunkt für die Partei. Und auch bei der Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018 zeigte sich der Abwärtstrend der NPD als Wahlpartei. Noch 2013 hatte die Neonazi-Partei hier 1,1 Prozent geholt. 2018 reichte es dann gerade noch für 0,2 Prozent. Diese Ergebnisse sind nicht nur weit entfernt von einem erneuten Einzug in ein Landesparlament, auch katapultiert sich die NPD in allen Ländern und im Bund selbst aus der Parteienfinanzierung. Und dies auch ohne den Versuch, die Partei durch Gesetzesänderungen aufgrund ihrer »verfassungsfeindlichen Ziele« von der Parteienfinanzierung auszuschließen. Die aktuelle Lage der NPD führt – wie in den vergangenen Jahrzehnten so oft – auch zu erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Frank Franz, der die Partei seit 2014 führt, sollte bereits auf dem vergangenen Bundesparteitag in Saarbrücken im März 2017 seinen Stuhl räumen. Zumindest wenn es nach dem Neonazi-Multifunktionär Thorsten Heise gegangen wäre, der gegen Franz als Bundesvorsitzenden antrat. Dass es aktuell für den amtierenden Parteivorsitzenden nicht gut läuft, muss dieser – wenn auch vorsichtig formuliert – offen zugeben. Im August sagte Franz in der Parteizeitung »Deutsche Stimme«, die NPD habe »in den letzten Jahren einige Mitglieder verloren«. Franz schränkte diese Aussage aber sogleich wieder ein, denn die Partei könne »noch immer auf eine gute Aktivistenstruktur bauen«, so der Saarländer weiter.

Alte Konfliktlinien im Kampf um den Parteivorsitz

Frank Franz war 2014 Parteivorsitzender geworden, nachdem die Partei jahrelang über die Frage der Strategien gestritten hatte: »bürgerlich oder radikal« könnte man die Inhalte der Debatten zusammenfassen. Der Wunsch der Mehrheit der Partei nach dem Erfolg, den man zumindest zeitweise mit dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) hatte, spülte zunächst



1. Mai 2018 in Erfurt

Holger Apfel an die Spitze der NPD und, nach dem Interimsvorsitzenden Udo Pastörs, 2014 dann den als bürgerlich geltenden Frank Franz. Nach den Jahren an der Spitze der Partei regt sich spätestens seit 2017 mit dem gescheiterten Verbotsverfahren Widerstand gegen den Vorsitzenden. Mit dem Antritt Thorsten Heises beim Bundesparteitag in Saarbrücken wurden die alten Konfliktlinien der Partei zwischen dem radikal auftretenden Neonazi-Flügel und den nach außen eher bürgerlich auftretenden Teilen der Partei erneut deutlich. Heise warf Franz nicht nur vor, dass die Partei durch diesen nicht »entschieden genug geführt« werde, sondern sagte weiter: »Mir fehlt die deutliche Unterscheidung zwischen der Alternative für Deutschland und der NPD.« Damit zeigte Heise, dass die zurückliegenden Strategiediskussionen der NPD keineswegs beendet sind, sondern nun in Zeiten der Krise erneut aufbrechen. Noch konnte Heise die Delegierten mit seinen Ideen allerdings nicht überzeugen und so votierten am Ende 102 der Delegierten für Franz und lediglich 69 für ihn. Heise wurde allerdings zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und hat damit neben dem Landesvorsitz in Thüringen (den er wohl im November 2018 wieder abgeben wird) ein weiteres Amt inne. Trotz der Niederlage Heises auf dem Bundesparteitag zeigt das Ergebnis, dass dieser auf eine veritable Unterstützung in der Partei zählen kann, die sich nach den nächsten erfolglosen Wahlen schnell zu einer Mehrheit auswachsen könnte.

Der »völkische Flügel« im Kampf um die Macht

Am 30. Januar 2018 veröffentlichte dann »Der völkische Flügel« eine Proklamation. Verantwortlich für die Homepage zeichnet der stellvertretende Parteivorsitzende Heise. In der Proklamation heißt es, die Gruppe sei ein »Zusammenschluss von Mitgliedern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Freunden derselben und parteilosen Kräften« und ein »nationalistisch und völkisch orientiertes Bündnis innerhalb der NPD, welches auch eine parteiübergreifende Zusammenarbeit mit anderen, gleichgesinnten Organisationen und Personen, anstrebt«. Die Beschreibung des aktuellen Zustandes und der Angriff auf die Führung der Partei werden hier deutlich formuliert: »Der Völkische Flügel soll grundlegend die Aufgabe übernehmen, dem Liberalisierungsprozess, dem Mitglieder- und Aktivistenschwund, sowie der Perspektivlosigkeit und der schwindenden Moral innerhalb der Partei, Einhalt zu gebieten.« Zu den ErstunterzeichnerInnen der Proklamation gehören neben verschiedenen NPD-Landesvorsitzenden aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen auch die Vorsitzende des »Rings Nationaler Frauen«, Antje Mentzel, und der Musiker Frank Kraemer von der RechtsRock-Band »Stahlgewitter«. Damit wurde unter der Verantwortung von Heise ein Frontalangriff auf die aktuelle Parteiführung und den Kurs der NPD losgetreten, der zwangsläufig in einem Machtkampf enden muss. Heise zeigte seinen politischen Einfluss in den vergangenen Monaten nicht nur durch seine RechtsRock-Großveranstaltungen in Ostritz, sondern auch durch den 1.-Mai-Aufmarsch der NPD in Erfurt 2018. Diesen hatte er bereits auf dem Bundesparteitag 2017 angekündigt, auch als Maßnahme, was die NPD in Zukunft in ihrer Ausrichtung wieder ändern müsse. Am Ende folgten seinem Aufruf rund 700 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik. Darunter auch ein großer Block Neonazis von der Konkurrenzpartei »Die Rechte«. Franz nahm ebenfalls an der Veranstaltung seines Gegenspielers teil, wirkte aber eher wie ein Nebendarsteller denn wie der Parteivorsitzende der NPD. Aufmärsche mit mehreren hundert TeilnehmerInnen sind in den vergangenen Jahren eher eine Seltenheit im Aktionsrepertoire der NPD. Heise zeigte damit nicht nur, dass er zurück will zum »Kampf um die Straße«, sondern mit der Anwesenheit der zahlreichen Partei-Aktivisten von »Die Rechte« auch, dass er wohl den »Kampf um den organisierten Willen«, beziehungsweise die »Volksfront von rechts« wieder aufleben lassen will.

Zurück in die Zukunft

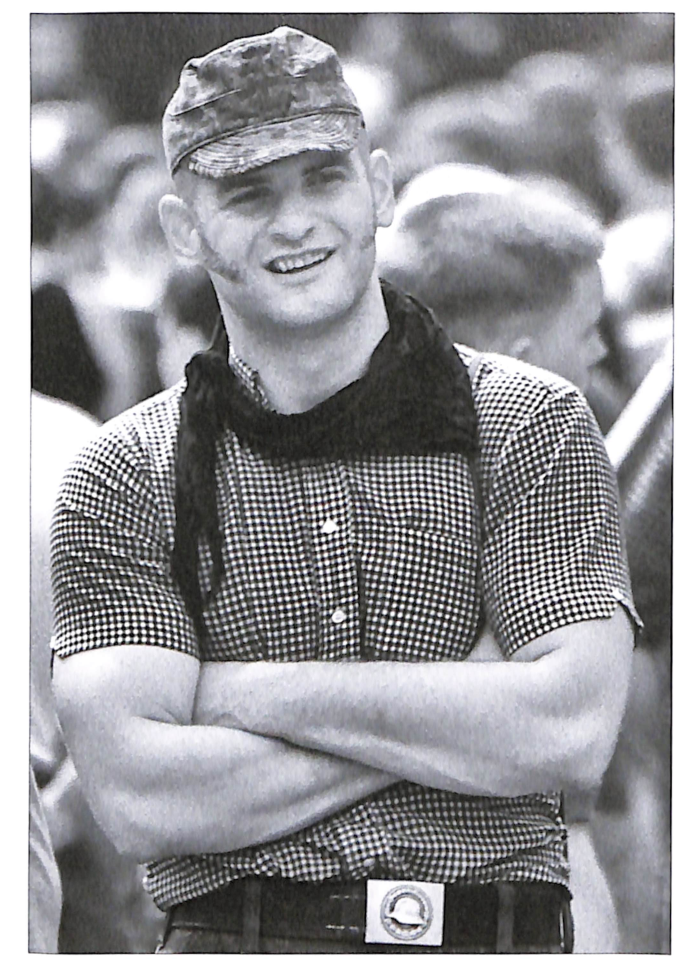
Über die Jahrzehnte ihrer Existenz gab es für die NPD immer wieder Phasen von Aufstieg und Niedergang. Die aktuelle Lage der Partei reiht sich in diese Geschichte ein. Neben der innerparteilichen Problemlage ist mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) auch eine politische Konkurrenz entstanden, die der NPD ihre ohnehin geringen WählerInnenstimmen abzieht. Selbst führende Neonazis rufen bei Wahlen dazu auf, der AfD die Stimme zu geben, weil diese bei der NPD quasi verloren sei. Die aktuellen innerparteilichen Debatten scheinen – je nach Ausgang des Machtkampfes – zu einer Ausrichtung zurückzuführen, die bei der NPD wieder zu einer Fokussierung auf ihre Kernklientel zu führen scheint: die Neonazi-Szene. Damit verbunden ist auch die strategische Ausrichtung und damit das »4-Säulen-Konzept« der 1990er beziehungsweise 2000er Jahre mit den Kämpfen um Straße, Köpfe, organisierten Willen und ganz zum Schluss wohl die bundesdeutschen Parlamente.

#Justizwunder

Gewalt, RechtsRock und Kommerz

»Thorsten Heise ist einer der bundesweit aktivsten, militanten Neonazis, welcher als Bindungsglied zwischen NPD und freien Kameradschaften einzuordnen ist«, hieß es 2014 im Sondervotum der Linksfraktion im Thüringer Landtag zum dortigen NSU-Untersuchungsausschuss. Warum aber spielt der Szenekader in der Öffentlichkeit meist keine große Rolle?

von Kai Budler



Thorsten Heise 1998 bei einem Aufmarsch in Kassel

Die von ihm organisierten zweitägigen »Schild und Schwert« RechtsRock-Open-Airs im sächsischen Ostritz holten Thorsten Heise in diesem Jahr zumindest kurzzeitig zurück ins öffentliche Interesse. Dabei machen ihn seine mehr als 30-jährigen Erfahrungen als Neonazi zu einem Rückgrat der extrem rechten Szene. Er verfügt über internationale Kontakte, Geld und Einfluss, gibt sein Wissen weiter und ist so zum Kristallisationspunkt einer neuen militanten Bewegung geworden.

Bereits im Alter von 15 oder 16 Jahren hatte der 1969 geborene Heise Kontakte zu Neonazi-Skinheads in Südniedersachsen, im März und November 1986 kam es zu ersten Anklagen wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung. Ein Jahr später verletzte Heise bei den »Osterkrawallen« im südniedersächsischen Northeim einen türkischstämmigen Mann schwer, beteiligte sich an Sachbeschädigungen und zeigte den Hitlergruß. Doch dies waren nur die ersten verbürgten Straftaten, weitere sollten folgen. Dazu gehörten Ende der 1980er Jahre mehrere Angriffe von bis zu 100 Neonazis auf das Göttinger Jugendzentrum Innenstadt, die vor allem von Heise und dem damaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden der neonazistischen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), Karl Polacek, koordiniert wurden.

Zu diesem Zeitpunkt war Heise längst in die FAP eingetreten, hatte Wehrsportübungen bei der »Wiking Jugend« absolviert und sich in der Region als neuer starker Mann etabliert. Vier Monate zuvor hatte er versucht, mit seinem Auto in Nörten-Hardenberg einen Libanesen zu überfahren, der sich nur mit einem Sprung in ein Gebüsch retten konnte. Weil die Anklage von versuchtem Totschlag auf gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr geändert wurde, musste Heise lediglich seinen Führerschein abgeben. Ein halbes Jahr später folgte die nächste Anklage, doch bevor der Prozess vor dem Landgericht Göttingen eröffnet wurde, tauchte Heise nach einem Konzert mit der RechtsRock-Band »Störkraft« mit 800 Neonazis im nordthüringischen Nordhausen unter. Weil die Polizei das Konzert untersagt hatte, fuhr rund die Hälfte weiter nach Südniedersachsen. Auseinandersetzungen folgten unter anderem auf einer Autobahnraststätte, vier Polizisten und vier Passanten wurden verletzt, Heise verschwand mit der Konzertkasse. Seinen Anwalt Klaus Kunze ließ er zur Prozesseröffnung im Mai 1990 eine Erklärung verlesen, in der es hieß: »Aber ich wurde von der Staatsanwaltschaft gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk tragen.« Heise kündigte an, sich stellen zu wollen, »sobald Deutschland in den Grenzen von 1937 wiedervereinigt ist und Deutsche wieder über Deutsche urteilen, ohne Besatzer und Judenknechte im Hintergrund«.

»Justizwunder« in persona

Daraus sollte nichts werden, denn neun Monate später nahm ihn ein Zielfahndungskommando in Berlin fest, wo er unter anderem am Aufbau des FAP-Landesverbandes beteiligt war. Im Juni 1991 begann dann der Prozess wegen fünf Delikten, darunter wegen gefährlicher Körperverletzung. Doch auch in diesem Fall erwies sich Heise als »Justizwunder« und konnte den Gerichtssaal mit einer Bewährungsstrafe verlassen. Als Gründe wurden eine günstige Sozialprognose und die Zukunftspläne des Angeklagten mit seiner Verlobten genannt. Vorab hatte Heise erklärt, er wolle sich künftig von Gewalttätigkeiten fernhalten und zum Schuldenabbau eine Arbeit suchen. Dass seine Beteuerungen nur Lippenbekenntnisse waren, zeigen weitere Gewalttaten wie Schüsse mit einer Gaspistole auf TeilnehmerInnen einer Abiturfeier mit mehreren Verletzten 1994. Da die FAP bei den Aufmärschen zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess Anfang der 1990er Jahre eine führende Rolle einnahm, gehörte auch Heise zum Organisationsnetzwerk der damals über die Grenzen der BRD bedeutsamen Aktionen. Außerdem organisierte er weiterhin RechtsRock-Konzerte im größeren Stil. Allein im September und Oktober 1995 organisierte er drei Veranstaltungen in Südniedersachsen mit insgesamt 1.700 TeilnehmerInnen. Die Aufzeichnungen wurden später auf CDs veröffentlicht. Besonders mit einem Konzert im Oktober 1995 auf seinem Grundstück schuf Heise den Mythos von »Blood&Honour« (B&H) Deutschland, als dort unter anderem die britische Band »No Remorse" auftrat, die zu den Mitbegründern des B&H-Netzwerks zählte. Als die Polizei das Treffen mit etwa 1.000 Neonazis mit einer Verbotsverfügung auflösen wollte, legten sie Feuer und attackierten Polizei und Feuerwehr mit Flaschen. Im Anschluss leitete die Polizei 109 Verfahren ein; 108 davon wurden später eingestellt.

Söldner, Waffen und Südafrika

Die enge Beziehung zu B&H ist nicht Heises einziger Kontakt ins europäische Ausland und darüber hinaus. In den 1990er Jahren begannen viele deutsche Neonazis eine Laufbahn als Söldner im Ausland, allein aus Südniedersachsen verdingten sich etwa 25 Neonazis aus dem Umfeld der FAP als Söldner auf Seiten der kroatisch-faschistischen Ustascha-Milizen im Jugoslawienkrieg oder gingen nach Südafrika, darunter Heises langjähriger Freund Michael Homeister alias »Homes«. Auf dem Rückweg aus Kroatien wurde er an der Grenze mit einer halben Waffenkammer im Auto erwischt. Auch nach Südafrika hatte Heise offenbar gute Kontakte. Der dort lebende Altnazi Heinz-Georg Mideot trat 1999 bei einem Kameradschaftsabend von Heise auf. Der hinterließ offenbar einen so tiefen Eindruck, dass Mideot mit anderen betagten Kameraden in Südafrika ein Trainingszentrum »für die Leute von Heise« aufbauen wollte, das nach Heises Haftentlassung Anfang der 2000er Jahre seine Arbeit aufnehmen sollte. Die gesamte Tragweite hielt die Linksfraktion im Thüringer Landtag 2014 im Sondervotum zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses fest: »Thorsten Heise soll Koordinator zur Neonaziszene in Südafrika gewesen sein.« Aufgrund seiner guten Kontakte hätten ihn Unterstützer der NSU-Rechtsterroristen zudem nach Fluchtmöglichkeiten des Kerntrios dorthin gefragt.

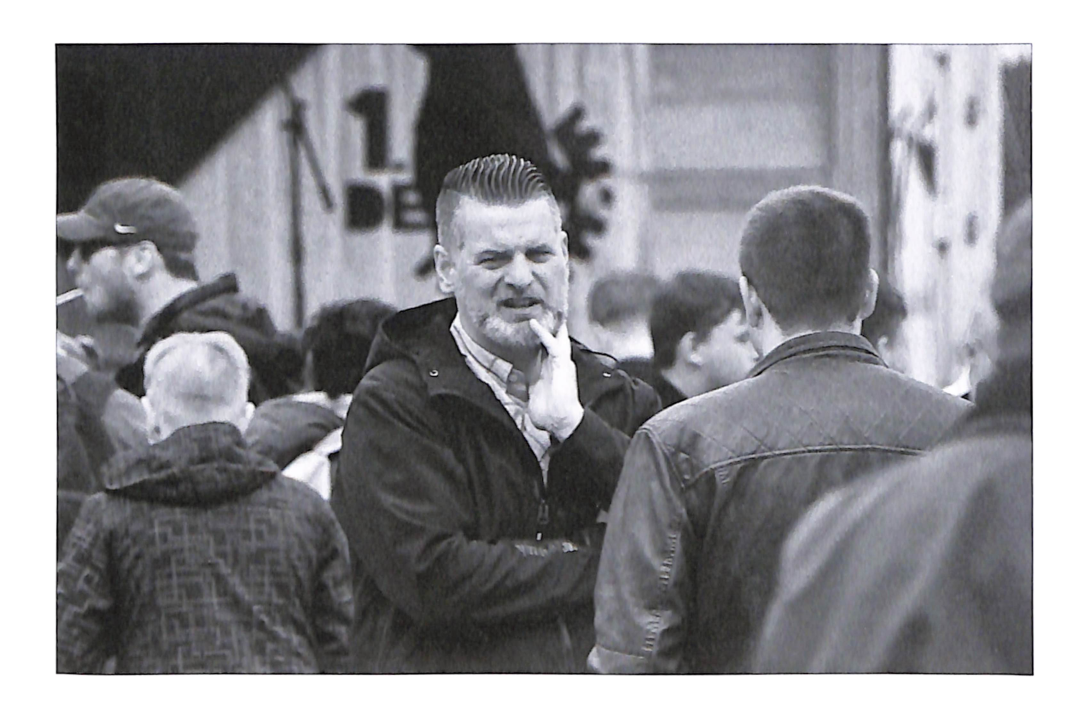
Doch Mitte der 1990er Jahre beschäftigte Heise ein anderes Problem, denn das Bundesinnenministerium verbot die FAP als Verein, weil sie »NS-Riten« pflege und die Menschenrechte missachte. Heise, der zuletzt als FAP-Bundesorganisationsleiter fungiert hatte, war darauf vorbereitet und federführend an der Erarbeitung des Konzeptes eines »führerlosen Widerstandes« beziehungsweise einer »Organisation ohne Organisationen« beteiligt, das in der Herausbildung extrem rechter »Kameradschaften« mündete. Die von Heise initiierte »Kameradschaft Northeim« galt als eine der ersten und einflussreichsten Kameradschaften bundesweit und vereinte langjährig aktive Personen aus Heises Umfeld mit jüngeren Neonazis. Noch heute ist ihr Transparent bundesweit auf Neonazi-Aufmärschen zu sehen.

1999 heirateten der südniedersächsische Neonazi und Nadine Quentin, die Heises Namen annahm, standesamtlich in Einbeck. Einer der Trauzeugen ist Michael Regener, der damalige Sänger der später zur kriminellen Vereinigung erklärten RechtsRock-Gruppe »Landser«. Am Abend der Hochzeit feierten etwa 200 Neonazis bei einem RechtsRock-Konzert auf Heises Gelände in Northeim. Die Heirat schien eine Absicherung gewesen zu sein, denn im folgenden Jahr wurde Heise wegen Volksverhetzung, Anleitung zu Straftaten, Gewaltdarstellung sowie Verbreitung jugendgefährdender Schriften verurteilt und saß bis Oktober 2001 in Haft.

Netzwerkzentrum Fretterode

Zu dieser Zeit hatte er bereits seinen »Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel, Militärbekleidung und -schuhe, Campingartikel« gegründet und das Gutshaus Hanstein im rund 50 Kilometer von Northeim entfernten Eichsfelddorf Fretterode in Thüringen gekauft. Für umgerechnet knapp 179.000 Euro erhielt Heise so ein Gebäude mit etwa 600 Quadratmetern und einem über 2.000 Quadratmeter großen Grundstück. Mit tatkräftiger Unterstützung der Neonazi-Szene wurde das ehemalige Pflegeheim renoviert. Im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen konnte Heise für die Sanierung sogar Fördermittel einstreichen: mit 6.600 Euro wurde dabei die Erneuerung von Fenstern und Türen bezuschusst. Betonte er anfangs noch den privaten Charakter seines neuen Domizils, wurde die zentrale Rolle für die Szene schnell deutlich. Zwölf Jahre nach seinem Umzug resümiert Heise im NPD-Blatt »Deutsche Stimme« (DS): »Jedes Haus, jede Wohnung, in dem sich die nationale Opposition treffen kann, ist eine Burg im Feindesland." Das Gutshaus ist Ort für Kameradschaftsabende und nach eigenen Angaben stellt er das Gebäude auch für Bandproberäume zur Verfügung. Vor Ort kommentierte der damalige Fretteröder Bürgermeister den Zuzug: »Der wird bei uns genauso behandelt, wie jemand, der von der Ostsee kommt und hier Urlaub macht.«

Auch für Netzwerke wie das inzwischen aufgelöste Holocaustleugner-Netzwerk »Europäische Aktion« – gegen das zwischenzeitlich wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wurde – bot das »Gutshaus« einen Treffpunkt. Zudem gründete sich im August 2006 in Fretterode die »Deutsch-russische Friedensbewegung Europäischen Geistes e. V.«, zu deren Jahrestagungen unter anderem bundesweit bekannte Neonazis wie der inzwischen verstorbene Jürgen Rieger, Pierre Krebs und der Holocaust-Leugner Rigolf Hennig anreisten. Ein Blick in den Gründungskreis verdeutlicht einmal mehr Heises Vernetzung zu bundesweiten Führungskadern. Neben Heise gehörten dem Vorstand an: der 2011 verstorbene Heribert Schweiger, der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als »graue Eminenz der deutsch-österreichischen Neonazi-Szene«



2018 in Erfurt

bezeichnet wurde, Patrick Wieschke als Organisator für die Thüringer Neonazi-Szene und Steffen Hennrich, der damalige »Verantwortliche der Heimattreuen Deutschen Jugend in Thüringen«. Des Weiteren gehörte Philip Tschentscher zu den Gründern. Später trat er unter dem Namen »Reichstrunkenbold« als Liedermacher auf und wurde 2014 in Österreich wegen eines Verstoßes gegen das österreichische Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Welche Folgen der Treffpunkt in Fretterode hat, mussten zwei Journalisten im April 2018 schmerzhaft am eigenen Leib erfahren. Als sie von der Straße aus Fotos von Heises Anwesen machten, wurden sie von zwei Neonazis attackiert, die aus dem Grundstück stürmten. Nach einer Verfolgungsjagd landeten die Fotografen mit ihrem Auto in einem Straßengraben. Dort griffen die Neonazis sie mit einem Messer, Schraubenschlüssel, Baseballschläger und Pfefferspray an. Die Opfer erlitten einen Messerstich in den Oberschenkel und eine Kopfplatzwunde. Die Angreifer zerstörten zudem die Scheiben des Fahrzeugs, zerstachen die Reifen und raubten die Kamera.

Das Gutshaus in der Mitte von Fretterode dient auch als Adresse für die mittlerweile vier Internetversände, für die Thorsten oder Nadine Heise unter einer Steuernummer verantwortlich zeichnen. Dazu gehören der »W&B-Versand« (Nachfolger von Heises »Großhandel«), der »Nordland-Versand«, der »Weltnetzladen« – der ursprünglich als Versandhandel des »Verlags- und Medienhaus Hohenberg OHG« diente – und seit 2015 das »Deutsche Warenhaus« (ehemals DS-Versand). Die 2011 von Thorsten Heise als Herausgeber übernommene Zeitschrift »Volk in Bewegung/Der Reichsbote« hat ihren Sitz ebenso in Fretterode wie seit 2017 das von Tobias Schulz alias »Baldur Landogart« herausgegebene Magazin »Werk Codex«.

Verbindungsmann zu Kameradschaften

Doch nicht nur Heises Firmengeflecht machte Fortschritte, denn 2004 schlug der prominente Kader eine neue Parteikarriere ein. Damals trat er öffentlichkeitswirksam in die NPD ein und erhielt auf dem Bundesparteitag in Leinefelde einen Platz im Bundesvorstand, um den Kontakt zu »parteifernen« Neonazis zu halten.

Trotz Putschversuchen gegen die damalig amtierenden Vorsitzenden Patrick Wieschke und Frank Schwerdt hielt sich Heise auch im Thüringer NPD-Landesvorstand und übernahm 2017 dessen Vorsitz. Auf dem entsprechenden Landesparteitag wurde die weitere Radikalisierung des Landesverbandes unter seiner neuen Führung deutlich. Einstimmig bekannten sich »die Mitglieder der Thüringer NPD in ihrem Leitantrag deutlich zum Abstammungsprinzip (...) und sind sich darin einig, daß Deutscher nur derjenige ist, der deutsche Eltern hat«. In aggressivem Tonfall heißt es in einem weiteren einstimmig beschlossenen Antrag »Reconquista Germania«: »Deutschland muß wieder das Land der Deutschen werden.« Im selben Jahr wurde Heise als einer von drei stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden gewählt und kündigte an, das Gesicht des »völkischen Flügels« zu sein. Er appellierte an seine »alten Kämpfer und Kameraden«, zur NPD zu kommen, »wieder in die Partei einzutreten oder wieder mit der Partei zusammenzuarbeiten«. Seine Vorstellung der NPD als »nationale Einheitsbewegung« gleicht der 2004 ausgerufenen »Volksfront von rechts«, wegen der er in die Partei eintrat und der er mit dem Projekt »Völkischer Flügel« auch praktisch Ausdruck verleiht. Dort werden NPD-Funktionäre als »systemaffine Politikjongleure« bezeichnet, die eine »erfolglose Wahlpartei« leiten. Stattdessen soll die »NPD zu einer wirklichen Weltanschauungsorganisation und Bewegung« werden. Übersetzt heißt das: weg vom parlamentarischen Weg, hin zum Sammelbecken für militante Nazis und zurück auf die Straße, wie es schon das Volksfrontkonzept vorsah.

Nicht zuletzt kommt seit 2011 sein alljährliches RechtsRock-Open Air namens »Eichsfeldtag« in Leinefelde dazu und seit April diesen Jahres das mehrtägige Festival »Schild und Schwert«, zu dessen zweiter Auflage am 2. und 3. November 2018 rund 700 Neonazis ins ostsächsische Ostritz kamen. Augenscheinlich ist das Musik- und Eventgeschäft von Heise höchst ertragreich: Vor dem Listenparteitag der NPD in Thüringen im November 2018 kündigte er an, »aus zeitlichen Gründen« nicht mehr als Landesvorsitzender kandidieren zu wollen.

Der Text ist ein gekürzter Vorabdruck von Teilen der Broschüre »Zwischen Gewalt, RechtsRock und Kommerz – Der Multifunktionär Thorsten Heise«, die Anfang des Jahres 2019 von MOBIT e. V. herausgegeben werden wird.

#DerIII.Weg

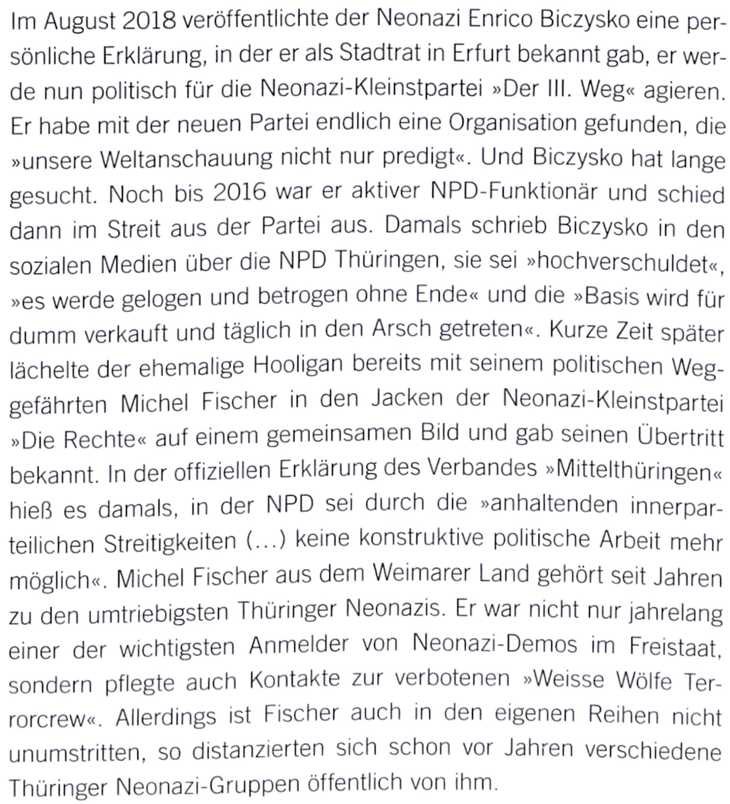
Erfurts Neonazis wechseln Partei



1. Mai 2018 in Erfurt

In Thüringen kann die Neonazi-Kleinstpartei »Der III. Weg« ihre Strukturen weiter ausbauen. Durch den Übertritt bereits bekannter Neonazis wie Enrico Biczysko aus Erfurt und des Szene-Aktivisten Michel Fischer verfügt die Partei nun auch in der Landeshauptstadt über Personal und eine Immobilie.

von Oskar Neigelt



Im August 2018 veröffentlichte der Neonazi Enrico Biczysko eine persönliche Erklärung, in der er als Stadtrat in Erfurt bekannt gab, er werde nun politisch für die Neonazi-Kleinstpartei »Der III. Weg« agieren. Er habe mit der neuen Partei endlich eine Organisation gefunden, die »unsere Weltanschauung nicht nur predigt«. Und Biczysko hat lange gesucht. Noch bis 2016 war er aktiver NPD-Funktionär und schied dann im Streit aus der Partei aus. Damals schrieb Biczysko in den sozialen Medien über die NPD Thüringen, sie sei »hochverschuldet«, »es werde gelogen und betrogen ohne Ende« und die »Basis wird für dumm verkauft und täglich in den Arsch getreten«. Kurze Zeit später lächelte der ehemalige Hooligan bereits mit seinem politischen Weggefährten Michel Fischer in den Jacken der Neonazi-Kleinstpartei »Die Rechte« auf einem gemeinsamen Bild und gab seinen Übertritt bekannt. In der offiziellen Erklärung des Verbandes »Mittelthüringen« hieß es damals, in der NPD sei durch die »anhaltenden innerparteilichen Streitigkeiten (…) keine konstruktive politische Arbeit mehr möglich«. Michel Fischer aus dem Weimarer Land gehört seit Jahren zu den umtriebigsten Thüringer Neonazis. Er war nicht nur jahrelang einer der wichtigsten Anmelder von Neonazi-Demos im Freistaat, sondern pflegte auch Kontakte zur verbotenen »Weisse Wölfe Terrorcrew«. Allerdings ist Fischer auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten, so distanzierten sich schon vor Jahren verschiedene Thüringer Neonazi-Gruppen öffentlich von ihm.

Biczysko und Fischer schafften es in dem politisch einflusslosen und durch seine geringe Mobilisierungskraft bekannten »Die Rechte«-Landesverband dann immerhin zum Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Doch ein paar Infostände und schlecht besuchte Aufmärsche später, genauer gesagt im November 2017, war dann auch das Engagement bei »Die Rechte« beendet. Im Streit trat der Vorstand des Thüringer Landesverbandes zurück – auch hier wieder unter heftigen öffentlichen gegenseitigen Beschuldigungen. So warf der Bundesverband seinen ehemaligen Funktionären vor, ihn um Mitgliederbeiträge geprellt zu haben. Diese sprachen wiederum von einer Rufmordkampagne. Bereits Anfang 2018 zeichnete sich dann ab, dass Biczysko und sein Umfeld sich in Richtung der Kleinstpartei »Der III. Weg« orientieren. Bei einem geschichtsrevisionistischen Aufmarsch im Februar 2018 im thüringischen Nordhausen nahm eine größere Gruppe rund um den Erfurter Stadtrat teil. Gleiches galt bei der Veranstaltung der Partei am 1. Mai in Chemnitz. In den folgenden Monaten zeigte sich auch auf anderen Social-Media-Präsenzen der Thüringer Neonazi-Szene, dass in Erfurt nun verstärkt Propagandamaterial von »Der III. Weg« verteilt wurde. Biczyskos öffentliche Erklärung vom August 2018 war damit kaum noch überraschend. Auch der NPD-Funktionär Tobias Kammler kommentierte den Übertritt spöttisch: Biczysko habe in seiner Funktion als Kreisvorsitzender in Erfurt den Kreisverband der NPD »quasi demontiert« und er hoffe, dass der Überläufer »nun endlich unsere Weltanschauung ins Volk trägt«.

Neue Immobilie

Für die Partei dürften Biczysko und Fischer wohl kaum wegen ihres hervorragenden Leumundes in »nationalen Kreisen« relevant sein. Vielmehr bietet sich mit dem Übertritt der Wander-Neonazis nicht nur die Möglichkeit, einen dritten Stützpunkt im Freistaat zu gründen, sondern auch eine weitere Immobilie für die Partei zu nutzen. Neben seinen parteipolitischen Aktivitäten ist Biczysko nämlich auch Vorsitzender des »Volksgemeinschaft e. V.«, eines Neonazi-Vereins, der in Erfurt über eine eigene Mietimmobilie in einem ehemaligen Supermarkt verfügt. Hier stehen der Partei nun Räumlichkeiten zur Verfügung, in der in der Vergangenheit sowohl Parteitage als auch Konzerte und Schulungen stattgefunden haben. Damit dürfte die Thüringer Landeshauptstadt in den kommenden Monaten ein neuer Aktivitätsschwerpunkt für »Der III. Weg« werden. Dies bietet sich für die Partei auch deshalb an, weil sie ihre bisherigen Parteitage und auch ihre letzte RechtsRock-/Kampfsportveranstaltung im nur wenige Kilometer entfernten Kirchheim durchführte. Neben dem Stützpunkt Thüringer Wald/Ost und Ostthüringen ist Erfurt nun der dritte Aktionsraum der Partei. Mittlerweile ist in der Szene bereits von einem »nationalrevolutionären Zentrum« die Rede, in dem offensichtlich nicht nur ein Materiallager für Kleidung der Partei besteht, sondern in dem auch mehrfach in der Woche »Selbstverteidigung und Kraftsport« angeboten wird. Wie auch in anderen Teilen der Neonazi-Szene scheint damit die Kampfsportausbildung auch in Erfurt weiter an Bedeutung zu gewinnen. Dies war bereits zuvor in den Räumen des »Volksgemeinschaft e. V.« der Fall und könnte auch durch die Präsenz eines ehemaligen Boxtrainers im neuen Partei-Umfeld an Fahrt gewinnen. Der Nutzerwechsel zeigt sich bereits in der Gestaltung der Immobilie. So wurden die Parteiinsignien nicht nur in den Räumen, sondern auch an der Außenfassade angebracht.

#Chemnitz

»Die Wölfe sind los«

In Chemnitz wurde eine Neonazi-Zelle ausgehoben – sie soll geplant haben, eine Maschinenpistole zu kaufen. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Rechtsterrorismus.

von Martin Leonow



Der 3. Oktober 2018 war ein ruhiger Tag in Chemnitz. Dabei ist die Stadt in Aufruhr, nachdem dort Ende August ein junger Mann erstochen wurde. In dichter Folge marschieren Rechte aller Spektren immer wieder auf, macht die Szene bundesweit mobil. Sie weiß: In der sächsischen Stadt kann man was reißen, seitdem sich die völlig unterbesetzte Polizei gleich zweimal von einem Mob aus Neonazis und Hooligans überrennen ließ. Aber wenn sich bestätigt, was die Bundesanwaltschaft annimmt, wäre am »Tag der Deutschen Einheit« um ein Haar alles noch schlimmer gekommen: »Revolution Chemnitz« (RC) nannte sich eine Zelle mutmaßlicher Rechtsterroristen, die zwei Tage zuvor ausgehoben wurde. Acht Verdächtige sitzen seitdem in Untersuchungshaft.

Der Grund dafür: Sie sollen ein »noch nicht näher aufgeklärtes Geschehen« geplant haben. Den Haftbefehlen sollen unter anderem beängstigende Absprachen aus einer Chatgruppe mit dem Titel »Planung zur Revolution« zugrundeliegen. In den dort gesponnenen Gewaltszenarien sei von einem Bürgerkrieg die Rede; von einer Revolution, die Opfer fordern werde; von einer Überwindung des Systems, die den NSU wie eine »Kindergarten-Vorschulgruppe« aussehen lassen werde. »Nur gewaltbereite Leute« wollten die Kameraden demnach um sich scharen, um künftig auf das Kommando »Die Wölfe sind los!« loszuschlagen. Dafür solle eine Maschinenpistole gekauft werden, der Preis stehe schon fest. Die Mitglieder wollten zusammenlegen, die Polizei kam ihnen zuvor.

Die Mitglieder, das sollen sein: Sten E., Martin H., Christian K., Maximilian V., Marcel W., Sven W., Christopher W. und Tom Woost. Es sind durchweg junge Männer – Anfang 20 bis Anfang 30 – aus der Neonazi- und der Hooligan-Szene mehrerer Vereine, aktiv in Chemnitz und dem Umland, aber auch im Landkreis Leipzig, Mittelsachsen, bis hin nach Dresden. Mindestens einer war NPD-Mitglied, ein anderer ist auf einem Foto mit der Fahne der Partei »Der III. Weg« zu sehen, die in Sachsen stetig expandiert. Die meisten der Beschuldigten kamen wegen Gewalt- und Propagandadelikten schon mit dem Gesetz in Konflikt. Was genau sie künftig vorhatten, wird nun ermittelt.

Probelauf mit »Bürgerwehr«

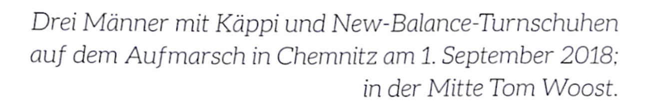
Gewalt stand schon am Anfang der Ermittlungen. Am 14. September hatte einmal mehr die Lokalpartei »Pro Chemnitz« um den Rechtsaußen-Anwalt Martin Kohlmann in Chemnitz demonstriert. Im Nachgang zog eine 15-köpfige Gruppe durch das Stadtzentrum, gab sich als »Bürgerwehr« aus, kontrollierte auf eigene Faust Ausweise. Als sie auf »Ausländer« trafen, griffen sie sofort an, verletzten einen Iraner. Die Polizei stellte die Verdächtigen, Videoaufnahmen zeigen eine hochaggressive Gruppe, teils vermummt. Mindestens fünf Beteiligte werden heute als RC-Mitglieder angesehen. Noch vor Ort wurden bei ihnen Glasflaschen, Quarzhandschuhe und ein Elektroschocker sichergestellt. Einer von ihnen, der 31-jährige Christian K., kam gleich in Haft – er war nur auf Bewährung frei. Nun ist er eine Schlüsselfigur im aktuellen Fall.

Wäre es nach der örtlichen Staatsanwaltschaft gegangen, die »Bürgerwehr«-Mittäter hätten schon in einem beschleunigten Verfahren vor Gericht gestanden. Das Chemnitzer Amtsgericht lehnte dies jedoch ab, der Fall sei zu komplex. Obendrein dauerte es fast eine Woche, bis überhaupt Hausdurchsuchungen stattfanden. Dann hatten die ErmittlerInnen unverhofft Glück: Einer der Verdächtigen offenbarte sich, gab Hintergründe preis, gewährte offenbar auch Zugang zu Chat-Daten. Was die Polizei erfuhr, ist so brisant, dass die Generalbundesanwaltschaft (GBA) binnen Tagesfrist ein eigenes Ermittlungsverfahren einleitete. Sie zog den Bürgerwehr-Fall an sich – und erweiterte den Tatvorwurf gegen die mutmaßlichen RC-Anhänger. Seitdem steht der Verdacht des Rechtsterrorismus im Raum. Die »Bürgerwehr«-Aktion – dies soll aus den Textnachrichten hervorgehen – war demnach nur ein »Probelauf« für etwas Größeres, viel Schlimmeres. Die GBA spricht von »gewalttätigen Angriffen und bewaffneten Anschlägen auf Ausländer und politisch Andersdenkende«, womöglich auch auf PolitikerInnen und Medienschaffende.

Seit einem halben Jahrzehnt bekannt

Die Kommunikation bei »Revolution Chemnitz« soll Christian K. dirigiert haben, er wird als Rädelsführer angesehen. Schon Ende August, als der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) für




Drei Männer mit Käppi und New-Balance-Turnschuhen auf dem Aufmarsch in Chemnitz am 1. September 2018; in der Mitte Tom Woost.

ein Bürgergespräch nach Chemnitz kam, wurde Christian K. von der Polizei in der Nähe kontrolliert, bekleidet mit einer Stichschutzweste. So eine ist auch auf seinem privaten Facebook-Profil zu sehen, der Tätowierer posiert dort als Security-Mann mit Knopf im Ohr. Das Beschlagnahmeprotokoll zur Weste, einer verbotenen Schutzbewaffnung, wurde im Internet veröffentlicht – auf dem bis zuletzt öffentlich zugänglichen Facebook-Profil von RC. Hinter dieser Seite soll K. selbst gesteckt haben. Seitdem er nach der »Bürgerwehr«-Aktion wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft kam, wurde die Seite nicht mehr aktualisiert. Was aber aufhorchen lässt: Sie existierte bereits seit 2013, versehen mit dem Namenszusatz »Alternativer Nationaler Widerstand«. Man sah sich dort in schwülstiger Rhetorik in einem »Kampf gegen Staat und Kapital«: »Wir bilden den Widerstand, der schon lange fehlt«, hieß es in der Selbstbeschreibung. Augenscheinlich wahllos und unregelmäßig erschienen dort Beiträge, vor allem Werbung für Szeneveranstaltungen.

Eindeutiger Schwerpunkt waren aber die Aktionen der »Nationalen Sozialisten Chemnitz« (NSC), einer 2014 verbotenen Kameradschaft, die unter anderem Schießübungen durchgeführt hatte und aus deren Reihen gleich mehrere Mitglieder dem NSU-Umfeld zugeordnet werden. Ein NSC-Banner schmückte früher das RC-Profil. In der damaligen Verbotsverfügung gegen die Chemnitzer Kameraden wurde RC sogar namentlich erwähnt, als eine Propaganda-Plattform der Gruppe. Wer eigentlich dahintersteckte, blieb zunächst im Dunkeln. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz rechnete das Profil damals einer anonymen »Aktionsgruppe Chemnitz« zu.

Weitere Ermittlungen scheint es in den nächsten vier Jahren nicht gegeben zu haben. Viel spricht dafür, dass RC keine neue Gruppe ist, sondern lange vor den Augen, aber trotzdem unter dem Radar der Behörden agieren konnte. Mehrere der aktuell Beschuldigten hinterließen auf der Facebook-Seite »Likes« unter ihren Klarnamen oder leicht zu entschlüsselnden Pseudonymen, zeigten sich gar unvermummt auf Fotos – viele Indizien, denen man hätte nachgehen können. Besonders aufschlussreich: Auf einem Bild, das den Beschuldigten Maximilian V. zeigt, ist der Chemnitzer Neonazi Martin Z. zu sehen, der offenbar mit den meisten Gruppenmitgliedern bekannt war. Martin Z. war Anfang 2015 schon einmal aufgefallen, im Umfeld der rechtsterroristischen »Oldschool Society« (OSS). Mit der Kombination aus öffentlichem Facebook-Auftritt als legaler Fassade und geheimem Chat als klandestines Planungswerkzeug ähnelt vieles, was jetzt erst aufflog, der OSS, aber auch der »Gruppe Freital«. Alle drei Vereinigungen waren in Sachsen aktiv.

Alte Bekannte von »Sturm 34«

Neben Christian K. gibt es eine weitere Schlüsselfigur im aktuellen Fall: der 30-jährige Tom Woost, der zuletzt im mittelsächsischen Lunzenau wohnte. Er kommt als Waffenbeschaffer infrage und soll in einer Textnachricht den Preis der Maschinenpistole genannt haben, an deren Kauf RC interessiert war. Woost war außerdem schon einmal, vor mehr als einem Jahrzehnt, Rädelsführer einer militanten Neonazi-Clique gewesen: »Sturm 34«. Die dazu geführten Ermittlungen hatten 2006 begonnen und Wellen geschlagen. In einem internen Dossier des Chemnitzer Staatsschutzes wurden 18 Taten aufgeführt, begangen allein im ersten Halbjahr 2006: etliche gefährliche Körperverletzungen, einige Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüche, eine Brandstiftung. Das war nur die vorläufige Bilanz, die Zahl verdoppelte sich bald. Knapp 60 Verdächtige und weitere rund 100 mutmaßliche SympathisantInnen ermittelte die Polizei. Dort war man sicher: Das ist das Werk von »Sturm 34«, einer Neonazi-Kameradschaft, die sich Anfang des Jahres im mittelsächsischen Mittweida ihren Namen gegeben hatte, in Anlehnung an einen SA-Sturm im Chemnitzer Land. Das Ziel war, die ganze Gegend »zeckenfrei und braun« zu machen, eine »national befreite Zone zu schaffen«, wie Beschuldigte ungerührt einräumten.

Teile der Gruppe spielten vorher gemeinsam in einer Band, der auch Woost angehörte. In einem ihrer Lieder heißt es, man wolle »sterben für einen heiligen Rassenkrieg«. Über Ausländer und Juden wurde gedichtet: »Früher war noch alles besser, man stach sie nieder mit 'nem Messer.« Auf der Suche nach GegnerInnen fuhr Woosts Gefolgschaft regelrecht Streife, »Skinheadkontrollrunden« nannten sie das, ein ähnliches Vorgehen wie einst bei den berüchtigten »Skinheads Sächsische Schweiz«. Ein Informant hielt die BeamtInnen darüber auf dem Laufenden. Unter abgehörten Telefonaten waren verfängliche Gespräche, etwa mit einem örtlichen NPD-Politiker. Er forderte die Kameraden um Woost – damals NPD-Mitglied – unverhohlen auf, Linken »richtig vor die Glocke« zu schlagen.

Milde Strafe

Die Ermittlungen kamen dann auch zügig voran. In den alten Akten tauchte bereits Christian K. auf, der beim Bürgerwehr-Überfall dabei gewesen sein soll. Die Behörden hatten genügend Beweise: Bei Woost, er soll eines der Gründungsmitglieder sein, die sich selbst »Offiziere« nannten, liefen alle Fäden zusammen. Bei der Durchsu-

chung seiner Wohnung stieß die Polizei auf scharfe Schrotmunition, deren Herkunft im Dunkeln blieb. Woost selbst gab an, er habe die Patronen »von einem meiner Leute« erhalten. Fünfmal hatte er da schon vor Gericht gestanden, vier weitere Anklageschriften lagen bereit. Trotz »hoher Rückfallgeschwindigkeit«, wie es in einem Urteil heißt, war er bis dato immer mit glimpflichen Jugendstrafen davongekommen. Das hätte sich nun ändern können. Im April 2007 verfügte das sächsische Innenministerium das Verbot von »Sturm 34«. Woost war unter den Empfängern des Bescheids, weil er »an der Spitze der Hierarchie« stand und die Entscheidungsgewalt innehatte. Zudem erhob die Staatsanwaltschaft Dresden Anklage gegen Woost und vier Mittäter wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung und weiterer Taten. Zunächst wurde Woost auch in drei Fällen der gefährlichen Körperverletzung für schuldig befunden und zu einer empfindlichen Jugendstrafe von dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.
Ins Gefängnis musste er trotzdem nicht: Weil die Gruppe keine Satzung hatte, mochte das Landgericht Dresden eine kriminelle Vereinigung nicht erkennen. Die Staatsanwaltschaft ging dagegen in Revision und hatte mit Unterstützung der Generalbundesanwaltschaft (GBA) Erfolg. Im zweiten Anlauf wurde Woost nun auch wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung schuldig gesprochen. Aber unterm Strich gab es Strafrabatt: zwei Jahre Haft auf Bewährung – einer günstigen Sozialprognose und der langen Verfahrensdauer wegen. Inzwischen ist es 2012, fünf Jahre waren seit der Anklageerhebung vergangen.

Neustart in aller Öffentlichkeit

Die GBA hatte sich damals schon ausführlich mit Woost beschäftigt, erwog sogar, die Ermittlungen ganz an sich zu ziehen. Aber von der Idee ließ man ab. Die oberste Anklagebehörde stützte sich auf die Einschätzung der Dresdner Staatsanwaltschaft, der zufolge »Sturm 34« nur ein »eng begrenztes regionales Aktionsfeld« gehabt habe. Und das, obwohl Mitglieder und Taten sich auf einen recht großen Landstrich von Chemnitz bis Dresden verteilten. Besondere Bedeutung habe der Fall jedenfalls nicht, entschied die GBA, da die Gruppe »von der überregionalen Öffentlichkeit praktisch nicht zur Kenntnis genommen wurde«.
Als Woost das Gericht einmal mehr als freier Mann verließ, hatten sich mehrere seiner früheren Kameraden bereits den »Nationalen Sozialisten Chemnitz« angeschlossen. Woost selbst wurde danach wieder bei Neonazi-Aufmärschen gesehen; er soll auch Anschluss an die rechtsoffene Fanszene des »Chemnitzer FC« gefunden haben. Und schließlich, das ist Gegenstand des aktuellen Verfahrens, an die extrem rechten Umstürzler von »Revolution Chemnitz«.
Ermittlungen wegen des Verdachts, frühere Mitglieder würden den »Sturm 34« wiederbeleben, ihre Gewaltserie fortsetzen wollen, waren da längst versandet. Dabei hätten die Behörden in Sachsen nur auf die Facebook-Seite von »Revolution Chemnitz« schauen müssen. Gleich in der Anfangszeit wurde dort eine handgemalte Grafik veröffentlicht, vermutlich der Entwurf für ein Gruppenlogo. Im Hintergrund prangt groß eine Zahl: 34.

Bildmitte Sten E.



Rechtes Theater

Bischofswerda. In der sächsischen Stadt (Kreis Bautzen) ist am 7. und 8. September 2018 die 80-köpfige »Laienspielgruppe ›Friedrich Schiller‹« um Baldur Borchardt aus dem völkischen Milieu aufgetreten. Rund 800 Zuschauer wollten der Aufführung »Wilhelm Tell« – »klassisch inszeniert« beiwohnen, sie reisten mitunter aus benachbarten Bundesländern sowie Österreich und der Schweiz an. Bekannte Gäste waren unter anderen der ehemalige Bundesführer der »Heimattreuen Deutschen Jugend«, Sebastian Räbiger, ehemalige und aktuelle NPD-Funktionäre samt Familien sowie Vertreter der »Alternative für Deutschland« und der »Identitären Bewegung«. Die Proben hatten zuvor in einem Objekt der »Schlesischen Jugend« in Marlishausen stattgefunden, das vom thüringischen Verfassungsschutz beobachtet wird. Dem Betreiber des Veranstaltungsortes war die rechte Gesinnung der Anwesenden nicht aufgefallen.

Aufmarsch-Marathon

Dortmund. Am 21. September 2018 marschierten rund 100 Neonazis mit Pyrotechnik und Reichskriegsflaggen durch die Stadtteile Dorstfeld und Marten und riefen dabei antisemitische Parolen. Die Polizei geriet im Nachgang der angemeldeten Aufmärsche in die Kritik, da sie nur mit wenigen BeamtInnen vor Ort war und nicht einschritt. Aufgerufen wurde unter dem Motto »Gegen Polizeischikanen und Polizeiwillkür. Das Grundgesetz gilt auch in Unterdorstfeld. Meinungs- und Versammlungsfreiheit schützen!« Das Motto bezog sich auf einen Vorfall vom 16. September. Neonazis hatten ein Familienfest für »Respekt, Toleranz und Verständigung« gestört, neun von ihnen waren daraufhin in Gewahrsam genommen worden. Am 29. September rief die Partei »Die Rechte« erneut auf, diesmal kamen nur knapp 25 TeilnehmerInnen, 500 AntifaschistInnen demonstrierten parallel dazu gegen Rechts. Am 3. Oktober griff eine Gruppe Neonazis bei der Abreise von einer Kundgebung die Polizei mit Feuerlöschern und Flaschen aus einem Kleinbus heraus an. Acht Personen, darunter auch Michael Brück, der für »Die Rechte« im Dortmunder Stadtrat sitzt, wurden festgesetzt.

Zulauf für »Der III.-Weg«-Veranstaltung

Plauen. Zeitgleich zu den Aufmärschen in Chemnitz hat am 1. September 2018 die neonazistische Partei »Der III. Weg« eine Veranstaltung abgehalten unter dem Motto »IS-Unterstützer – sexuelle Belästigungen – Gewalt und Terror Tag für Tag«. Etwa 800 Personen nahmen teil, darunter bekannte Neonazis sowie zahlreiche BürgerInnen, die bislang nicht mit der rechten Szene in Verbindung gebracht wurden. Es wurden mindestens drei Anzeigen wegen Zeigens des Hitlergrußes sowie Volksverhetzung gestellt. Etwa 350 AntifaschistInnen protestierten gegen die Versammlung. Am 29. Oktober, zum Jahrestag des Beginns der Deportationen polnischer JüdInnen im Jahr 1938, will die Kleinstpartei erneut durch Plauen marschieren. In der sächsischen Kleinstadt betreibt »Der III. Weg« bundesweit sein einziges Parteibüro.

»Lesertreffen« im Südharz

Harztor-Ilfeld. Vom 14. bis zum 16. September 2018 hat der bekannte Neonazi Meinolf Schönborn zu einem »Lesertreffen« seiner Zeitschrift »Recht & Wahrheit« in das Ferienhotel Hufhaus-Harzhöhe eingeladen. Als ReferentInnen waren neben ihm selbst der NPD-Funktionär Stefan Lux, Nicole Schneiders, die unter anderen den NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben im Prozess vertrat, der ehemalige »Republikaner« Hans-Ulrich Höfs und weitere Gäste geladen. Das »Lesertreffen« fand bereits zum 13. Mal statt.

PEGIDA-Jahrestag

Dresden. Am 21. Oktober 2018 hat das islamfeindliche PEGIDA-Bündnis seinen vierten Geburtstag begangen. Etwa 5.000 TeilnehmerInnen nahmen an der Kundgebung in der Dresdner Innenstadt teil. Die Gegendemonstration »Herz statt Hetze« versammelte mit geschätzten 10.000 TeilnehmerInnen mindestens doppelt so viele Menschen. Am 20. Oktober 2014 hatten die »Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes« das erste Mal demonstriert. Anfang 2015 waren die TeilnehmerInnenzahlen auf bis zu 25.000 angewachsen. In den vergangenen zwei Jahren hat die Staatsanwaltschaft 198 Ermittlungsverfahren eingeleitet, beispielsweise wegen schwerer Körperverletzung, Tragens verfassungsfeindlicher Symbole, Volksverhetzung, Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung, Bedrohung, Nötigung, Sachbeschädigung und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz sowohl gegen TeilnehmerInnen als auch RednerInnen.

Urteil in Hamburg

Hamburg. Am 29. Oktober 2018 hat das Landgericht Hamburg Stephan Kronbügel wegen des Herbeiführens einer Explosion in der S-Bahn-Station Veddel zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt. Am 17. Dezember 2017 explodierte ein aus zwei sogenannten »Polenböllern« und 73 Montageschrauben gebastelter Sprengsatz unter einer Sitzreihe. Eine Person erlitt ein Knalltrauma. Der Sprengsatz hätte potentiell tödliche Wirkung entfalten können. Im Stadtteil Veddel haben 70 Prozent der EinwohnerInnen einen Migrationshintergrund oder eine Migrationsgeschichte. Ein rassistisches Motiv sei »ziemlich wahrscheinlich«, so die Richterin, für sie sei der Angeklagte ein »glühender Anhänger Hitlers«. Gegen das Urteil hat die Verteidigung Revision eingelegt. Der 52-jährige Kronbügel ist einschlägig vorbestraft. Am 8. März 1992 hatte er gemeinsam mit Stefan Silar am Busbahnhof Buxtehude Gustav Schneeclaus schwer zusammengeschlagen, nachdem dieser ihnen gesagt hatte, Hitler sei »der größte Verbrecher« gewesen. Schneeclaus erlag wenige Tage später seinen Verletzungen.

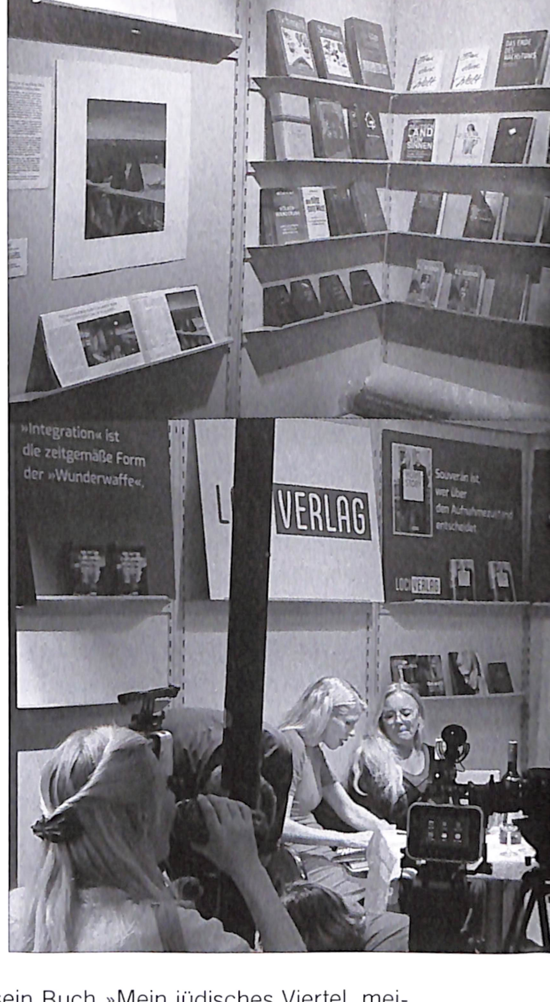


#Buchmesse

(Ver) stimmungen

Auf der Buchmesse in Frankfurt offenbart sich der Konflikt innerhalb der »Neuen Rechten«. Der Clou von Götz Kubitschek gefällt nicht allen aus dem Milieu.

Eine Reportage von Andreas Speit und Sascha Schmidt



Die Laune von Andreas Lombard ist nicht die Beste. Auf der Buchmesse steht der Chefredakteur des Magazin »Cato« nicht an seinem Stand. Gebucht hat er, die Gebühr bezahlt. Den Stand wollte er vom 9. bis 14. Oktober jedoch an der von der Buchmessenleitung in Frankfurt am Main zugewiesenen Stelle in einen Gang abseits der Halle nicht eröffnen. Beim Verlag »Zu Klampen« in Halle 4.1 steht er, schaut sich um. »Wir kennen uns« fragt er, »Ja, ich war bei der Vorstellung Ihres Magazins«, wird geantwortet. »Von der taz?« »Ja, auch«. Am Freitag gegen Abend für ihn kein Grund weniger zu schimpfen. Doch nicht über seine zufälligen Gesprächspartner, auch nicht lange über die Messeleitung, sondern über die Provokationen und Skandale eines Verlegers dessen Namen er nicht nennt.

In der Sackgasse

Zwei Gänge weiter steht der Mann mit seinem Stand: Götz Kubitschek. In dessen Richtung zeigt Lombard als er meint, dass die abgesonderte Platzierung vor allen dem Provokateur und den Krawallmacher geschuldet sei. Seit Jahren sind rechte bis weit rechte Verlage auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig präsent, bieten Lesungen an, richten Stände aus. Rechte Bestsellerautoren wie Thilo Sarrazin stellten ihre einschlägigen Werke vor – oft in nicht-rechten Verlagen. Nach der Präsentation des »Antaios Verlag« von Kubitschek auf der Frankfurter Buchmesse 2017 hat sich die Situation verändert. Die aufgeheizte Stimmung in den gesellschaftlichen Diskursen über die Einwanderungs- und Asylpolitik, oder Erinnerungs- und Identitätskultur hatte die Buchmesse erreicht. Bei den Veranstaltungen von »Antaios« gerieten in der Stadt am Main FreundInnen des Verlages mit DemonstrantInnen gegen dessen Anwesenheit aneinander. Tumulte, die der Ausrichter der Buchmesse, der »Börsenverein des Deutschen Buchhandels«, nun in Frankfurt vermeiden wollte. Aus dem Grund hatte die Messenleitung »Cato«, »Junge Freiheit« (JF), »Tumult« und »Manuscriptum« in den abseitigen Messeweg platziert. Eine Sackgasse an dessen Ende die JF ihren Stand hatte und ihre Lesungen anbot. Am Anfang der »Gasse« stand »Tumult«. Ein gedrucktes Schild war an eine Wand gelehnt: »Achtung. Sie verlassen den politisch korrekten Sektor«. »Ich wollte nicht in dieser Ecke stehen«, sagt Lombard. Nicht ohne doch nachzuschieben, auch nicht mitten drin sein zu wollen, wenn es zu Gegenprotesten komme. »Das passt doch alles nicht zu uns«, meint der neurechte Chefredakteur, der bis 2013 noch Andreas Krause Landt hieß. Ab dem Jahr wurde er Leiter der »Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG«. 2017 übernahm er dann die Leitung des neu gegründeten Magazins. 2010 erschien beim »Antaios Verlag« noch sein Buch »Mein jüdisches Viertel, meine deutsche Angst«. Heute scheint das Verhältnis von Lombard, der mit Akif Pirinçci »Attacke auf den Mainstream – ‹Deutschland von Sinnen›« herausgab, zu Kubitschek mehr als abgekühlt. Dessen Clou anlässlich der Buchmesse schien ihn stattdessen zu erhitzen. Dieser Stil passt nicht zu ihrem gediegenen Image, will er ausstrahlen. Da redet man eben auch von Autor zu Autor – so irgendwie auf gleicher Ebene, jenseits der Positionen.

Ein Clou mit Preis

In die Ecke wollte auch Kubitschek nicht. Er überlegte er sich einen Clou – und nutze die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ). Kurz vor Beginn der Buchmesse gab er den Verkauf des »Antaios Verlags« an den »Loci-Verlag« bekannt. Die FAZ berichtete groß und breit. Das Guerilla-Marketing glückte. Der »Antaios Verlag« war offiziell nicht auf der Buchmesse und war es doch. In Halle 4.1, Stand D 57 stellte sich der »Loci-Verlag« vor, der sich schnell als Fake-Verlag entpuppte. Durch den angeblichen Verkauf konnte »Antaios« sich mitten unter den Kleinverlagen und etwas schräg gegenüber der Leseinsel der Unabhängigen Verlage und der taz zeigen. In einer Pressemitteilung hatte Kubitschek geschrieben, seinen Verlag an den Neu-Verleger Dr. Thomas Veigel verkauft zu haben. Schon am 21. Juli will Veigel, der zeitweise Sprecher der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Ortenau war und früher auch dem Vorstand des »Hochschulrings Tübinger Studenten« angehörte, beim Börsenverein den Stand angemeldet haben. Bei der Anmeldung überprüfte die Leitung die Verlagsunterlagen wohl nicht ganz so genau. Der Preis des PR-Clou: Ein großes Programm konnte der Verlag nicht bieten. Am Stand diskutierten Ellen Kositza mit Vera Lengsfeld und Caroline Sommerfeld. Benedikt Kaiser, Lektor des Verlages und »Sezession«-Autor betreut den Stand. Eine der Töchter von Kubitschek und Kositza filmte den Event. Kubitschek stand immer wieder mal am Rande, trank ein Glas Wein. Eine breite Entourage konnte ebenso nicht anreisen. Für Ver-



Bilder der Frankfurter Buchmesse 2018:
Stand von »Tumult«
Stand von »Manuscriptum«
Benedikt Kaiser und Ellen Kositza bei »Antaios«
Rainer Rahn (AfD) bei der »Jungen Freiheit«

wunderung sorgen vornehmlich die anwesenden PolizeibeamtInnen, die sich in Grüppchen in der Nähe des Standes postiert haben, um Auseinandersetzungen zu verhindern. Doch nicht mal 40 Personen verfolgen das Gespräch. Unter ihnen befinden sich Funktionsträger der hessischen AfD, wie die damalige Landtagskandidatin Alexandra Walter und das Landesvorstandsmitglied der »Jungen Alternative Hessen«, Patrick Pana. Gut die Hälfte der Anwesenden dürfte von dem Ziel einer kritischen Begleitung motiviert gewesen sein. Doch außer einzelnen verbalen Unmutsbekundungen bleibt es vergleichsweise ruhig. Nahezu zeitgleich findet am Stand der JF ein Gespräch mit dem hessischen AfD-Spitzenkandidaten Rainer Rahn statt. Auch hier bleibt es ruhig. Auch hier ist das Interesse – zieht man die anwesenden AfD-Mitglieder ab – überschaubar. Ein Umstand der auch Rainer Rahn geschuldet sein könnte: die Auftritte des Spitzenkandidaten sind wiederkehrend von Emotions- und Lustlosigkeit geprägt. Auch auf der Buchmesse bleibt er seiner Linie treu.

»Keinen einzigen Fascho zu Wort kommen lassen«

In Halle 4.1 lässt gegen 17 Uhr der Messetrubel scheinbar nach. Im Rolltreppenhaus stehen 100 Menschen an den Geländern und beobachten, wie Sicherheitskräfte und PolizeibeamtInnen in Schutzausrüstung die Zugänge versperren. Sämtliche Fahrstühle werden abgeschaltet, alle Notausgänge durch Sicherheitspersonal gesperrt. Der wiederkehrenden Frage der Anwesenden im Treppenhaus nach dem Grund der Sperrung folgt die Antwort: »Björn Höcke kommt«. Dieser wird in einem fensterlosen Raum im Zwischengeschoss seinen Gesprächsband mit Sebastian Hennig »Nie zweimal in denselben Fluss« vorstellen. Vor fast leeren Rängen, wie Mitarbeiter des Verlages Manuscriptum tags darauf am Stand beklagen werden. Die verschiedenen Sicherheitsgruppen lassen kaum jemand in den Saal. Vornehmlich finden sich geladen Gäste, darunter viele Parteimitglieder, ein. VertreterInnen der Presse müssen mit Nachdruck dafür sorgen, an der Veranstaltung teilnehmen zu können. Nicht alle erhalten Zugang. Diejenigen, die es schaffen, sollen in ihrer Berichterstattung behindert werden: Ton- und Bildaufnahmen werden untersagt. Das geht einer anwesenden Vertreterin der Buchmesse dann doch zu weit. Sie verweist auf den vermeintlich öffentlichen Charakter der Veranstaltung und ermutigt die Presse: »Machen sie ihre Arbeit.«
Ehe Höcke zu seinem Buch spricht, echauffiert er sich über die Ankündigungen verschiedener Verfassungsschutzämter, die AfD zum Prüffall zu erklären.
Ebenso wie vor den Ständen der JF und »Antaios« bleibt es auch im Treppenhaus weitgehend ruhig. Dafür sorgen auch zahlreiche BeamtInnen in Zivil, die mal mehr oder weniger aggressiv auf verbale Unmutsbekundungen reagieren. Für Heiterkeit sorgen die Satire-Fraktionen. »Die Partei«-Chef Martin Sonneborn kommt in Wehrmachtsuniform als Hitler-Attentäter Graf von Stauffenberg. Mit sich trägt er eine lederne Aktentasche – in einer solchen hatte Stauffenberg die Bombe versteckt, die Adolf Hitler töten sollte. Doch Sonneborn scheitert mit seinem Vorhaben an den BeamtInnen. Zeitgleich zum Auftritt von Sonneborn segeln Flugblätter der Zeitschrift »Titanic« durch das Treppenhaus. Unter dem Motto »Über Rechte reden«, wird zur »großen Abendgala« geladen und angekündigt, »keinen einzigen Fascho zu Wort kommen zu lassen«.

Verstimmungen am Rande

Bei »Zu Klampen« hat sich Lombard derweil hingesetzt. Locker ist er im Gespräch mit den MitarbeiterInnen, zusammen trinken sie Wein. Man kennt sich, man schätzt sich. Nicht wenig später setzt sich Michael Klonovky dazu. Bekommt ein Glas. Entspannt führt der ehemalige Focus-Redakteur Gespräche mit den Anwesenden. Dass er mal für die frühere AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry arbeitete und heute für den AfD-Bundestagsfraktions- und Bundesvorsitzenden Alexander Gauland tätig ist, stört nicht. Der Schriftsteller und Berater hat gerade »Bunt wie ein Niqab – Reaktionäres vom Tage. Acta diurna 2017« bei »Manuscriptum« veröffentlicht.
Einen Tag nach der Buchmesse erklärte Kubitschek auf »sezession.net«: »Natürlich sind Kositza und ich auch weiterhin die Besitzer unseres Verlags, und natürlich werden wir weiterhin diesen Verlag führen«. Die bibliographischen Angaben zu den Loci-Büchern – Preis 19.18 Euro und 124 Seiten – hätte als Datum erkannt werden können. Am 12. April 1918 verlas Richard Huelsenbeck in Berlin das »Dadaistische Manifest«. So sei das in der »Gesellschaft des Spektakels« schreibt er weiter, es würde einfach nicht mehr nachgedacht und nicht mehr »eins und eins« zusammen gezählt. Und er tritt gegen FAZ und deren Autor Justus Bender nach: »Das Exklusive, das Aufgeladene, das Sensationsgeile – es räumt selbst in der FAZ Spalten frei, und nun wird man ein neues Wort verwenden können: jemandem etwas aufbendern«. Der kurzfristige Clou könnte sich für Kubitschek als nachhaltiges Problem herausstellen. Seine vermeintliche Glaubwürdigkeit hat er selbst jetzt in Zweifel gezogen. In der »Neuen Rechten« um Lombard kommen seine Provokationen schon lange nicht besonders an. Diese Strategie war einer der Gründe, warum Karlheinz Weißmann das mit Kubitschek aufgebaute »Institut für Staatspolitik« verließ. Nach der Trennung, sagte Weißmannm der eng mit der JF und »Cato« verbunden ist, dass Kubitschek »eigentlich kein politischer Kopf« sei. Da »verwechselt jemand Literatur mit Staatslehre und Ästhetik mit Politik. Was selbstverständlich fatale Konsequenzen nach sich zieht, wenn der betreffende trotzdem Politikberatung treibt«.

#Fundamentalismus

Mit offenen Armen in die Sackgasse

Der christlich-fundamentalistische »Marsch für das Leben« zog auch 2018 durch Berlin. Deutlich wurde, dass die größte Veranstaltung der »Lebensschutz«-Bewegung in der Krise steckt – personell und inhaltlich fehlen Impulse und die Zahl der Teilnehmenden nimmt ab. Das sollte aber die Kritik an ihr nicht verflachen. Zumal Positionen der »Lebensschutz«-Bewegung anknüpfungsfähig für Personen aus rechten und extrem rechten Kreisen sind.

von Ulli Jentsch und Eike Sanders



Mechthild Löhr und Alexandra Maria Linder auf der Bühne am 22. September 2018 in Berlin

Der Berliner »Marsch für das Leben« mit 3.500 (2018) bis 5.000 (2016) Teilnehmenden ist immer noch das zentrale, spektrenübergreifende Event der »Lebensschutz«-Bewegung. Im Gegensatz zu anderen »1000-Kreuze-Märschen«, »Mahnwachen« für die »ungeborenen getöteten Kinder« oder sogenannten »Vigilien für das Leben« präsentiert sich der Berliner Marsch besonders professionell, freundlich und breitenwirksam. Hier laufen KatholikInnen und ProtestantInnen nebeneinander mit weißen Holzkreuzen und Bildern von lachenden Kindern und glücklichen Eltern oder positiven Slogans wie »echte Väter stehen zu ihrem Kind«. Sie betrachten mal skeptisch, mal leicht verängstigt Berlin und die queeren GegendemonstrantInnen und unterhalten sich leise. Es sind ältere Frauen und Männer, einige Nonnen, einige Priester, viele Familien, nicht wenige Jugendgruppen – darunter auch reine Jungsgruppen, die aus dem Internat entsprungen sein könnten, und gemischtgeschlechtliche Jugendgruppen, bei denen die jungen Frauen ihre knielangen Röcke mit Markenschuhen kombinieren. Kein Vergleich zu Münster, wo zuletzt im März die knapp über 100 Teilnehmenden, deren Altersdurchschnitt über dem in Berlin zu liegen scheint, kontinuierlich singend und betend hinter Marienbildern herliefen und bis vor kurz vor dem Ende auf der Strecke auf die Knie fielen. In Salzburg (Österreich) werfen die Teilnehmenden unter der Nennung eines fiktiven – offensichtlich christlich-deutschen – Namens eines »ungeborenen Kindes« und Glockengeläut Rosen in die Salzach. Im sächsischen Annaberg-Buchholz ist der Marsch nicht katholisch-fundamentalistisch, sondern evangelikal geprägt, befindet sich das Erzgebirge doch im sogenannten Bible Belt, wo seit der »Wiedervereinigung« die bibeltreuen Gemeinden enormen Zulauf haben.

In Berlin ist nun eine Abnahme der Teilnehmendenzahlen um fast ein Drittel auch bei den fragwürdigen Zahlen des organisierenden »Bundesverbands Lebensrecht« (BVL), der von 5.500 Teilnehmenden spricht, amtlich. Der Schwund war zu erwarten und ist auch mit der die kirchlichen Gemeinden spaltenden Frage »Wie hältst du es mit der AfD?« zu begründen, die – neben der Überbetonung der (vermeintlich gewaltvollen) Gegenproteste – in Zeiten von PEGIDA und Chemnitz demobilisierend wirkt. Die »Sorge, in einen Topf mit ‹Rechten› geworfen zu werden« erkannte selbst BVL-Vorsitzende Alexandra Maria Linder als Grund, dem Marsch fern zu bleiben. Und tatsächlich haben dieses Jahr die queer-feministischen Gegenproteste zusammen mit Reclaim Club Culture schon am Vorabend rund Tausend TeilnehmerInnen trotz Regens auf die Straße gebracht und demonstrierten und sangen auch am Samstag mit mehreren Hundert Menschen an verschiedenen Punkten gegen die AbtreibungsgegnerInnen. Die vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung veranstaltete Demonstration konnte 1.500 Menschen mobilisieren, die sich später den Blockadeversuchen anschlossen. Auch in anderen Städten sind selbst bei kleinen Aktionen der »Lebensschutz«-Bewegung feministische Gegenproteste selbstverständlich geworden.

Relativierungen, »Zeugnisse« und Jugendlichkeit

Personell und strategisch ist die »Lebensschutz«-Bewegung in die Defensive geraten. Während sie noch 2016 offensiv den »Kulturkampf« ausrief, wurden dieses Jahr akute Themen wie der § 219a und der Praena-Test nur en passant gestreift. Geradezu beschwichtigend wirkte vor allem die Rede der Vorsitzenden der »Christdemokraten für das Leben« (CDL), Mechthild Löhr: »Oft sieht es so aus, als ob, und das sagen ja auch unsere Kritiker hier bei den Gegendemonstrationen, unser Bekenntnis zum Leben des Kindes ein Anschlag auf die Rechte der Frau ist. Nein! Wir kennen zwei Lebensrechte (...). Die Gesetzeslage in Deutschland ist eigentlich so, dass wir auch keine Strafverschärfung brauchen, sondern was wir brauchen ist eine bessere Aufklärungspolitik, bessere Hilfe, um viel mehr Kinder zu retten.« Der Applaus war nur verhalten, wird aus den sonstigen Publikationen der »Lebensschutz«-Bewegung doch sehr deutlich, dass sie sich eigentlich ein Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen wünscht.

Daneben zeigten viele Reden eine Rückbesinnung auf den bewährten Fokus auf Betroffenheitsberichte. Zunächst erzählte, moderiert von der BVL-Vorsitzenden Linder und dem Generalsekretär der evangelikalen »Deutschen Evangelischen Allianz«, Hartmut Steeb, die für die »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) tätige Referentin und Beraterin



Teilnehmer Ralf Löhnert (Mitte) beim Marsch-Gottesdienst

Sandra Sinder aus Düsseldorf von ihrer Arbeit. Danach erläuterte die Küsterin Elisabeth Rugaju aus Köln beziehungsweise Uganda ihre Entscheidung, auch das dritte Kind zu bekommen, schließlich standen ein Pianist aus Israel und dessen Frau auf der Bühne, um »Zeugnis abzulegen«: Seine Mutter war erst 16, als sie ihn bekam und seine vorherige Freundin trieb ohne sein Wissen ab. Hier inszenierte sich ein Mann als Betroffener von Abtreibungen, was in den aus den USA kommenden Diskurs von der kollektiven Traumatisierung durch Abtreibungen und den auch hier verbreiteten Väterrechtsdiskurs passt.
Der zweite Schwerpunkt lag auf der immer leicht bemüht wirkenden Inszenierung der Jugend als neue Pro-Life-Generation. Cornelia Kaminski (CDU Hessen, CDL und ALfA), Linder und Steeb holten zwischenzeitlich sechs Jugendliche auf die Bühne. Es sprach auch Bethany Janzen, regionale Koordinatorin der »Students for Life of America«, die nach eigenen Aussagen der österreichischen »Jugend für das Leben« helfen will, die »pro-life generation in Europe« aufzubauen. Erstmalig predigte, neben dem Berliner Weihbischof Matthias Heinrich, ein evangelischer Bischof auf dem Abschlussgottesdienst: Der Greifswalder Hans-Jürgen Abromeit stellte die ungewollte Schwangerschaft als »eine Nagelprobe auf die Solidarität der Gesellschaft« dar. Man müsse, so Abromeit, nur genügend füreinander einstehen. In der heilen Welt dieses Kirchenmannes kommt moralischer Druck, gerade von der Kirche und der »Lebensschutz«-Bewegung gern als »Gewissensentscheidung« individualisiert, offenbar so wenig vor wie die freie Entscheidung gegen ein Austragen der Schwangerschaft.

Finde die AfD oder inhaltliche Kritik

Die derzeitige gesellschaftliche Präsenz feministischer Kämpfe wie die Forderung nach der Abschaffung des »Werbeverbot« genannten § 219a, der festgestellte Mangel an Abtreibungen vornehmenden ÄrztInnen und der Aufschwung einer sich radikalisierenden »Alternative für Deutschland« (AfD) hatten im Verlauf des Jahres eine kritische Auseinandersetzung mit der »Lebensschutz«-Bewegung in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Viele antizipierten eine steigende Präsenz von AfD-Prominenz. Doch offensichtlich war es selbst für Beatrix von Storch wichtiger, eine Veranstaltung in Weitnau (Allgäu) durchzuführen. Martin Hohmann (MdB) war zwar anwesend, doch bekannte Gesichter fehlten in den vorderen Reihen des Marsches. Nichtsdestotrotz sahen die Christen in der AfD sowohl vorab als auch in den Berichten danach den Marsch ungebrochen oder gar verstärkt als Identifikations- und Agitationsfeld.
Alexandra Linder hatte im Vorfeld betont, es sei das demokratische Recht aller am »Marsch für das Leben« teilzunehmen, »aus Kirchen oder Parteien, welcher Couleur auch immer«. Niemand aus dem OrganisatorInnen-Team machte Anstalten, sich des Problems der Anwesenheit von Ralf Löhnert anzunehmen. Auch in der Nachberichterstattung wird es von Seiten der Bewegung verschwiegen. Denn Löhnert ist nicht nur auf »Lebensschutz«-Märschen, sondern auch auf neonazistischen Heß-Gedenkdemonstrationen anzutreffen (vgl. Artikel zu Ralf Löhnert auf www.apabiz.de). Ein Blick in die Schweiz, wo zuletzt die offene Mobilisierung der extrem rechten »Partei national orientierter Schweizer« (PNOS) für Aufsehen gesorgt hatte, verdeutlicht, wie fragil eine Einladungspolitik ist, die sich nicht zwischen offenen Armen für alle und Abgrenzung nach Rechtsaußen entscheiden mag.
Eine solche Aufmerksamkeit von der extremen Rechten bekam der Berliner Vorzeigemarsch bisher freilich nicht. Zwar liefen in den vergangenen Jahren Mitglieder von CDU und AfD nebeneinander an der Spitze des Marsches, dominiert haben letztere ihn jedoch nicht.
Beim Schweigemarsch für das Leben im sächsischen Erzgebirge unter der Leitung von Thomas Schneider ist das sicherlich anders: Schneider, langjähriger Landesvorsitzender der CDL und Mitbegründer der »Aktion Linkstrend stoppen«, verließ 2014 die Partei, um sich der AfD zuzuwenden, die er offensiv bewirbt – ohne jedoch bisher als Mitglied oder gar Funktionär hervorgetreten zu sein. Schneider schrieb auf seinem inzwischen nicht mehr existenten Facebook-Profil am 11. Februar 2016: »Ich werde, solange es keine Alternative gibt, die Alternative für Deutschland AfD wählen. Mir bleibt keine andere Wahl.« Auf seiner Homepage sind ein Großteil der geteilten Nachrichteninhalte Artikel aus der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« oder der evangelikalen Wochenzeitschrift »IdeaSpektrum«, vornehmlich zu Islam, »Gender« und AfD. Schneider arbeitet für ein evangelikales Konglomerat aus Medienvereinen, wie die AG Welt (»Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e. V.«), das seit Beginn 2018 die Kampagne und Online-Karte »Keine Moschee in meiner Stadt« betreibt.
Es sind diese inhaltlichen und personellen Schnittstellen und Kongruenzen, die der »Bundesverband Lebensrecht« unsichtbar halten will. Jedes Jahr hat er rigider durchgesetzt, dass fast ausschließlich die Einheitsplakate und -schilder gezeigt werden dürfen.
So bleibt die Präsenz extrem rechter Personen nur für JournalistInnen und RechercheurInnen sichtbar und kann vom BVL und den Teilnehmenden ignoriert oder klein geredet werden. Wie von der Vorsitzenden Linder, die bei einem Interview mit JFDA (»Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.«) am Rande des Marsches behauptete, die homo*feindlichen Positionen des BVL-Mitgliedsvereins »pro conscientia e. V.« seien »nicht unsere Baustelle«.
Für die emanzipatorische Gegenseite hingegen gilt es in Erinnerung zu behalten, warum man den »Marsch für das Leben« politisch bekämpfen muss: Die »Lebensschutz«-Bewegung vertritt reaktionäre, christlich-fundamentalistische Positionen und ein Weltbild, das feministische und queer-politische Errungenschaften akut bedroht. Nicht die Präsenz einzelner AfD-PolitikerInnen ist somit das Problem, sondern die Agenda der Bewegung an sich.

#Schweden

Nicht so schlimm und doch eine Katastrophe

von Anna Berg

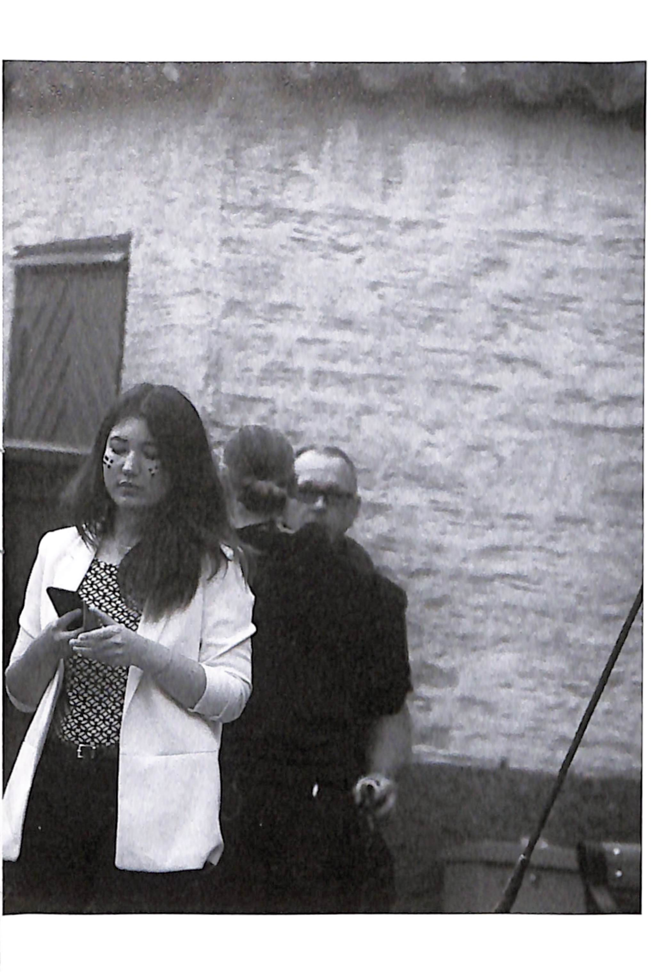


Einerseits nicht so schlimm wie erwartet, andererseits eine Katastrophe, die endgültig das Ende der Nachkriegszeit markiert – ungefähr so stellt sich das Ergebnis der Parlamentswahl vom September 2018 dar. Die Regierungsbildung ist noch immer nicht abgeschlossen, vermutlich wird das Budget für das kommende Jahr von einer Übergangsregierung verabschiedet werden, die keinerlei politisch kontroverse Entscheidungen fällen darf. Was das genau bedeutet, ist ebenso unerprobtes Terrain wie die notwendige Aufgabe der Blockpolitik. Denn erstmals seit 1945 stellt weder der sozialdemokratisch-grüne noch der konservativ-liberale Block eine Mehrheit oder auch nur eine stabile Minderheit. Eine Öffnung hin zu einer Duldung durch oder offene Zusammenarbeit mit den rechtspopulistischen »Sverigedemokraterna« (SD) scheint in dieser Legislaturperiode noch ausgeschlossen. Dennoch – 17,5 Prozent der Stimmen für die Rechtspopulisten und gleichzeitig eine starke Zunahme extrem rechter Straßenaktivitäten verändern die politische Lage im Land grundlegend.

Dass die 17,5 Prozent am Ende bei den einen eher Erleichterung, bei den anderen eher Katerstimmung auslösten, lag einerseits an den Feinheiten der Arbeitsweise der demoskopischen Institute in Schweden, andererseits an den Ankündigungen der Partei selbst – im Juni hatte der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson noch vollmundig verkündet: »Jetzt gehen wir auf den Wahlsieg zu!« Noch nie hatten die Prognosen der unterschiedlichen Meinungsforschungsinstitute so weit auseinander gelegen – zwischen 16 und 26 Prozent der Stimmen wurden für die SD vorausgesagt. Seit die SD in den Umfragen eine relevante Größe ausmachen, hatte es die Institute umgetrieben, dass die tatsächlichen Wahlergebnisse gerade in Bezug auf die Rechtspopulisten so weit von den Prognosen abwichen, und seit 2014 wurden deshalb verschiedene Veränderungen in der statistischen Grundlage für die Umfragen probiert. Einige Institute veränderten ihre Verfahren zu sogenannten »self registration panels« – ermunterten also Personen, sich aktiv für die Umfragen online zu registrieren. Die Hoffnung dabei war, dass der »Schamfaktor« bei der Angabe rechter Wahlpläne ausgeglichen werden würde – am Ende zu gut, wie sich zeigte, denn es waren vor allem die Institute mit den »self registration panels«, die besonders hohe Ergebnisse für SD vorausgesagt hatten. Die übrigen Institute haben es dagegen offenbar geschafft, die traditionell um einiges zu niedrigen Werte für rechtspopulistische Parteien durch Anpassen ihrer Panels aufzufangen, sie lagen mit 16 bis 18 Prozent in den letzten Wochen vor der Wahl recht nahe am faktischen Ergebnis.

Erfolg oder Misserfolg?

Erfolg oder Misserfolg ist also eine Frage der Perspektive – in jedem Fall war der Wahlkampf für SD ein ebenso großer Erfolg wie die vorhergehende Legislaturperiode, in der beide Blöcke sich intensiv mit zentral von SD gesetzten Themen befassten und gleichzeitig geradezu ritualisiert den cordon sanitaire aufrechtzuerhalten suchten, also in keiner Abstimmung die direkte Unterstützung von SD forderten. Die Schließung der Grenzen und Senkung des Asylstandards für Anerkennung, Aufenthaltsdauer und Familiennachzug bereits 2015 durch die rot-grüne Minderheitsregierung führte dazu, dass Migration und Asylpolitik an sich kaum mehr auf der Tagesordnung standen. Stattdessen dominierten zwei etwas bizarr anmutende Themen: »Das Bild von Schweden« und »Schwedische Identität«. Beide sind in einem Land, in dem traditionell ökonomische Fragestellungen die Politik dominieren und Wahlen entscheiden, höchst ungewöhnlich. Beide folgen Setzungen der internationalen extremen Rechten, in deren Interesse es liegt, liberale globalisierte Gesellschaften als gescheitert und dysfunktional hinzustellen. Schweden spielt mittlerweile in diesem Narrativ der »Alt-Right« eine herausragende Rolle als verlorenes Paradies, und auch im Lande selbst stellten sich viele die Frage, ob man eigentlich noch ganz okay sei oder bereits am Rande des Abgrunds stehe. Für Letzteres werden als Beleg vor allem die extrem segregierten Vororte der drei Großstädte Stockholm, Göteborg und Malmö herangezogen, die tatsächlich stark geprägt sind von Gangkriminalität, Schusswaffen, Attentaten und sozialer Misere. Neben dieser Problematik, in der unter anderem wohnungspolitische Versäumnisse der letzten Jahrzehnte zugespitzt sind, sind es Kernbereiche des Wohlfahrtsstaates, die schon seit der Finanzkrise der 1990er Jahre und den folgenden Privatisierungen nicht mehr funktionieren: Gesundheitswesen, Bildungswesen, soziale Gerechtigkeit.



Jimmie Åkesson (links)

Ebenfalls von der Rechten gesetzt ist das Thema der Identität, wobei die SD angesichts der Regelungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft (fünf Jahre Aufenthaltsstatus und Steuern zahlen) eine bestehende liberale Realität zurückdrehen wollen. SD sehen hierfür eine starke Kopplung von Staatsangehörigkeit und nationaler Identität vor – um erstere zu bekommen, soll letztere durch eine Art Loyalitätserklärung mit schwedischen Werten sowie den Rechten und Pflichten schwedischer BürgerInnen abgeprüft werden. An der Staatsbürgerschaft soll dann auch – im Gegensatz zu geltendem EU-Recht – das ausschließliche Wahlrecht hängen. Soweit das Parteiprogramm – einzelne Abgeordnete gehen jedoch öffentlich gerne noch weiter und deuten auch einen eingeschränkten Zugang zu den Sozial- und Gesundheitssystemen für Nicht-Staatsangehörige an, und dazu sollen dann auch Mitglieder der nationalen Minderheiten gehören (Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Samen).

Wie die meisten rechtspopulistischen Parteien haben auch die SD ein ambivalentes Verhältnis zur extrem rechten Bewegung auf der Straße, aus der sie historisch kommen. In den ersten Jahren der Wahlerfolge der SD war ein deutlicher Rückgang extrem rechter Aktivitäten zu beobachten – mittlerweile ist das Gegenteil der Fall. Zwar erlitten alle Parteien der extremen Rechten, die ebenfalls zur Parlamentswahl angetreten waren, krachende Niederlagen, aber in den letzten drei Jahren ist dennoch offensichtlich geworden, dass es eine wachsende Personengruppe gibt, die SD zu bürgerlich findet und eine radikalere Alternative präsentieren will. Dazu gehört die Neugründung »Alternativ för Sverige«, die vor allem aus Ex-SD-Mitgliedern besteht, die entweder wegen persönlicher Kontroversen oder wegen der propagierten Nulltoleranzlinie gegen Rassismus und Extremismus von der Parteiführung geschasst wurden. Besonders sichtbar ist aber die Gruppe »Nordiska Motståndsrörelsen« (»Nordische Widerstandsbewegung«, NMR), die seit Anfang der 1990er Jahre in unterschiedlichen Konstellationen aktiv ist. NMR propagiert offen nationalsozialistische Positionen und pflegt eine entsprechende Ästhetik, mit Runenschildern und schwarz-weißen Uniformen. Die Gruppe ist nachweislich für diverse gewalttätige Anschläge verantwortlich: den Angriff auf eine antirassistische Kundgebung in Stockholm im Winter 2016, Sprengstoffattentate gegen ein syndikalistisches Jugendcafé und eine Geflüchtetenunterkunft in Göteborg, eine Reihe von Übergriffen gegen BesucherInnen der Almedalsveckan, einer parteipolitischen Großveranstaltung auf Gotland. Besonders berühmt wurden NMR aber durch ihre Demonstration zur Unterstützung der extrem rechten Zeitschrift »Nya Tider«, deren Teilnahme an der Buchmesse in Göteborg im Herbst 2017 eine für schwedische Verhältnisse heftige Debatte über die Grenzen der Meinungsfreiheit ausgelöst hatte. »Nya Tider« betreiben unter anderem sogenannten »Mitbürgerjournalismus«, eine Praktik, bei der JournalistInnen von NMR-AktivistInnen in ihren Privatwohnungen aufgesucht und gefilmt werden. Die Aufnahmen werden dann zusammengeschnitten und auf YouTube veröffentlicht. Angeblich geht es meist um das Verschweigen von migrationspolitischen Fakten, das die »MitbürgerjournalistInnen« so anprangern wollen – faktisch geht es um Einschüchterung und Bedrohung. Bei der Demonstration trugen NMR-AktivistInnen unter anderem Schilder mit den Fotos bekannter Personen und Unterschriften wie »Volksverräter«, einige der Abgebildeten sind jüdisch. Der Aufmarsch fiel wohl eher unbeabsichtigt zudem auf den jüdischen Feiertag Yom Kippur – dass die ursprüngliche Route an der Synagoge in der Göteborger Innenstadt vorbeiführen sollte, war dagegen wohl kein Zufall. Mittlerweile, ein Jahr später, sind 16 Personen in Folge dieser Demonstration wegen Volksverhetzung und verschiedener Gewaltdelikte angeklagt worden.

Jimmie Åkesson hat 2017 vorgeschlagen, NMR als terroristische Vereinigung zu klassifizieren, was angesichts der Unmöglichkeit von Organisationsverboten immerhin eine Möglichkeit wäre, NMRs öffentliche Aktivitäten einzuschränken. Trotz der gegenseitigen Angriffe zwischen SD und dem extrem rechten Lager und trotz des vollständigen parlamentarischen Scheiterns des letzteren müssen die zunehmende Sichtbarkeit und Gewalttätigkeit der extremen Rechten und der parlamentarische Erfolg von SD im Zusammenhang gesehen werden. Offener Antisemitismus ist nur ein Aspekt, den beide gemeinsam haben – die dystopische Weltsicht, Multikulturalismus und Linksliberalismus als Feindbilder und eine erzkonservative Sicht auf Geschlechterrollen und Familienkonzepte sind weitere, ungeachtet sachpolitischer Streitfragen. Angesichts der ideologischen Gemeinsamkeiten ist offensichtlich, dass sich die Erfolge der beiden Lager in unterschiedlichen Bereichen gegenseitig verstärken – und dass weder Zivilgesellschaft noch Politik für diese Auseinandersetzung gerüstet sind.

Entsprechend ist die Frage, ob der liberal-konservative Block doch noch einknickt und SD zur parlamentarischen Zusammenarbeit einlädt, oder ob der cordon sanitaire für eine weitere Legislaturperiode hält, oder ob die trotz allem noch relativ starke Sozialdemokratie eine weitere Minderheitsregierung mit wechselnder Unterstützung stemmen kann, nicht allein entscheidend. Der Rechtsruck und das Bedrohungspotential der extremen und populistischen Rechten in Schweden sind bereits fest verankert im politischen Alltag in Schweden. Und vor allem bedeutet die parlamentarische Ausgrenzung durch die etablierten Parteien der beiden Blöcke noch lange nicht, dass die von den SD gesetzten Themen und ihre Politik nicht dennoch den politischen Alltag bestimmen. Der Wechsel von der Sach- zur Identitätspolitik ist jedenfalls bereits deutlich zu sehen.

#Polen

»Das ist unser Marsch!«

Die polnische extreme Rechte feiert mit und gegen die Regierung die polnische Unabhängigkeit.

von Jos Stübner

Über 200.000 Menschen nahmen am 11. November 2018 in Warschau an einem gemeinsam von der extremen Rechten und der regierenden »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) organisierten Marsch teil. Anlass war das hundertjährigen Jubiläum der nationalen Unabhängigkeit von 1918. Konnte PiS damit, wie manche meinen, die faschistischen Kräfte bändigen oder handelt es sich vielmehr um einen weiterer Schritt zur Etablierung extrem rechter Strömungen in Polen?

Der Unabhängigkeitsmarsch ist bereits seit 2010 das zentrale Ereignis der extremen Rechten in Polen. Zehntausende ziehen regelmäßig am Nationalfeiertag hinter ihren Bannern durch die Straßen Warschaus. Offizielle Ausrichter des Marsches sind das »Obóz Narodowo-Radykalny« (»Radikalnationales Lager«, ONR), die »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«,MW) sowie die Parteiformation »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN). ONR und MW sehen sich in direkter Tradition gleichnamiger faschistischer und antisemitischer Organisationen der Zwischenkriegszeit. Neben deren Kadern stellen Hooligans aus dem ganzen Land einen großen Teil der nationalistischen Massen. Der Marsch bietet aber auch traditionell die Bühne für ein internationales Schaulaufen – Stammgäste sind die italienische »Forza Nuova«, »Jobbik« aus Ungarn und die neonazistische slowakische »Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko« (»Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei«, ĽSNS). Zuletzt waren, wenngleich nicht in exponierter Rolle, auch Deutsche vertreten; in diesem Jahr etwa »Identitäre« und PEGIDA-RepräsentantInnen. Über die Jahre hinweg erhielt der Marsch aber auch zunehmend Zulauf von politisch nicht organisierten Menschen, ältere wie jüngere, auch ganze Familien mit Kindern.

Nach Blockadeversuchen in den Anfangsjahren sowie Straßenschlachten mit der Polizei unter der liberalen Vorgängerregierung konnten die FaschistInnen unter PiS fast ungestört die Hauptstadt für sich beanspruchen. Die Regierung zog sich seit 2015 am Nationalfeiertag aus Warschau zurück, der Präsident schickte Grußnoten. PiS-PolitikerInnen nahmen den Marsch vor Kritik in Schutz und der Innenminister bekundete gar seinen Stolz über den patriotischen Anblick.

Im Vorfeld

Zum hundertjährigen Jubiläum der nationalen Unabhängigkeit von 1918 konnte die Regierung den FaschistInnen jedoch schwerlich wie in den Vorjahren die Hauptstadt alleine überlassen. Die Frage nach der Organisationshoheit der Feierlichkeiten fiel nun aber zusammen mit einem seit Ende 2017 zunehmend offeneren Konflikt zwischen PiS und der extremen Rechten, die sich gegenüber der autoritär-nationalistischen Regierung zu profilieren sucht (s. drr Nr. 173). Noch im Oktober hatte das extrem rechte Lager den Rücktritt des Innenministers gefordert, nachdem die Polizei rechte Blockadeversuche einer LGBT-Pride in Lublin unter Einsatz von Wasserwerfern geräumt hatte.

Nach dem anfänglichen Versuch, die konkurrierenden Organisationen zu ignorieren und aus den Planungen zur Jubiläumsfeier komplett auszuschließen, versuchte die PiS schließlich in verschiedenen Anläufen den Marsch zu entschärfen oder unter eigene Kontrolle zu bringen. Vorgeschlagen wurde etwa eine gemeinsame Organisation, jedoch unter der Bedingung eines Verzichts auf jegliche politische Symbolik bis auf die polnischen Flagge. ONR & Co. beharrten dagegen auf ihrer Organisationshoheit. Dabei half ihnen das von PiS selbst, ursprünglich zu eigenen Zwecken, neukonstruierte Versammlungsrecht. Dieses räumt regelmäßig wiederholten Veranstaltung ein Anmeldevorrecht ein. Ausgehend von dieser Position wies das faschistische Bündnis die Annäherungen der Regierung als Versuche einer feindlichen Übernahme zurück und stilisierte den Marsch als wahren Ausdruck des Volkes und einer gesellschaftlichen Bewegung »von unten« – im Gegensatz zu Staatsdiktat und politischer Inszenierung.

So kam es lange Zeit zu keiner Einigung. Noch zwei Tage vor dem Jubiläumsereignis herrschte Unklarheit über den Ablauf der Feiern. Der Versuch der Warschauer Bürgermeisterin – Hanna Gronkiewicz-Waltz von der »Platforma Obywatelska« (»Bürger Plattform«, PO) – den Marsch zu verbieten, scheiterte vor Gericht. Die PiS, die einen ähnlichen Plan hatte, sah sich schließlich gezwungen mit der extremen Rechten erneut in Verhandlungen zu treten, um diesen nicht die Ausrichtung des größten Massenereignisses am Jubiläumstag vollständig zu überlassen. Man einigte sich am Ende auf zwei getrennte, faktisch gemeinsam abgehaltene Demonstrationszüge. Das faschistische Bündnis konnte dabei seine Bedingungen diktieren, den Marsch ohne jegliche Auflagen in eigenen Händen behalten und sich zugleich großzügig, ja staatstragend zum Wohle der Nation kooperationsbereit präsentieren.

Verkalkuliert

Es dürfte außer Frage stehen, dass es auf verheerende Weise zu einer weiteren Legitimierung von FaschistInnen beiträgt, wenn eine Regierung mit diesen in einen derartigen Austausch tritt. Mit dem Marsch selbst manifestierte sich diese Tendenz einer Entgrenzung nach rechtsaußen endgültig. Im Ergebnis ließ sich ein gigantisches Verschmelzen von extremen Rechten verschiedenster Couleur sowie der breiten Masse nicht-organisierter, »normaler« PatriotInnen beobachten. Über den ganzen Marsch verteilt erklangen etwa die notorischen antikommunistischen Hetzparolen oder die Schmähgesänge gegen liberale Medien. Überall sichtbar mischten sich das Keltenkreuz als »White Power«-Symbol sowie die Symbole der rechts-



extremen Untergrundeinheiten »Nationale Streitkräfte« (NSZ) – während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich für die Ermordung von KommunistInnen sowie Jüdinnen und Juden – mit den Symbolen des Warschauer Aufstandes. Daneben sichtbar auch die Flaggen der Gewerkschaft »Solidarność«, die sich bereits zuvor klar für den Marsch unter faschistischer Organisationshoheit ausgesprochen und mit ihrer Mobilisierung für zusätzliche TeilnehmerInnen gesorgt hatte.
Zugleich ließ das faschistische Bündnis keinen Zweifel an seiner Vormachtstellung und dem eigenen Anspruch auf den Marsch aufkommen. Der Staatspräsident Andrzej Duda hielt zwar eine Eingangsrede, die bei der Menge eher mäßigen Anklang fand. Die Parteielite der PiS, einschließlich des Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, marschierten dann aber mit deutlichem Abstand und massiv abgeschirmt als separater Block an der Spitze voran. Dahinter aber fand erst der eigentliche Umzug statt, in dem ONR & Co. den Ton angaben und bisweilen auch die Regierung verhöhnten.
»Das ist unser Marsch« wurde dort genauso skandiert wie das gängige »PiS und PO – ein und dasselbe Übel«. Der Konflikt darüber, wem der Marsch nun gehörte, setzte sich auch unmittelbar danach fort. Die Äußerung des Innenministers, Joachim Brudziński, dass die große TeilnehmerInnenzahl dem Regierungsappell zu verdanken sei, wurde von Seiten der extremen Rechten empört als unverschämte Aneignung der Veranstaltung zurückgewiesen. Deren Akzeptanz wurde von der Regierung zwar auf eine neues Niveau gehoben. Allzu große Dankbarkeit sollte sie dafür jedoch nicht erwarten.

Abgrenzung zum Vorteil aller

Im Kontext des Unabhängigkeitsmarschs gibt es darüber hinaus noch einen weiteren Faktor, der zur Normalisierung von extrem rechten Strömungen und Inhalten beiträgt. Teile der Szene beklagen schon seit geraumer Zeit eine mit der Popularisierung des Unabhängigkeitsmarschs einhergehende Deradikalisierung. Aus diesem Grund kam auf dem Marsch 2017 ein »Schwarzer Block« aus dem Spektrum »Autonomer Nationalisten« zustande, der sich von den »DurchschnittspatriotInnen« offensiv und aggressiv absetzen sollte. Federführend war hier die noch junge Gruppierung »Szturmowcy«. Von diesem Block stammen auch jene offen rassistischen Banner, auf denen etwa ein »weißes Europa« propagiert wurde und die auch international für größere Aufmerksamkeit sorgten. Wichtig sind auch die internationalen Verbindungen dieser Szene, vom ukrainischen »Azov-Bataillon« bis zur deutschen NPD.
Bereits im vergangenen Jahr wurden von Regierungsseite, Medien und den OrganisatorInnen des Marsches selbst Vorwürfe von Rassismus und extremistischer Ideologie auf den »Schwarzen Block« als marginales Phänomen abgewälzt. Dem aus diesem Umfeld eingeladenen »Alt-Right«-Aktivisten Richard Spencer wurde die Einreise versagt. Im Kontrast dazu konnten die mehrheitlichen TeilnehmerInnen des Marsches als friedliche PatriotInnen erscheinen.
Ein ähnliches Spiel ließ sich auch in diesem Jahr beobachten. Die Organisationsleitung des Marschs lieferte sich im Vorfeld einen für die Öffentlichkeit gut nachvollziehbaren, regelrechten Schlagabtausch mit den Gruppierungen des »Schwarzen Blocks« und profilierte sich als ordnende Kraft. Die PiS-Regierung wiederum unterband ein Rechts-Rock-Konzert sowie mehrere internationale Konferenzen, die aus dem Umfeld des »Schwarzen Blocks« initiiert worden waren und in Warschau am Vortag des Marsches stattfinden sollten. Über 100 Personen wurden in diesem Zusammenhang festgenommen und etwa 400 Einreiseverbote erteilt. Der »Schwarze Block« trat so im Vergleich zum Vorjahr deutlich dezimiert und ohne explizit rassistische Banner auf. Damit verschaffte sich die Regierung nicht nur den feigenblattartigen Ausweis eines vermeintlich kompromissloses Durchgreifens gegen die extreme Rechte, es lässt einmal mehr jene Strömungen und Inhalte, die durch dieses Raster fallen, in einem sauberen patriotischen Licht erscheinen.
Insgesamt geht somit von den Warschauer Hundertjahrfeiern das fatale Signal einer weiteren Entgrenzung nach rechts aus. Faschistische Organisationen können sich mit vermeintlich weißer Weste als offiziell akzeptierte Trägerinnen staatlicher Feierlichkeiten und zugleich als Repräsentantinnen einer patriotischen Bewegung »von unten« präsentieren.
Sicher wird die polnische extreme Rechte im Hinblick auf die Europawahlen noch deutlicher auf Konfrontationskurs zur Regierung gehen – und dies zweifellos aus einer noch stärker legitimierten Position heraus.

»Kampf der Nibelungen«

Ostritz. Am 13. Oktober 2018 hat im sächsischen Ostritz erneut das Kampfsport-Event »Kampf der Nibelungen« (KdN) stattgefunden. Rund 700 TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland, dem europäischen Ausland sowie aus Russland und der Ukraine reisten an. Als Anmelder fungierte Alexander Deptolla, ehemaliger Funktionär des verbotenen »Nationalen Widerstands Dortmund« mit guten Kontakten zu den »Hammerskins«. Veranstaltungsort war erneut das Gelände des Hotels »Neißeblick« des ehemaligen NPD-Mitglieds Hans-Peter Fischer. Bereits im April diesen Jahres wurde dort das »Schild und Schwert«-Festival des NPD-Kaders Thorsten Heise ausgerichtet, bei dem auch Kampfsport geboten wurde. Der »Kampf der Nibelungen« wird von verschiedenen rechten Modemarken und Versänden gesponsert. Erstmals war die Marke »White Rex« offizieller Mitveranstalter, die inzwischen im Kampfsport als internationales Netzwerk organisierter Neonazis gilt.

Nationalistischer Gedenkmarsch

Kiew / Ukraine. Am 14. Oktober 2018 sind tausende NationalistInnen und Neonazis anlässlich des »Tags der Verteidigung der Ukraine« durch Kiew marschiert. Teils vermummt und mit Nationalflaggen, Armee-Uniformen und Rauchbomben bestückt, wollten sie an die Gründung der »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA) durch ukrainische Nationalisten vor 76 Jahren erinnern. Aus Deutschland nahmen Mitglieder der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten (JN) sowie AnhängerInnen der Neonazi-Partei »Der III. Weg« teil. Vor Beginn der Veranstaltung versuchten einige der TeilnehmerInnen ein sowjetisches Denkmal zu zerstören, es soll zu Schlägereien mit Sicherheitskräften gekommen sein. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit rund 6.000 Kräften im Einsatz und sprach von einem »friedlichen Verlauf«. Die Kundgebung zum Jahrestag findet seit 2014 statt, seit 2015 ist der 14. Oktober ein Feiertag in der Ukraine.

Regionalwahlen in Polen

Polen. Bei den Regionalwahlen in Polen am 21. September 2018 ist die Regierungspartei »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) mit 32 Prozent der Stimmen landesweit stärkste Kraft geworden. In Großstädten wie Warschau, Posen, Lodz und Lublin holte das pro-europäische Oppositionsbündnis »Platforma Obywatelska« (»Bürgerkoalition«, PO) die Mehrheit der Stimmen mit insgesamt 25 Prozent. Drittstärkste Kraft wurde die »Polskie Stronnictwo Ludowe« (»Polnische Volkspartei«, PSL) mit rund 16 Prozent. In Krakau und Danzig werden am 4. November Stichwahlen durchgeführt. Die PiS hatte im Wahlkampf Einwanderung zum zentralen Thema gemacht. Die Regionalwahlen gelten als Stimmungstest für die Parlaments- und Europawahlen 2019 und die Präsidentschaftswahlen 2020.

Angriffe nach antirassistischer Demo

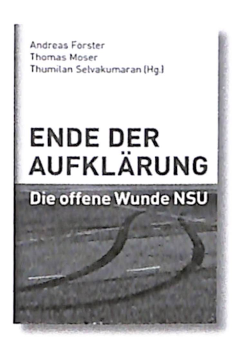
Bari / Italien. Am 21. September 2018 haben Mitglieder der neofaschistischen »Casa Pound« TeilnehmerInnen einer Parade gegen die rassistische Politik der Regierung angegriffen. Die anwesende EU-Abgeordnete Eleonora Forenza und ihr Mitarbeiter Antonio Perillo berichteten, zusammen mit anderen von einer mit Keulen, Riemen und Ketten bewaffneten Gruppe angegriffen worden zu sein. Mindestens zwei Personen wurden dabei schwer verletzt. Der Überfall ereignete sich am Abschlussort der Kundgebung, in dessen Nähe auch das Hauptquartier der »Casa Pound« liegt, von wo die Angreifer kamen. AugenzeugInnen sprachen von einem »Hinterhalt« und beklagten, die Polizei habe sich zu dem Zeitpunkt völlig zurückgezogen, obwohl sie zuvor auf der Parade starke Präsenz gezeigt hatte. In einigen Medien wurde der Vorfall als »Kampf zwischen Banden« verharmlost. Am 29. September gingen erneut 500 Mitglieder der antirassistischen Initiativen auf die Straße, um zu zeigen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen.

Kleinstaufmarsch

Manchester / Großbritannien. Am 20. Oktober 2018 hat die extrem rechte »English Defence League« (EDL) einen Aufmarsch durchgeführt. Nur etwa 25 TeilnehmerInnen waren dem Aufruf gefolgt, sie wurden, von etwa 50 PolizeibeamtInnen umringt, durch die Stadt geführt. Die Bilder des sehr kleinen Aufmarsches sorgten für Spott in den sozialen Netzwerken. An einer Gegendemonstration der Gruppe »Stand Up To Racism« nahmen rund 300 Menschen teil. 2015 war die EDL noch mit 400 TeilnehmerInnen durch Manchester marschiert, die Kosten für das Polizeiaufgebot wurden auf etwa 250.000 £ beziffert.

RechtsRock-Gedenkkonzerte

Verona / Italien, Kirchheim / Deutschland. Am 15. September 2018 hat die extrem rechte Vereinigung »Veneto Fronte Skinheads« (VFS) ein Konzert im Gedenken an den 1993 bei einem Auto-Unfall umgekommenen Sänger der Band »Skrewdriver«, Ian Stuart Donaldson, veranstaltet. Angekündigt waren die italienischen Bands »Acciaio Vincente« und »Nessun Pentimento«, die spanische Band »Irreductibles« und »Heiliger Krieg« (Baden-Württemberg), die als Nachfolgeprojekt der verbotenen Gruppe »Race War« gelten. Die VFS veranstaltet regelmäßig Konzerte mit internationalen RechtsRock-Bands. Am 20. Oktober hat ein von den »Hammerskins« organisiertes RechtsRock-Konzert zum Gedenken an den US-amerikanischen »Hammerskin« Joe Rowan stattgefunden. Dieser war 1994 nach einem Konzert erschossen worden und gilt als Märtyrer der Szene. Das Line-Up setzte sich aus »Sleipnir«, »Smart Violence« (NRW), der britischen Band »Blackout« sowie »Kommando Skin« (Baden-Württemberg) und »Kodex Frei« (Bayern) zusammen. Die BesucherInnen reisten nach Berichten von AugenzeugInnen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie den Niederlanden an. Laut der Recherchegruppe »Allgäu rechtsaußen« haben die vier deutschen Bands bereits Platten bei dem Allgäuer Label »Oldschool Records« produziert, dessen Betreiber zur Führungsriege der Skinhead-Kameradschaft »Voice of Anger« gehört und Konzerte mit Bands aus dem »Hammerskin«- und »Blood&Honour«-Milieu organisiert.



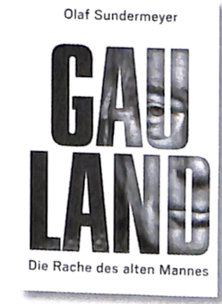
»Ende der Aufklärung«

von Kai Budler

Es war erwartbar, dass sich nach dem Urteil im NSU-Prozess vor dem Münchner OLG mehrere AutorInnen mit dem Thema »Nationalsozialistischer Untergrund« und seiner juristischen Aufarbeitung befassen würden. Eines der so entstandenen Bücher ist der im August erschienene Sammelband »Ende der Aufklärung. Die offene Wunde NSU«. Neben Auszügen aus Plädoyers der NebenklägerInnen sowie Interviews mit AnwältInnen von Betroffenen der Anschläge setzt knapp die Hälfte der Beiträge thematische Schwerpunkte. So greift Thumilan Selvakumaran den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn auf. Besonders die Verknüpfung mit dem »Ku-Klux-Klan« in Baden Württemberg, dem Polizeibeamte und Personen aus dem Umfeld von Kiesewetter und des NSU angehörten, macht die fehlenden Konsequenzen der Aufklärung deutlich. So seien die betroffenen Beamten, die beim »Klan« mitwirkten, noch heute im Dienst. So unterschiedlich die Beiträge in dem Buch sind, so sehr eint sie das gesunde Misstrauen gegenüber den Geheimdiensten und die Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der Untersuchungsausschüsse. Immer wieder machen die AutorInnen das »Staatswohl« als Scheitern der Ausschüsse aus, wenn die Verfassungsschutzämter immer wieder versuchten die Ausschüsse zu täuschen und zu blockieren, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Was das konkret heißt, untersuchen Vincent Gengnagel und Andreas Kallert am Beispiel des zweiten Untersuchungsausschuss des Bundestages, dem sie zwar verdienstvolle, »jedoch weitgehend vergebliche Aufklärungsversuche« attestieren. Unterfüttert wird dieser Text von Michael Beykirch und seinem lesenswerten Beitrag über »Informelle Netzwerke, verdeckte Operationen und subtile Einflussnahmen als Arbeitsmethoden von Nachrichtendiensten«. Sein Erkenntnisgewinn hilft bei der künftigen Analyse der Rolle von Nachrichtendiensten und ihrem Agieren bei einer möglichen Aufklärung. Wie notwendig dies ist, zeigt Thomas Mosers Text über den Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidtplatz und den noch laufenden Amri-Untersuchungsausschuss. Moser kommt zum Schluss, der Fall Amri sei die Wiederholung der Nicht-Aufklärung und ein Offenbarungseid für einen Sicherheitsapparat. Es tut dem Buch gut, nicht als Schnellschuss nach dem Urteil im NSU-Prozess daherzukommen, sondern seinen Schwerpunkt auf das Agieren der Sicherheitsbehörden zu legen und damit Grundlagen für künftige Aufklärungsprozesse zu legen.

Andreas Förster, Thomas Moser, Thumilan Selvakumaran (Hg.): Ende der Aufklärung. Die offene Wunde NSU. Tübingen 2018, Klöpfer & Meyer, 328 Seiten, 25,00 Euro.

»Gauland: Die Rache des alten Mannes«



von Fabian Kunow

In der bisherigen (Fach-)Publizistik zur extremen Rechten, die sich der AfD widmete, wurden vor allem die Verbindungen und der Einfluss neurechter AkteurInnen auf die Partei beachtet oder die Partei insgesamt dargestellt. Dabei wäre die »Alternative für Deutschland« (AfD) niemals dort, wo sie heute erfolgreich steht ohne die politischen Fähigkeiten von Alexander Gauland. So eine der Thesen des Journalisten Olaf Sundermeyer, der mit dem Buch »Gauland: Die Rache des alten Mannes« die erste Biographie über den ehemaligen CDU-Kofferträger und heutigen AfD-Star vorgelegt hat. Das Buch schließt quasi eine Lücke, will man den Erfolg der AfD an den Wahlurnen verstehen.
Diese locker zu lesende Biographie hat es in sich. Sundermeyer beschreibt Gauland als einen hell- und weitsichtigen Machtzyniker, der den Zeitgeist zu »reiten« weiß. Er gehöre zu den wenigen Politikern, die es verständen, auf die verschiedenen politischen Einstellungen und Mentalitätsunterschiede in Ost- wie in Westdeutschland gleichzeitig eingehen zu können. Dabei befördere der AfD-Frontmann rechtsradikale Ansichten beziehungsweise Sagbarmachungen ohne selbst rechtsradikal zu sein. Mit seinen Reden mache er Stimmung auf und für den Mob auf der Straße, wobei er aber eigentlich den gesitteten Gedankenaustausch im Salon bevorzugen würde. Gleichzeitig spricht Sundermeyer von einer »Selbstradikalisierung« von Gauland durch »das Pegida-Moment«.
Im ganzen Buch verschwimmen oft ein wenig die Kategorien »konservativ« oder »rechtsradikal« beziehungsweise was Überzeugung, Opportunismus oder Taktik bei Gaulands Handeln ist. So richtig weiß dies natürlich niemand, da Sundermeyer trotz seiner guten Beobachtungsfähigkeit nicht ins »Hirn des Hundekrawattenträgers gucken« kann. Angereichert werden gesammelte Zitate von ehemaligen Weggefährten Gaulands und die politischen Analysen des Autors mit ein wenig Küchenpsychologie. Dieser Mix tut aber dem Lesefluss ganz gut. Viel ist in dem mit Anekdoten gefüllten Buch zu lernen über hessische Regionalpolitikgeschichte und wie der Politikbetrieb so funktioniert(e).
Schon der immer wiederkehrende historische Vergleich der Grünen mit der AfD lohnt, diese Publikation zu kaufen.
Für Menschen, die beruflich, egal ob als JournalistInnen oder PolitikerInnen, auf den unterschiedlichen Ebenen, mit Gauland Jüngern zu tun bekommen, sollte dieses Buch Pflichtlektüre sein, um nicht über jedes »AfD-Skandalstöckchen« zu springen, sondern um so bestimmte AfD-Taktiken besser erkennen zu können.

Olaf Sundermeyer: »Gauland: Die Rache des alten Mannes«. München 2018, Verlag C.H. Beck, 176 Seiten, 14,95 Euro.



Europas rechte Frauen

von Margarete Schlüter

Wenn im nächsten Jahr die Europawahl durchgeführt wird, wird in den Wahlanalysen auch die Frage nach dem Hintergrund der Wählenden gestellt werden. Lange Zeit ist davon ausgegangen worden, dass Frauen im Vergleich zu Männern weniger rechtspopulistische und extrem rechte Parteien wählen. Momentan lässt sich hier eine Trendwende feststellen. Doch woher kommt diese? Dieser grundlegenden Frage geht die vorliegende Vergleichsstudie, herausgegeben von Elisa Gutsche und der »Friedrich-Ebert-Stiftung«, nach. Sechs europäische Staaten – Deutschland, Frankreich, Griechenland, Polen, Ungarn und Schweden – werden unter vier zentralen Fragestellungen unter die Lupe genommen: die Programmatik der rechtspopulistischen Parteien und insbesondere das Verhältnis zu Frauenrechten und Geschlechterfragen, die Rolle der Frauen innerhalb rechtspopulistischer Parteien, das Wahlverhalten von Frauen in Bezug auf rechtspopulistische Parteien und mögliche (Gegen-) Strategien progressiver AkteurInnen und feministischer sozialer Bewegungen.

Bei der Betrachtung der ausgewählten Länder wird berücksichtigt, dass sie durch unterschiedliche Ausgangslagen gekennzeichnet sind, sowie die rechten Parteien und Bewegungen jeweils unterschiedlich ausgeprägt und verschieden institutionell verankert sind. Die Studie setzt sich mit der jedem Land eigenen Entwicklung auseinander, um davon ausgehend Erfolg versprechende Gegenstrategien zu entwickeln. So sollte den rückwärtsgewandten Kräften in der Debatte um soziale Sicherheit für Frauen und Familien nicht das Feld überlassen werden. Vorgeschlagen wird, nach Möglichkeit in Beziehung zu Parteien, Gewerkschaften und Verbänden über Staatengrenzen hinweg zu gehen. Ziel sollte dabei sein, ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln und das ohne einen sogenannten progressiven Neoliberalismus.

Elisa Gutsche ruft dazu auf, die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus nicht ausschließlich als Gefahr zu sehen, sondern als Chance, »eigene Haltungen kritisch zu reflektieren, neue Ideen zu entwickeln, uns transnational zu vernetzen und von anderen Ländern zu lernen«. Voraussetzung dafür ist das Teilen von Wissen, weshalb die Studie auf Deutsch wie auf Englisch erschienen ist.

Elisa Gutsche (Hg.): Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe. Berlin 2018, 134 Seiten. Die Studie kann unter http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14630.pdf (Deutsch) und http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14636.pdf (Englisch) heruntergeladen werden.



»Identitäre Bewegung«

von Margarete Schlüter

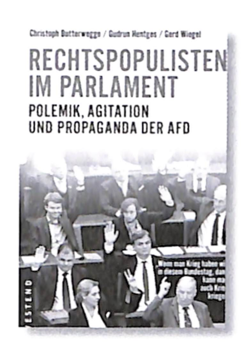
Vor sechs Jahren trat die »Identitäre Bewegung« (IB) in Deutschland das erste Mal in der Öffentlichkeit auf: In Frankfurt am Main stören drei maskierte Personen mit selbstgebastelten Schildern unter Hardbass-Musik die Eröffnung der »Interkulturellen Wochen«. Auf den Schildern steht »Multikulti wegbassen«, »IBD« und das griechische Lambda, Zeichen der IB. Einen Tag später erscheint auf YouTube ein Video der Aktion, die nicht einmal eine Minute gedauert hatte. So banal dieser Auftritt gewesen ist, so exemplarisch ist er für die IB: Kurz, aufgezeichnet und über soziale Netzwerke verbreitet. Was dabei fast unterzugehen scheint: Hier werden menschenverachtende Botschaften vermittelt. Welcher Art diese sind?

Darüber klärt das vorliegende Buch mit dem Titel »Das Netzwerk der Identitären« auf. Denn vieles ist seit 2012 passiert – von der IB und gegen sie. Auch ist vieles über die IB geschrieben worden. Oftmals sind die AutorInnen dabei der Medienstrategie der AkteurInnen der »Neuen Rechten« aufgesessen. Statt die flankierten Parolen auseinanderzunehmen, werden die gelieferten Bilder übernommen, so dass Medien selbst zum Teil des Aktionstheaters werden.

Dieses Buch will dem vorbeugen. SpezialistInnen beleuchten die IB primär in Deutschland, aber auch in Österreich und Osteuropa. Neben einem Überblicksartikel zur Entwicklung der IB in den letzten sechs Jahren werden die Vorbilder und Vordenker näher betrachtet sowie ihre Kriegsrhetorik auseinandergenommen. Darüber hinaus widmet sich die Studie den männlichen Inszenierungen und Geschlechterkonstruktionen. Des Weiteren geht sie der Bedeutung von Kultur und Musik nach, analysiert Internetauftritte und gibt lokale Einblicke. Auch wird aufgedeckt, wer die ProtagonistInnen der IB sind – Personen, die zum Teil vorher in der extremen Rechten organisiert gewesen sind und aus völkischen Familien kommen. Was dieses sehr lesenswerten Buch über die IB ebenfalls thematisiert, ist ihr Verhältnis zur »Alternative für Deutschland«, das es als eine »Liebesaffäre« bezeichnet. Ein weiterer Aufsatz behandelt die oben skizzierte Wahrnehmung der IB durch die Medien. Zum Ende hin wirft die Studie einen Blick auf die österreichische IB, die insbesondere für den Ableger in Deutschland eine hohe Bedeutung hat. Zum Abschluss macht das Buch einen Ausflug nach Osteuropa, wo die IB aufgrund anderer nationalistischer Gruppierungen keinen leichten Stand hat.

Dieses Buch liefert einen guten Gesamtüberblick über eine der derzeit öffentlichkeitswirksamsten rechten Gruppierungen in Deutschland.

Andreas Speit (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin 2018, Ch. Links Verlag, 264 Seiten, 18,00 Euro.



AfD im Parlament

von Paul Wellsow

Das Buch »Rechtspopulisten im Parlament« ist ein guter Überblick über Zustand, Programm und Strategien der »Alternative für Deutschland« (AfD). Die drei ausgewiesenen ExpertInnen Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel legen passend zum einjährigen Jahrestag des Einzugs der Rechtspartei in den Bundestag eine Analyse deren Parlamentsarbeit vor. Ihre Wahl in alle Landtage und den Bundestag sei ein »Umbruch des Parteiensystems«.

Eingang definieren die AutorInnen den Begriff »Rechtspopulismus«, sparen zu Recht nicht mit Kritik an dessen gängiger Verwendung (»schillernd und unscharf«) und schlagen eine eigene Definition vor. Dennoch wird nicht ganz klar, was die AfD nun ist: Teil eines eigenständigen Phänomens namens »Rechtspopulismus« oder populistische Variante des »Rechtsextremismus«? Und: Ist angesichts der völkischen Radikalisierung der Begriff überhaupt noch richtig? Doch diese offenen Fragen mindern die Qualität des Buches nicht. Soziale, ökonomische und politisch-kulturelle Entwicklungen werden zum Verständnis des Aufstiegs der Partei diskutiert – von der sich vertiefenden sozialen Spaltung bis hin zu Debatten der »Mitte« der Gesellschaft um Nationalstolz, »Leitkultur« und Asyl seit den frühen 1990er Jahren. Sinnvoll für das Verständnis der heutigen Rechten sind auch die fundierten Verweise auf Vorläuferorganisationen, frühere Organisationsversuche sowie die Geschichte der AfD-Gründung durch neoliberale Professoren. Die AutorInnen belegen, dass die AfD bereits damals »einen harten Kern ultrarechter Ideologen« besaß.

Im Zentrum des Buches stehen zwei Kapitel zu Wahlerfolgen und dem Wirken der Partei in den Parlamenten. Entlang zentraler Themen (Migration, Innenpolitik, Geschichtspolitik, Demographie, Sozialpolitik usw.) werden ihre Positionen detailliert bestimmt. Deutlich weisen die AutorInnen auf politische Bruchlinien hin, die ein Zerbrechen der AfD noch immer denkbar machen, vor allem sozialpolitisch zeigen sich Widersprüche. Ein »sozialprotektionistischer und wohlfahrtschauvinistischer Flügel« stehe einer »neo(national) liberalen Strömung« gegenüber. Die AutorInnen warnen, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei der extremen Rechten zu einem realen »politischen Machtfaktor« geworden ist.

Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Gerd Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt/Main 2018, Westend Verlag, 256 Seiten, 20 Euro (E-Book: 13,99 Euro).

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 3, 4, 9, 13, 20)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 14)
Archiv »der rechte rand« (Seite 16)
Kai Budler (Seiten 18, 22)
Felix M. Steiner (Seite 23)
Apabiz (Seiten 30, 31)
wikimedia / Poltikerveckan Almedalen (Seite 32)
Jos Stübner (Seite 35)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

DANKE!

Kiel
4.000 gegen Nazimob von Chemnitz

Greifswald
1.200 gegen AfD

Rostock
300 verhindern AfD-Kundgebung
4.000 gegen AfD-Aufmarsch
2.500 gegen AfD-Aufmarsch

Hamburg
2.500 bei „Pogrome Stoppen"
15.000 bei #Seebrücke
30.000 bei #WelcomeUnited
13.000 bei „Gemeinsam gegen rechte Hetze"

Oldenburg
6.000 gegen AfD

Bremen
500 gegen AfD
650 gegen Nazimob von Chemnitz
1.200 bei #Seebrücke

Berlin
72.000 bei „Stoppt die AfD!"
25.000 gegen Mietenwahnsinn
8.000 gegen Mob von Chemnitz
242.000 bei #unteilbar
5.000 gegen „Wir für Deutschland"

Potsdam
2.000 bei #NoPAG

Hannover
15.000 bei #NoPAG

Münster
1.000 bei „Keine Bühne für die AfD"
2.000 gegen „rechten Hass"
1.300 gegen AfD-Parteitag

Dessau
800 bei „Feine Sahne Fischfilet"

Göttingen
1.500 bei Antifa-Demos

Cottbus
2.000 gegen Nazi-Aufmarsch

Duisburg
1.500 gegen Nazi-Aufmarsch

Bielefeld
6.000 gegen Nazi-Aufmarsch

Köthen
800 gegen Nazimob

Ostritz
1.000 bei „Rechts rockt nicht"

Dortmund
4.000 gegen Nazi-Aufmarsch

Halle/Saale
1.000 bei Antifa-Demos

Fulda
1.000 gegen AfD

Erfurt
1.500 gegen Nazi-Aufmarsch

Dresden
13.000 bei „Herz statt Hetze"

Düsseldorf
10.000 bei #NoPAG

Chemnitz
2.000 gegen Nazimob
3.500 gegen AfD-Aufmarsch
65.000 bei #wirsindmehr

Hambacher Forst
50.000 bei #HambiBleibt

Frankfurt/Main
15.000 bei „Rock gegen Rechts"
3.500 bei #wirsindmehr
5.000 gegen Mietenwahnsinn
1.000 gegen AfD-Landtagseinzug

Wiesbaden
1.600 bei „Keine AfD in den Landtag"
1.800 bei „Solidarität statt Ausgrenzung"

Forchheim
1.000 gegen AfD

Saarbrücken
2.000 bei „Herz statt Hetze"

Mainz
1.500 gegen AfD

Nürnberg
3.000 gegen AfD

Heidelberg
2.000 gegen AfD

Regensburg
2.000 gegen AfD

Stuttgart
1.200 gegen Rassismus

München
2.000 gegen AfD-Wahlkampf
6.000 bei „Kein Schlussstrich!"
10.000 bei #ausspekuliert
50.000 bei #ausgehetzt
40.000 bei „Jetzt gilt's"
5.000 bei #wehretdenanfängen
40.000 bei #NoPAG

Augsburg
6.000 gegen AfD-Parteitag

Freiburg
1.500 gegen AfD-Aufmarsch

Im Jahr 2018 sind an diesen und vielen weiteren Orten über eine halbe Million Menschen auf die Straße gegangen, um den Nazis die Stirn zu bieten und gegen Rassismus und Ausgrenzung, rechten Terror und die AfD zu demonstrieren und für eine antifaschistische, solidarische, ökologische und demokratische Gesellschaft.

Euch allen gilt unser Dank.

